



Deutsche Balaton

Aktiengesellschaft

Geschäftsbericht 2007

Organe

Vorstand

Dipl.-Kfm. Jürgen Dickemann, Heidelberg

Dipl.-Kfm. Jörg Janich, Giengen

Aufsichtsrat

Thomas Zours, Heidelberg
Aufsichtsratsvorsitzender

Dipl.-Kfm. Philip Andreas Hornig, Mannheim
stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender

Dr. Burkhard Schäfer, Mannheim

Organe	4
Inhalt	5
Lagebericht	6
Gewinn- und Verlustrechnung	27
Bilanz	28
Anhang	31
Entwicklung des Anlagevermögens	48
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	51
Bestätigungsvermerk	52
Konzernlagebericht	55
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	77
Konzernbilanz	78
Konzern-Eigenkapitalspiegel	80
Konzern-Kapitalflussrechnung	82
Konzernanhang	83
Segmentberichterstattung	156
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	159
Bestätigungsvermerk	160
Bericht des Aufsichtsrats	162

Lagebericht

für das Geschäftsjahr 2007

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Berichtszeitraum zeigte ein kräftiges Wachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamts um 2,5 % höher als im Vorjahr. Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts trugen alle Wirtschaftsbereiche positiv zum Wachstum bei. Ein kräftiges Plus verzeichnete insbesondere das produzierende Gewerbe, dessen Bruttowertschöpfung im Vorjahresvergleich um 5,2 % zulegte. Die wirtschaftliche Entwicklung zeigte sich auch im Leitindex der Frankfurter Wertpapierbörse DAX. Dieser stieg im Jahresverlauf um 1.452,59 Punkte auf 8.067,32 Punkte und legte im Jahresverlauf rd. 22 % zu. Nicht so erfreulich war die Entwicklung des SmallCap-Index SDAX, der sich im Jahresverlauf rückläufig von 5.585,08 Punkten auf 5.191,56 Punkte entwickelte und um rd. 7 % verringerte. Die negative Börsenentwicklung setzte sich zu Beginn des Jahres 2008 fort; der DAX schloss am 19. März 2008 mit nur noch 6.361,22 Punkten (rd. -21 % zum 28. Dezember 2007); der SDAX verlor immerhin rd. 18 % und schloss am 19. März 2008 mit 4.265,79 Punkten.

Das Jahr 2007 war aber auch geprägt durch den Beginn der Subprime-Krise in den USA, deren Auswirkungen sich über den Jahreswechsel hinaus weltweit, auch in dem europäischen Wirtschaftsraum, zeigten. Die in den vergangenen Jahren in den USA stark angestiegenen und bis über die Jahresmitte 2007 auf hohem Niveau verharrenden Zinsen (der US-Leitzins Federal Funds Rate kletterte von 1,25 % zu Beginn des Jahres 2003 bis Mitte 2007 auf 5,25 %) führen seit Mitte des Jahres 2007 zusammen mit gesunkenen Immobilienpreisen zu immer mehr Zahlungsausfällen bei hypothekenbesicherten Darlehen an private Bauherren. Diese Darlehen waren von den Kreditgebern, teilweise auch zusammen mit sicheren Krediten, zu hochkomplexen Finanzinstrumenten gebündelt und weiter verkauft worden. Ein Vertrauensverlust in diese hochkomplexen Finanzinstrumente führte zu einer Vertrauenskrise unter den Finanzinstituten insgesamt. Prominente Opfer der Subprime-Krise in Deutschland sind die SachsenLB, die durch die Übernahme durch die Landesbank Baden-Württemberg gerettet werden konnte und die Mittelstandsbank IKB.

2. Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung der Deutsche Balaton im Berichtszeitraum verlief positiv. Wesentlich geprägt wurde das Geschäftsjahr 2007 insbesondere durch eine Veränderung der Finanzanlagen und einen Anstieg des Umlaufvermögens gegenüber den Vorjahreswerten. Darüber hinaus generierte die Deutsche Balaton Erträge aus Abfindungen im Rahmen von Spruchverfahren.

In dem Spruchverfahren zum Squeeze-Out der Minderheitsaktionäre der Buderus AG, Wetzlar, ist im Januar 2007 ein Vergleich geschlossen worden. Aufgrund des Vergleichs hat die Deutsche Balaton für die von ihr im Rahmen des Squeeze-Out auf den Hauptaktionär übergegangenen Buderus-Aktien im Geschäftsjahr 2007 eine Nachbesserung einschließlich Zinsen in Höhe von insgesamt rd. 2,7 Mio. Euro erhalten.

Im Geschäftsjahr 2007 hat die Deutsche Balaton außerdem den überwiegenden Teil ihrer Beteiligung an der Eurokai KGaA, Hamburg, in mehreren Tranchen über die Börse veräußert. Hieraus resultiert ein Gesamtergebnisbeitrag von rd. 4,1 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2007.

Im Dezember 2007 haben wir die bis dahin unmittelbar gehaltene Beteiligung an der Heidelberger Beteiligungsholding AG auf eine 100 %-ige Tochtergesellschaft, die ABC Beteiligungen AG, Heidelberg, übertragen. Aus dem Verkauf resultiert ein Ergebnisbeitrag von rd. 1,5 Mio. Euro.

Die Deutsche Balaton war im abgelaufenen Geschäftsjahr 2007 von den Auswirkungen der Subprime-Krise nicht unmittelbar betroffen. Geschäfte mit Hypothekendarlehen oder damit verbundenen Finanzprodukten wurden nicht getätigt.

3. Ertragsentwicklung

Der im Geschäftsjahr 2007 erzielte Jahresüberschuss in Höhe von rd. 7,8 Mio. Euro beruht im Wesentlichen auf Dividendenerträgen und Finanzanlagenverkäufen.

Den im Geschäftsjahr 2007 aus Verkäufen von Finanzanlagen erwirtschafteten Erlösen in Höhe von rd. 38,8 Mio. Euro (Vj. rd. 19,5 Mio. Euro) standen Buchwertabgänge in Höhe von rd. 24,1 Mio. Euro (Vj. rd. 14,4 Mio. Euro) gegenüber. Hierin enthalten ist der im Dezember 2007 erfolgte Verkauf der Beteiligung an der Heidelberger Beteiligungsholding AG an unsere 100 %-ige Tochtergesellschaft ABC Beteiligungen AG, Heidelberg. Zum Bilanzstichtag waren Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens in Höhe von rd. 5,8 Mio. Euro (Vj. rd. 1,8 Mio. Euro) notwendig, die vollumfänglich auf Abschreibungen auf Finanzanlagen (Vj. rd. 1,8 Mio. Euro) entfielen. Hiervon entfielen wiederum rd. 2,3 Mio. Euro auf die Beteiligung an der Mistral Media AG. Die anderen sonstigen betrieblichen Erträge lagen bei rd. 0,2 Mio. Euro (Vj. rd. 0,6 Mio. Euro).

Der Personalaufwand (rd. 0,4 Mio. Euro) lag im Geschäftsjahr 2007 rd. 13 % unter dem Vorjahresniveau.

Von den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in 2007 in Höhe von rd. 1,0 Mio. Euro (Vj. rd. 0,6 Mio. Euro) entfällt ein Betrag von rd. 0,4 Mio. Euro (Vj. 0 Euro) auf Forderungsverluste; jeweils rd. 0,1 Mio. Euro (Vj. jeweils rd. 0,1 Mio. Euro) entfallen auf Jahresabschluss- und Prüfungskosten sowie Rechts- und Beratungskosten.

Das Finanzergebnis lag mit rd. -1,5 Mio. Euro in etwa auf Vorjahresniveau.

Die Zinserträge lagen im Geschäftsjahr 2007 mit rd. 1,3 Mio. Euro (Vj. rd. 0,1 Mio. Euro) deutlich über dem Vorjahreswert. Der Anstieg bei den Zinserträgen ist insbesondere auf zinsähnliche Erträge im Zusammenhang mit kurzfristig angeschafften Wertpapieren zurück zu führen.

Die Zinsaufwendungen im Geschäftsjahr 2007 lagen mit rd. 2,8 Mio. Euro deutlich über denen des Vorjahres (rd. 1,7 Mio. Euro). Die höheren Zinsaufwendungen sind teilweise auf die weitere Kreditaufnahme bei Tochtergesellschaften zurück zu führen. Außerdem ist Zinsaufwand zur Finanzierung kurzfristig angeschaffter Wertpapiere angefallen.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2007 belief sich auf rd. 7,8 Mio. Euro (Vj. rd. 7,8 Mio. Euro).

Unter Berücksichtigung von aktivierten Körperschaftsteuerforderungen (rd. 1,3 Mio. Euro) und einer Gewerbesteuerschuld ergab sich zum 31. Dezember 2007 ein Jahresüberschuss in Höhe von rd. 7,8 Mio. Euro (Vj. rd. 7,8 Mio. Euro).

4. Vermögens- und Finanzlage

Das Finanzanlagevermögen der Deutsche Balaton AG betrug zum Bilanzstichtag rd. 91,7 Mio. Euro (Vj. rd. 117,7 Mio. Euro). Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr beruhte überwiegend auf einem Rückgang der Anteile an verbundenen Unternehmen zum 31. Dezember 2007 von rd. 56,6 Mio. Euro im Vorjahr auf rd. 23,6 Mio. Euro. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Kapitalherabsetzung bei der CornerstoneCapital AG und aus dem Verkauf der Beteiligung an der Heidelberger Beteiligungsholding AG an die ABC Beteiligungen AG. Weiter waren im Finanzanlagevermögen Beteiligungen in Höhe von rd. 0,5 Mio. Euro (Vj. 0,2 Mio. Euro) sowie Wertpapiere des Anlagevermögens in Höhe von rd. 67,6 Mio. Euro (Vj. rd. 60,8 Mio. Euro) enthalten. Der Anstieg der Wertpapiere des Anlagevermögens ist auf Investitionen zur Erweiterung des Wertpapierportfolios zurückzuführen. Die Abschreibungen auf Finanzanlagen haben die Buchwerte gemindert.

Das Umlaufvermögen betrug zum 31. Dezember 2007 rd. 53,0 Mio. Euro (Vj. rd. 18,6 Mio. Euro) und setzte sich aus Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von rd. 38,8 Mio. Euro (Vj. rd. 0,9 Mio. Euro), sonstigen Vermögensgegenständen in Höhe von rd. 2,6 Mio. Euro (Vj. rd. 2,2 Mio. Euro), Wertpapieren in Höhe von rd. 10,8 Mio. Euro (Vj. rd. 14,4 Mio. Euro) sowie Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von rd. 0,8 Mio. Euro (Vj. rd. 0,5 Mio. Euro) zusammen. Im Geschäftsjahr 2007 waren in den Wertpapieren keine eigenen Aktien (Vj. 650.174 eigene Aktien mit einem Buchwert von rd. 3,5 Mio. Euro) erfasst. In den Forderungen gegen verbundene Unternehmen waren zum Bilanzstichtag eine Forderung aus dem Verkauf der Beteiligung an der Heidelberger Beteiligungsholding AG in Höhe von rd. 15,2 Mio. Euro sowie eine Forderung in Höhe von rd. 19,9 Mio. Euro aus einer bei der CornerstoneCapital AG beschlossenen Kapitalherabsetzung enthalten. Die Hauptversammlung der CornerstoneCapital AG hat am 25. Mai 2007 eine Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln mit nachfolgender Herabsetzung des Grundkapitals beschlossen. Die Auszahlung des Herabsetzungsbetrags soll nach Ablauf der Sperrfrist

(§ 225 Abs. 2 AktG) in der ersten Jahreshälfte 2008 erfolgen. Von den sonstigen Vermögensgegenständen entfiel ein Betrag in Höhe von rd. 1,3 Mio. Euro (Vj. rd. 0,8 Mio. Euro) auf eine Körperschaftsteuerrückforderung. Außerdem waren Körperschaftsteuerguthaben gemäß § 37 Absatz 5 KStG mit einem Barwert von 0,2 Mio. Euro enthalten.

Zum 31. Dezember 2007 wies die Bilanz der Deutsche Balaton ein Eigenkapital in Höhe von rd. 94,8 Mio. Euro (Vj. rd. 90,5 Mio. Euro) aus. Darin enthalten ist der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2007 in Höhe von rd. 33,1 Mio. Euro (Vj. rd. 25,3 Mio. Euro). Die Deutsche Balaton hielt zum Bilanzstichtag keine eigenen Aktien. Die zu Beginn des Geschäftsjahres 2007 gehaltenen 650.174 Stück eigene Aktien wurden im November 2007 eingezogen. Durch die Einziehung verringerte sich das Grundkapital der Gesellschaft von 13.350.000,00 Euro um 650.174,00 Euro auf 12.699.826,00 Euro. Die Einziehung erfolgte zulasten des Bilanzgewinns.

Zum 31.12.2007 bestanden Verbindlichkeiten in Höhe von rd. 49,9 Mio. Euro (Vj. rd. 45,5 Mio. Euro). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich zum Bilanzstichtag auf rd. 10,6 Mio. Euro (Vj. rd. 14,4 Mio. Euro); die sonstigen Verbindlichkeiten blieben mit rd. 0,1 Mio. Euro nahezu unverändert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betrugen zum 31. Dezember 2007 rd. 19,2 Mio. Euro (Vj. rd. 11,1 Mio. Euro). Die Zunahme geht auf die weitere Kreditaufnahme bei Tochterunternehmen zurück.

Die im Jahr 2004 mit einer Laufzeit von 5 Jahren begebene 6,00 %-Unternehmensanleihe ist mit ihrem Gesamtvolumen von 20 Mio. Euro unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen. Zum Bilanzstichtag waren rd. 9,2 Mio. Euro ausstehend; rd. 10,8 Mio. Euro sind im Umlaufvermögen als Eigenbestand ausgewiesen.

Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2007 beträgt rd. 144,9 Mio. Euro (Vj. rd. 136,3 Mio. Euro). Hieraus errechnet sich eine gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig verringerte Eigenkapitalquote von rd. 65,4 % (Vj. rd. 66,4 %).

5. Bedeutende Beteiligungen

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Deutsche Balaton AG lag im Geschäftsjahr 2007 in Beteiligungen in Unternehmen.

■ *CornerstoneCapital II-Fonds*

Im Geschäftsjahr 2007 wurde gemeinsam mit dem Management der CornerstoneCapital AG ein neuer Fonds etabliert. Das Management-Team verfügt über mehr als 25 Jahre gemeinsame Private Equity Erfahrung, in denen sie über 30 Transaktionen abgeschlossen haben. Der Small-cap Private Equity Fonds hat ein Zielvolumen von bis zu 100 Mio. Euro. Investitionen sollen technologieorientiert, insbesondere in den Bereichen IT, Engineering, Medizintechnik und Technische Business Services erfolgen. Die Deutsche Balaton wird insgesamt bis zu 50 Mio. Euro in den Fonds investieren.

■ *CornerstoneCapital AG*

Die CornerstoneCapital AG, Frankfurt, ist im Bereich Private Equity tätig. Cornerstone ist ein bevorzugter Eigenkapitalpartner für Management Buyouts und Wachstumskapital in etablierten Wachstumsunternehmen. Im Geschäftsjahr 2007 hat CornerstoneCapital AG ihre Beteiligungsbeträge bei zwei bestehenden Investments erhöht sowie eine Beteiligung verkauft. Aufgrund der Neustrukturierung der Aktivitäten der CornerstoneCapital AG im Laufe des Geschäftsjahres 2007 wurden keine Neuinvestments mehr getätigt.

Im Geschäftsjahr 2007 wurde die Beteiligung an der Betty Holding AG vollständig verkauft. Daraus entstand ein Veräußerungsverlust in Höhe von rd. 0,8 Mio. Euro. Andererseits erhielt die CornerstoneCapital AG aufgrund von Earn-Out-Regelungen Kaufpreisanzahlungen aus Verkäufen von Beteiligungen aus den Vorjahren in Höhe von insgesamt 1,2 Mio. Euro. Davon entfielen rd. 1,1 Mio. Euro auf die Fast Video Security AG. Insgesamt betrugen die Dividendenerträge aus Beteiligungen rd. 0,5 Mio. Euro. Das negative Jahresergebnis der CornerstoneCapital AG war im Wesentlichen durch Belastungen im Zusammenhang mit dem Engagement an der MANIA Technologie AG beeinflusst. Aus diesem Grunde wurde dieser Lagebericht im Zusammenhang mit der Änderung des Jahresabschlusses am 29. April 2008 geändert.

Im Geschäftsjahr 2007 hat die CornerstoneCapital AG die Beteiligungsbeträge bei zwei bestehenden Investments erhöht sowie eine Beteiligung verkauft. Aufgrund der Neustrukturierung der Aktivitäten der CornerstoneCapital AG im Laufe des Geschäftsjahres 2007 wurden keine Neuinvestments mehr getätigt.

Die Hauptversammlung der CornerstoneCapital AG vom 25. Mai 2007 hat entschieden, 20 Mio. Euro unter Berücksichtigung der aktienrechtlichen Bestimmungen in 2008 an die Aktionäre zurückzuzahlen. Während durch die Neustrukturierung der Aktivitäten der CornerstoneCapital-Gruppe keine Investments in neue Beteiligungen durch die CornerstoneCapital AG mehr eingegangen werden, können bestehende Beteiligungen bei der CornerstoneCapital AG weiterhin aufgestockt werden. Zum 31.12.2007 bestehen noch acht aktive Beteiligungen. Diese sollen in den nächsten Jahren verkauft werden.

Der Vorstand der CornerstoneCapital AG geht davon aus, dass sich das Investmentportfolio insgesamt weiter positiv entwickeln wird. Ungewiss bleibt das Börsenumfeld: letztendlich wird der Erfolg einiger Beteiligungen der CornerstoneCapital AG von der positiven Entwicklung des Börsenumfeldes abhängen.

■ *W.E.T. Automotive Systems AG*

Die W.E.T. Automotive Systems AG, Odelzhausen, ein Hersteller von Sitzklimasystemen, erwirtschaftete in ihrem letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr 2006/2007 bei einem Konzernumsatz in Höhe von 183,8 Mio. EUR (im Vorjahr 172,4 Mio. EUR) ein Konzernergebnis in Höhe von 0,3 Mio. EUR (im Vorjahr -21,6 Mio. EUR). Die Hauptversammlung der W.E.T. Automotive Systems AG hat am 30. November 2007 beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2006/2007 in Höhe von 70.973.025,02 Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

■ *Heidelberger Beteiligungsholding AG*

Die Heidelberger Beteiligungsholding AG hat in ihrem Geschäftsjahr 2007 einen Jahresüberschuss in Höhe von rd. 1,1 Mio. Euro (Vj. rd. 1,3 Mio. Euro) erzielt. Im Wesentlichen haben Zins- und Beteiligungserträge sowie eine Zuschreibung auf die Beteiligung an der Web Financial Group S.A., Madrid, zum Ergebnis beigetragen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2007 wurde die Web Financial S.L., Madrid (Spanien), an der die Heidelberger Beteiligungsholding mit einem Anteil von rd.

15,9 % beteiligt ist, in die Web Financial S.A. (Sociedad Anónima) umgewandelt. Die Web Financial S.A. hat mit den Vorbereitungen für einen beabsichtigten Börsengang an die Euronext im Segment „Alternext“ begonnen.

Im Dezember 2007 hat die Deutsche Balaton ihre bis dahin unmittelbar gehaltene rd. 70 %-ige Beteiligung an der Heidelberger Beteiligungsholding AG im Rahmen einer konzerninternen Umstrukturierung an die ABC Beteiligungen AG, Heidelberg, veräußert.

■ *ABC Beteiligungen AG*

Die ABC Beteiligungen AG, Heidelberg, war in den vergangenen Geschäftsjahren von untergeordneter Bedeutung für den Abschluss der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft. Im Dezember 2007 hat die Deutsche Balaton, wie ausgeführt, ihre Beteiligung an der Heidelberger Beteiligungsholding AG an die ABC Beteiligungen AG veräußert. Die ABC Beteiligungen AG hielt zum Bilanzstichtag außerdem kleinere Positionen börsennotierter Wertpapiere. Die Gesellschaft hat ihr Geschäftsjahr 2007 mit einem Ergebnis von 0,2 Mio. Euro abgeschlossen. Die Deutsche Balaton hielt zum Bilanzstichtag sämtliche Anteile an der ABC Beteiligungen AG.

■ *Beta Systems Software Aktiengesellschaft*

Im Geschäftsjahr 2007 haben wir an einer bei der Beta Systems Software AG (Beta Systems) durchgeführten Kapitalerhöhung teilgenommen. Die konzernweite Beteiligung an der Beta Systems beträgt rd. 37 %.

Beta Systems erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2007 nach Angaben der Gesellschaft ihr bis dahin bestes operatives Ergebnis nach IFRS seit dem Börsengang. Das EBIT stieg von -15,6 Mio. Euro auf 5,8 Mio. Euro und festigte damit den schon zur Jahreshälfte 2007 erreichten Turnaround. Der Gesamtumsatz ging durch die planmäßige Reduzierung des Hardwaregeschäfts auf EUR 88,6 Mio. (Vorjahr: EUR 96,6 Mio.) zurück. Dabei konnte der Lizenzumsatz um 6,9 % auf EUR 29,0 Mio. (Vorjahr: EUR 27,1 Mio.) gesteigert werden. Der Serviceumsatz verbesserte sich um 14,9 % auf EUR 14,5 Mio. (Vorjahr: EUR 12,6 Mio.). Gründe für die Trendwende bei Beta Systems waren die konsequente Umsetzung der Maßnahmen im vertrieblichen Bereich, die optimierte Kostenstruktur sowie die Konzentration auf das Kerngeschäft. Der Jahresfehlbetrag des Mutterunternehmens nach HGB verringerte sich von EUR 18,2 Mio. in 2006 auf EUR 3,0 Mio. in 2007.

■ *P&I Personal & Informatik AG*

An der P&I Personal & Informatik AG (P&I), Wiesbaden, einem Hersteller von Personalsoftware hielt die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft zum Bilanzstichtag rd. 5,3 % der Aktien. P&I schloss ihr letztes Geschäftsjahr 2006/2007 am 31. März 2007 mit einem Konzern-EBIT nach IFRS von 12,3 Mio. Euro bei einem Konzernumsatz von 54,5 Mio. Euro ab. Im August 2007 hat der bisherige Großaktionär The Carlyle Group sein bis dahin mittelbar gehaltenes Aktienpaket in Höhe von rd. 67 % an diverse Investoren veräußert. P&I hat den Wachstumskurs im laufenden Geschäftsjahr 2007/2008 fortgesetzt und bei wachsendem Umsatz eine Gewinnsteigerung im 9-Monatsergebnis 2007/2008 erreicht. Zum Ende des dritten Quartals hat P&I bei einem Konzernumsatz von 44,3 Mio. Euro ein Ergebnis vor Steuern von 10,3 Mio. Euro erwirtschaftet. Im Geschäftsjahr erhielten wir von der P&I AG eine Dividende in Höhe von rd. 0,4 Mio. Euro.

■ *Bayer Schering AG*

An der Bayer Schering Pharma AG, Berlin, vormals Schering AG, waren wir bis zum 31. Dezember 2007 weiter beteiligt. Nachdem im Juli 2006 ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der Bayer Schering GmbH und der Schering AG geschlossen worden war, hat die außerordentliche Hauptversammlung der Schering AG im Januar 2007 den Squeeze-Out der Minderheitsaktionäre aus der Gesellschaft gegen Zahlung einer Barabfindung in Höhe von 98,98 Euro beschlossen.

■ *Mistral Media AG*

Ebenfalls unverändert hielten wir eine Beteiligung von rd. 8 % an der Mistral Media AG, Köln. Auf den Wertansatz der Beteiligung wurde zum 31. Dezember 2007 eine Wertberichtigung von rd. 2,0 Mio. Euro vorgenommen. Die Mistral Media AG hat ihr abgelaufenes Geschäftsjahr 2007 nach einer Meldung der Gesellschaft mit einem voraussichtlichen Bilanzverlust in Höhe von rd. 25,9 Mio. Euro beendet.

■ *Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG*

Die Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG, Heidelberg, an der die Deutsche Balaton mit 70 % beteiligt ist, ist eine Beteiligungsgesellschaft, die schwerpunktmäßig in nicht-börsennotierte Beteiligungen investiert. Die Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG erzielte im Geschäftsjahr 2007 ein ausgeglichenes Jahresergebnis. Das bis dahin einzige Investment der Gesellschaft ist

eine 100 %-ige Beteiligung an der Fortuna Maschinenbau Holding AG, Bad Staffelstein, einem Hersteller von Bäckereimaschinen.

■ *Weitere Beteiligungen*

Außerdem halten wir weitere Beteiligungen in veränderlicher Höhe, unter anderem auch an der AMB General Holding AG, Aachen, und der DBV Winterthur Holding AG, Wiesbaden.

6. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

■ *Risikopolitik*

Der Vorstand beobachtet gemäß seinem gesetzlichen Auftrag mögliche, „den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen“ (§ 91 Abs. 2 AktG). Wie jedes andere Unternehmen ist die Deutsche Balaton AG einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt. Für das Unternehmen ist dabei der bewusste Umgang mit risikorelevanten Geschäftsvorfällen entscheidend. Durch kurze Entscheidungswege ist sichergestellt, dass risikorelevante Geschäftsvorfälle frühzeitig erkannt werden. Risikomanagement ist für eine Beteiligungsgesellschaft wie die Deutsche Balaton AG integraler Bestandteil ihrer Tätigkeit in der Erwerbs-, Beteiligungs- und Veräußerungsphase sowie bei der Finanzierung. Das Risikomanagement fördert das Erkennen und Nutzen von Chancen, die zur Steigerung des Unternehmenserfolgs beitragen können.

Das Risikomanagement der Deutsche Balaton AG hat das Ziel, wesentliche Risiken aus der Geschäftstätigkeit zu identifizieren, zu messen und zu steuern. Dabei ist es das Ziel des Risikomanagementsystems, jederzeit einen Überblick über die Risiken zu gewährleisten und so im Rahmen einer Risikovermeidung bzw. Risikominimierung durch eine angemessene Chancen-/Riskoverteilung den Unternehmenserfolg zu optimieren. Die Bereitschaft, angemessene Risiken einzugehen, ist eine Voraussetzung dafür, Chancen nutzen zu können.

Der Vorstand sieht bei der Deutsche Balaton AG derzeit keine „den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen“.

■ *Chancenmanagement*

Risiko- und Chancenmanagement sind bei der Deutsche Balaton AG eng miteinander verknüpft. Aus einer aktiven Kontrolle der Risiken leiten wir Ziele und Strategien der Geschäftspolitik ab und sorgen so für ein angemessenes Chancen-Risiko-Verhältnis. Wie das Risikomanagement obliegt die Verantwortung zum frühzeitigen und regelmäßigen Identifizieren, Analysieren und Managen von Chancen unmittelbar dem Vorstand. Der Vorstand beschäftigt sich intensiv mit Markt- und Kursanalysen, branchenspezifischen Rahmendaten, Marktentwicklungen und -szenarien sowie dem politischen und steuerlichen Unternehmensumfeld. Hieraus leitet der Vorstand konkrete unternehmensspezifische Chancenpotenziale ab.

■ *Einzelrisiken*

Der Vorstand sieht als Risiken, die im Zusammenhang mit dem Beteiligungsgeschäft der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft stehen, insbesondere Marktpreisrisiken, branchen- und unternehmensspezifische Risiken, steuerrechtliche Risiken sowie Liquiditätsrisiken. Die Verantwortung für die Risikomanagementaktivitäten in Bezug auf die Risiken in den vorgenannten Bereichen obliegt dem Vorstand, der auch für die Planung, Steuerung und Kontrolle der zuvor genannten Risiken verantwortlich ist.

■ *Allgemeine Marktpreisrisiken*

Die von der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft gehaltenen börsennotierten Beteiligungen unterliegen dem Risiko von Wertschwankungen. Solche Wertschwankungen können aus sich ändernden Marktpreisen aufgrund einer allgemeinen Tendenz an den Aktienmärkten resultieren. Diese können ihre Ursache beispielsweise in konjunkturellen Faktoren haben. Außerdem können auch marktpsychologische Umstände zu Kursschwankungen und damit Marktpreisveränderungen bei den börsennotierten Beteiligungen führen. Dieses allgemeine Marktrisiko kann durch eine Diversifikation der Beteiligungen und ein aktives Portfoliomanagement nur bedingt ausgeschlossen werden, da alle Wertpapiere dem Marktpreisrisiko gleichermaßen ausgesetzt sind. Die regelmäßige Beobachtung der Börsendaten sowie der Unternehmens- und Börsennachrichten gibt dem Vorstand die Möglichkeit marktpreisrelevante Ereignisse zu erfassen und in der konkreten Situation geeignete Maßnahmen zur Schadensminimierung treffen zu können. Der Vorstand überwacht regelmäßig die Wertanteile der Einzelpositionen der Beteiligungen.

Die Deutsche Balaton AG war in der Vergangenheit aufgrund gesunkener Marktpreise gezwungen, teilweise Abschreibungen auf den jeweils nach HGB beizulegenden niedrigeren Wert von ihr gehaltener Vermögensgegenstände und Beteiligungen an anderen Gesellschaften vorzunehmen. Solche Wertberichtigungen können auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

■ *Branchenspezifische Beteiligungsrisiken*

Neben allgemeinen Marktpreisrisiken bestehen Risiken, die sich in einzelnen Unternehmensbranchen realisieren können. So können sich bei Beteiligungen der Deutsche Balaton AG wirtschaftliche, rechtliche, technologische oder wettbewerbsspezifische Rahmenbedingungen verändern. Der Beteiligungsansatz der Deutsche Balaton AG ist grundsätzlich nicht branchenspezifisch. Die Unternehmensbranchen, in welche die Deutsche Balaton AG durch Eingehen von Beteiligungen investiert, sind nur ein Kriterium für die Auswahl einzugehender Investments. Der Vorstand ist bestrebt, eine Diversifikation des Portfolios beizubehalten und so das branchenspezifische Beteiligungsrisiko zu begrenzen. Die nicht auf bestimmte Branchen begrenzte Streuung des Beteiligungsportfolios bietet dem Vorstand die Chance, Veränderungen branchenspezifischer Rahmenbedingungen nach Abwägung der Chancen und Risiken für neue Investments zu nutzen.

■ *Unternehmensspezifische Beteiligungsrisiken*

Unter unternehmensspezifischen Risiken versteht der Vorstand das Risiko einer rückläufigen Entwicklung des Marktpreises von Beteiligungen, die ursächlich auf unmittelbar oder mittelbar bei dem Beteiligungsunternehmen vorhandene Faktoren zurückgeht. Sollten sich unternehmensspezifische Risiken einschließlich technologischer Entwicklungen, welche für das jeweilige Beteiligungsunternehmen von Bedeutung sind, realisieren, könnte die Deutsche Balaton AG einen beabsichtigten Veräußerungsgewinn nicht erzielen und müsste gegebenenfalls sogar einen Verlust bis hin zum Totalausfall hinnehmen. Dies könnte negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Balaton AG haben.

Der Vorstand versucht, dieses Risiko durch eine dem potenziellen Investment angemessene Voranalyse zu minimieren und wägt die erwarteten Chancen und Risiken eines Beteiligungs-investments vor Eingehen eines Investments gegeneinander ab. Weiterhin gibt die regelmäßige Beobachtung der Börsen- und Finanzdaten sowie der Unternehmens- und Börsennachrichten

dem Vorstand die Möglichkeit unternehmensspezifische Ereignisse zu erfassen und geeignete Maßnahmen zur Schadensminimierung treffen zu können. Der Vorstand überwacht regelmäßig die Wertanteile der Einzelpositionen der Beteiligungen.

■ *Steuerrechtliche Risiken*

Die Veränderung steuerlicher Rahmenbedingungen kann sich nachteilig auf das Geschäft der Deutsche Balaton AG auswirken.

Die Deutsche Balaton geht davon aus, dass die Gesellschaft aufgrund von Verlustvorträgen nicht oder nur teilweise zu Steuerzahlungen verpflichtet ist, solange und soweit der steuerliche Verlustvortrag nicht durch erzielte Jahresüberschüsse aufgebraucht ist. Aktuell sind die bestehenden Verlustvorträge wirtschaftlich allerdings nicht oder nur in begrenztem Umfang nutzbar, da das körperschaftsteuerliche Ergebnis negativ ist. Sollte sich diese Annahme nicht bewahrheiten und/oder die von der Gesellschaft ermittelten steuerlichen Verlustvorträge nicht oder nicht in der errechneten Höhe von der Finanzverwaltung akzeptiert werden, führte dies nach Ansicht der Gesellschaft zu einer Verringerung der bestehenden Verlustvorträge. In diesem Fall wären Steuernachzahlungen möglich.

Änderungen im Steuerrecht bergen das Risiko, dass die steuerliche Belastung der Deutsche Balaton AG zunimmt. Eine höhere steuerliche Belastung der Deutsche Balaton AG mit direkten oder indirekten Steuern führt zu einer Verringerung des Jahresergebnisses und damit des wirtschaftlichen Erfolgs.

Durch die Anhebung der Umsatzsteuersätze erhöhten sich für die Gesellschaft auf der Einkaufsseite die Preise, da die Gesellschaft nicht vorsteuerabzugsberechtigt ist. Die Inanspruchnahme von Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Erwerb von Unternehmensbeteiligungen würde sich hierdurch, sofern die Leistung selbst mit Umsatzsteuer belastet wird, verteuern. Dies könnte sich nachteilig auf den wirtschaftlichen Erfolg von einzelnen Projekten auswirken. In der Folge könnten sich hieraus nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Balaton AG ergeben.

■ Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken in Bezug auf die Marktliquidität börsennotierter Beteiligungen können aufgrund einer nur geringen Liquidität der im Portfolio der Deutsche Balaton AG gehaltenen Beteiligungen bestehen. Die Deutsche Balaton AG beteiligt sich auch an börsennotierten Unternehmen, die nur eine geringe Marktliquidität aufweisen, aber kurz- bis mittelfristig ein großes Chance-/Risiko-Verhältnis aufweisen. Beteiligungen an börsennotierten Unternehmen mit einer geringen Handelsliquidität bergen jedoch oftmals auch das Risiko in sich, dass ein Verkauf der Beteiligung über die Börse nur schwer oder gar nicht möglich ist. Dieses Risiko ist auch Beteiligungen, die nicht an einer Börse gehandelt werden, immanent. Die Veräußerung von nicht börsennotierten Unternehmensbeteiligungen ist oftmals nur im Rahmen eines aufwändigen, strukturierten Verkaufsprozesses möglich.

Der Vorstand versucht, dieses Risiko durch eine umfangreiche Voranalyse potenzieller Beteiligungsobjekte zu minimieren und wägt die erwarteten Chancen und Risiken eines Beteiligungsinvestments vor Eingehen eines Investments sorgfältig gegeneinander ab.

7. Schlusserklärung zum Abhängigkeitsbericht

Die Deutsche Balaton AG ist gemäß §§ 311 ff. AktG verpflichtet, einen Abhängigkeitsbericht zu der Beziehung zur VV Beteiligungen AG, der DELPHI Unternehmensberatung GmbH und der mit diesen Gesellschaften verbundenen Unternehmen aufzustellen. Im Rahmen der Schlusserklärung zu diesem Abhängigkeitsbericht hat der Vorstand der Deutsche Balaton AG folgende Erklärung abgegeben:

„Im Laufe des Geschäftsjahres wurden Rechtsgeschäfte zwischen der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft und der VV Beteiligungen AG und der DELPHI Unternehmensberatung GmbH sowie mit der VV Beteiligungen AG und der DELPHI Unternehmensberatung GmbH verbundenen Unternehmen abgeschlossen. Dabei hat die Gesellschaft nach den Umständen, die dem Vorstand in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft jeweils vorgenommen wurde, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten.“

8. Bedeutende Rechtsstreitigkeiten

Im Januar 2005 wurde eine Anfechtungsklage, die von einer Aktionärin gegen die Wahlen zum Aufsichtsrat der Hauptversammlung der Deutsche Balaton AG vom 25. Juni 2004 erhoben worden ist, vom Landgericht Wiesbaden (Az. 11 O 51/04) in erster Instanz abgewiesen. Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main hat auf die Berufung der Anfechtungsklägerin (Az. 10 U 17/05) das Verfahren in einem Punkt an das Landgericht Wiesbaden mit Urteil vom 21. März 2006 zurückverwiesen, im Übrigen wurde die Klage abgewiesen und eine Revision gegen das Berufungsurteil nicht zugelassen. Eine von der Klägerin gegen die Nichtzulassung der Revision zum Bundesgerichtshof erhobene Nichtzulassungsbeschwerde wurde zurückgewiesen.

Das Landgericht Wiesbaden hat am 28. Januar 2008 eine Beweisaufnahme durchgeführt und mit Urteil vom 7. April 2008 die Anfechtungsklage erneut abgewiesen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

9. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die Gesellschaft hat nach dem Bilanzstichtag im Rahmen eines an ihre Aktionäre gerichteten freiwilligen öffentlichen Erwerbsangebots insgesamt 499.986 eigene Aktien zu einem Kaufpreis von 10,00 Euro, mithin zu einem Betrag in Höhe von insgesamt rd. 5,0 Mio. Euro, erworben. Die Verwendung der Aktien wird im Rahmen der von der Hauptversammlung am 30. August 2007 erteilten Ermächtigung erfolgen.

Am 13. März 2008 hat der Vorstand der Deutsche Balaton beschlossen, eine Unternehmensanleihe mit einem Nominalbetrag von bis zu 15 Mio. Euro zu begeben. Die Inhaberschuldverschreibung soll, bei einer Laufzeit von fünf Jahren, mit 5 % p.a. verzinst werden.

10. Grundzüge des Vergütungssystems der Gesellschaft für die in § 285 Satz 1 Nr. 9 HGB genannten Gesamtbezüge

Die Vorstandsmitglieder erhalten eine Festvergütung ohne variable Bestandteile. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine Festvergütung ohne variable Bestandteile, wobei der Vorsitzende das Doppelte, der stellvertretende Vorsitzende das 1,5-fache der Grundvergütung erhält. Die Hauptversammlung der Gesellschaft vom 28. August 2006 hat den Vorstand ermächtigt, die in § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a Satz 6 und 7 HGB für den Jahresabschluss und in § 314 Abs. 1 Nr. 6 Buchstabe a Satz 6 und 7 für den Konzernabschluss verlangten Angaben in den Jahresabschlüssen und Konzernabschlüssen der Gesellschaft für den Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2010 zu unterlassen. Der Vorstand macht in dem vorliegenden Jahresabschluss von der Möglichkeit, die individualisierte Offenlegung der Vorstandsvergütungen zu unterlassen, Gebrauch.

11. Übernahmerechtliche Angaben

Bericht gemäß § 289 Abs. 4 i. V. m. § 120 Abs. 3 Satz 2 AktG

■ Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals

Das Grundkapital der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft beträgt 12.699.826,00 Euro und ist eingeteilt in 12.699.826 auf den Inhaber lautende Stammaktien (Stückaktien ohne Nennwert). Im November 2007 wurde das Grundkapital durch die Einziehung von 650.174 eigenen Aktien zulasten des Bilanzgewinns von 13.350.000,00 Euro um 650.174,00 Euro auf 12.699.826,00 Euro herabgesetzt. Die Entwicklung des Grundkapitals im Geschäftsjahr 2007 ist nachfolgend tabellarisch dargestellt:

Datum	Grundkapital	Veränderung	Grund
01.01.2007	13.350.000,00 Euro		
09.11.2007	12.699.826,00 Euro	-650.174,00 Euro	Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Aktien
31.12.2007	12.699.826,00 Euro		

■ *Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital,
die 10 vom Hundert der Stimmrechte überschreiten*

Hinsichtlich direkter und indirekter Beteiligungen am Kapital der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft, die zehn Prozent übersteigen, sind uns folgende Meldungen zugegangen:

a) Im Geschäftsjahr 2007

Die Axxion S.A., Luxemburg-Munsbach, Luxemburg, hat uns am 20. August 2007 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG (ISIN: DE0005508204) am 16. August 2007 die Schwelle von 15 % überschritten hat und nun 15,03 % (Bestand Axxion S.A.: 2.007.111 Stücke) beträgt.

b) Vor dem Geschäftsjahr 2007

Die VV Beteiligungen AG, Heidelberg, hat uns am 2. April 2002 gemäß § 41 Abs. 2 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr am 1. April 2002 45,125 % der Stimmrechte an der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft zustehen. Davon seien ihr 9,377 % nach § 22 Abs. 2 WpHG zuzurechnen.

Die DELPHI Unternehmensberatung GmbH, Heidelberg, hat uns am 2. April 2002 gemäß § 41 Abs. 2 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr am 1. April 2002 45,125 % der Stimmrechte an der Deutsche Balaton zustehen. Davon seien ihr 35,748 % nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG und 9,377 % nach § 22 Abs. 2 WpHG zuzurechnen.

Wilhelm Konrad Thomas Zours, Bundesrepublik Deutschland, hat uns am 2. April 2002 gemäß § 41 Abs. 2 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass ihm am 1. April 2002 45,125 % der Stimmrechte an der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft zustehen. Davon seien ihm 35,784 % nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG und 9,377 % nach § 22 Abs. 2 WpHG zuzurechnen. Er selbst halte keine Aktien.

■ *Unternehmensleitung*

Die Gesellschaft wird durch den Vorstand vertreten und geleitet. Gemäß § 84 Absatz 1 und 3 AktG werden die Mitglieder des Vorstands durch den Aufsichtsrat bestellt und abberufen. Gemäß § 8 Abs. 1 der Satzung der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft besteht der Vorstand aus einer

oder mehreren Personen; die Zahl der Mitglieder des Vorstands bestimmt der Aufsichtsrat. Werden mehrere Personen zu Vorstandsmitgliedern bestellt, kann der Aufsichtsrat gemäß § 84 Absatz 2 AktG bzw. § 8 Absatz 3 der Satzung ein Mitglied zum Vorsitzenden und ein weiteres Mitglied des Vorstands zu dessen Stellvertreter ernennen. Soweit der Aufsichtsrat bei der Bestellung der Mitglieder des Vorstands keinen kürzeren Zeitraum beschließt, werden die Mitglieder des Vorstands für fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein solcher Grund ist namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsmäßigen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung, es sei denn, dass das Vertrauen aus offenbar unsachlichen Gründen entzogen worden ist. Der Vorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben, wenn nicht die Satzung den Erlass der Geschäftsordnung dem Aufsichtsrat übertragen hat oder der Aufsichtsrat eine Geschäftsordnung für den Vorstand erlässt. Eine Geschäftsordnung für den Vorstand existierte im Geschäftsjahr 2007 nicht. Der Aufsichtsrat hat einen Katalog von Geschäften beschlossen, die vom Vorstand nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden dürfen.

■ *Erwerb eigener Aktien, genehmigtes und bedingtes Kapital*

Die ordentliche Hauptversammlung vom 28. August 2006 hat den Vorstand bis zum 27. Februar 2008 zum Erwerb eigener Aktien in einem Umfang von bis zu 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals ermächtigt. Unter Aufhebung dieser Ermächtigung für die Zukunft hat die Hauptversammlung vom 30. August 2007 den Vorstand gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, für bestimmte Zwecke bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Die Ermächtigung darf von der Gesellschaft nicht zum Zweck des Handels in eigenen Aktien genutzt werden. Der Vorstand hat von dieser Erwerbsermächtigung im Geschäftsjahr 2007 keinen Gebrauch gemacht. Nach Schluss des Geschäftsjahres 2007 hat der Vorstand im Rahmen eines freiwilligen öffentlichen Erwerbsangebots insgesamt 499.986 eigene Aktien zu einem Preis von 10,00 Euro je Aktie, mithin insgesamt rd. 5 Mio. Euro, erworben. Das Volumen der zurückgekauften Aktien entspricht rd. 3,94 % der bei Beginn des Rückkaufangebots am 6. Februar 2008 ausstehenden Aktien. Aktionäre konnten das Angebot bis zum 20. Februar 2008 annehmen.

Im Handelsregister der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft ist ein genehmigtes Kapital eingetragen. Der Vorstand ist ermächtigt mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 10. August 2010 durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bareinlagen und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals, insgesamt jedoch höchstens um 6.675.000,00 Euro zu erhöhen (Genehmigtes Kapital gemäß § 202 ff. AktG). Grundsätzlich ist den Aktionären bei einer Kapitalerhöhung unter Verwendung des genehmigten Kapitals ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand darf mit Zustimmung des Aufsichtsrats bei einer Kapitalerhöhung aus dem genehmigten Kapital das Bezugsrecht der Aktionäre in bestimmten Fällen ausschließen. Der Vorstand hat von der vorstehenden Ermächtigung zur Erhöhung des Grundkapitals aus genehmigtem Kapital bislang keinen Gebrauch gemacht.

Ein bedingtes Kapital in Höhe von bis zu 6.675.000,00 Euro durch Ausgabe von bis zu 6.675.000 auf den Inhaber lautenden nennbetragslosen Stammaktien (Stückaktien) dient der Gewährung von Aktien an die Inhaber von Options- bzw. Wandelschuldverschreibungen, die gemäß der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 28. August 2006 zur Ausgabe von Options- bzw. Wandelschuldverschreibungen bis zum 27. August 2011 von der Gesellschaft oder durch eine 100 % unmittelbare oder mittelbare Beteiligungsgesellschaft der Gesellschaft begeben werden. Das bedingte Kapital dient nach Maßgabe der Wandelanleihebedingungen auch der Ausgabe von Aktien an Inhaber von Wandelschuldverschreibungen, die mit Wandlungspflichten ausgestattet sind. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2006 jeweils festzulegenden Wandlungs- bzw. Optionspreis. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der Wandel- und / oder Optionschuldverschreibungen von ihren Wandlungs- bzw. Optionsrechten Gebrauch machen oder die zur Wandlung verpflichteten Inhaber der Wandelschuldverschreibungen ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen und soweit nicht eigene Aktien zur Bedienung dieser Rechte zur Verfügung gestellt werden. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Options- bzw. Wandlungsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen. Die Gesellschaft hat bisher von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch gemacht.

12. Ausblick

Unser Ziel ist es, die positive Entwicklung der vergangenen Jahre fortzuführen. Aktuell weisen einige unserer Beteiligungen stille Reserven auf.

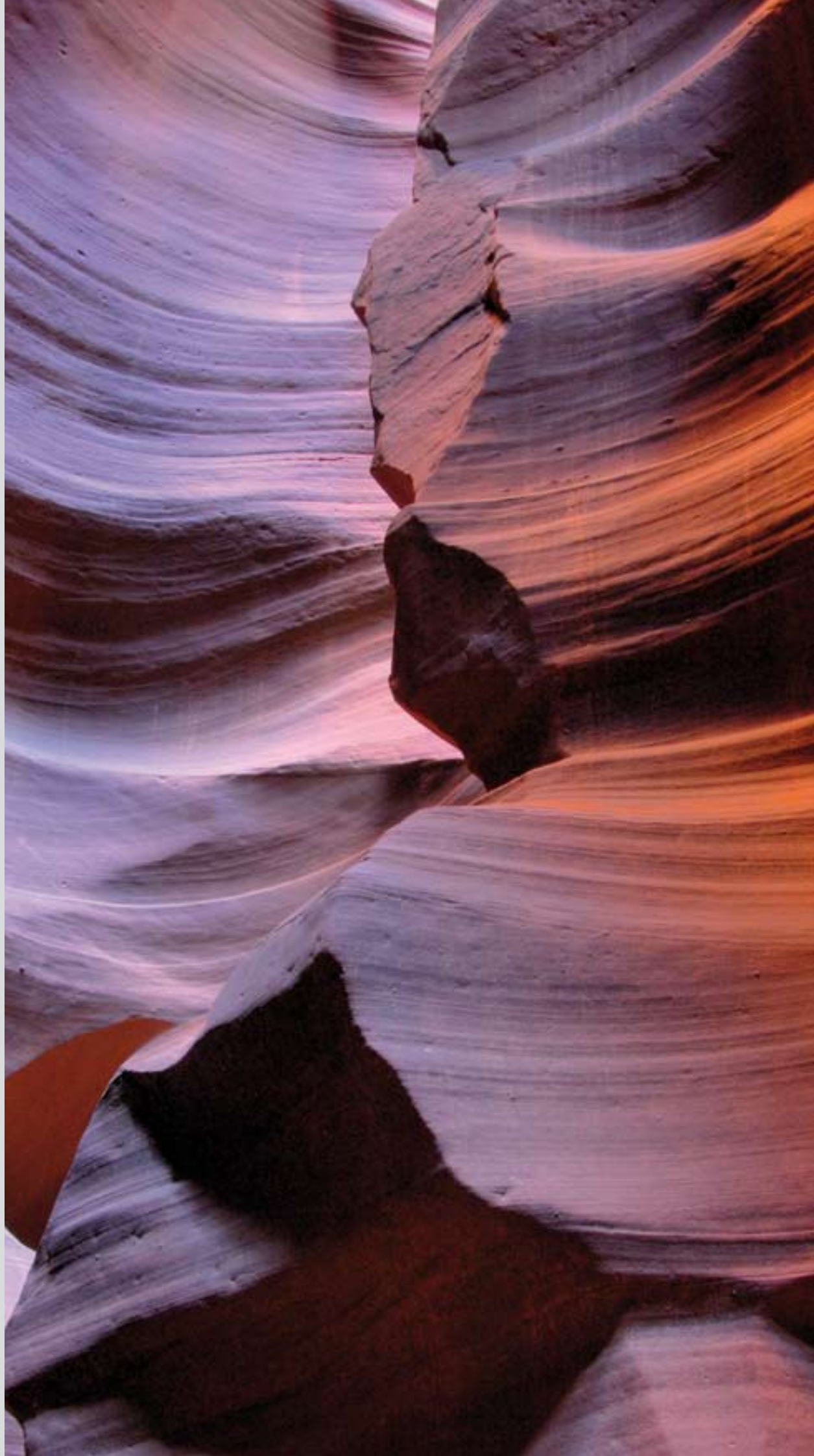
Dennoch ist das Ergebnis für eine Beteiligungsgesellschaft wie die Deutsche Balaton AG nur schwer plan- und vorhersehbar. Das Ergebnis der kommenden Geschäftsjahre wird daher wie in der Vergangenheit stark von der Entwicklung unserer Beteiligungen und den Fragen, wann und wie sich Beteiligungsverkäufe realisieren lassen, abhängen. Nicht nur aufgrund der Zahl an börsennotierten Beteiligungen wird die Zukunft auch wesentlich von der Entwicklung der Kapitalmärkte abhängen.

In den nächsten Jahren wird unsere Beteiligung CornerstoneCapital AG sukzessive ihre Beteiligungsunternehmen verkaufen; die Verkaufserlöse sollen von der CornerstoneCapital AG an ihre Aktionäre ausgeschüttet werden. Hierdurch kann das Ergebnis der Deutsche Balaton AG wesentlich beeinflusst werden. Eventuelle Ausschüttungen der CornerstoneCapital AG sollen unter anderem als Kommanditeinlagen bei der CornerstoneCapital II AG & Co. KG verwendet werden.

Das Geschäftsjahr 2008 hat mit Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten begonnen. Die Auswirkungen der Subprime-Krise auf die weltweite wirtschaftliche Entwicklung werden abzuwarten sein und können sich gegebenenfalls auch mittelbar auf die Deutsche Balaton auswirken. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erwarten wir jedoch für das Geschäftsjahr 2008 wieder ein positives Ergebnis.

Heidelberg, 29. April 2008

Der Vorstand
Jörg Janich



Gewinn- und Verlustrechnung 2007

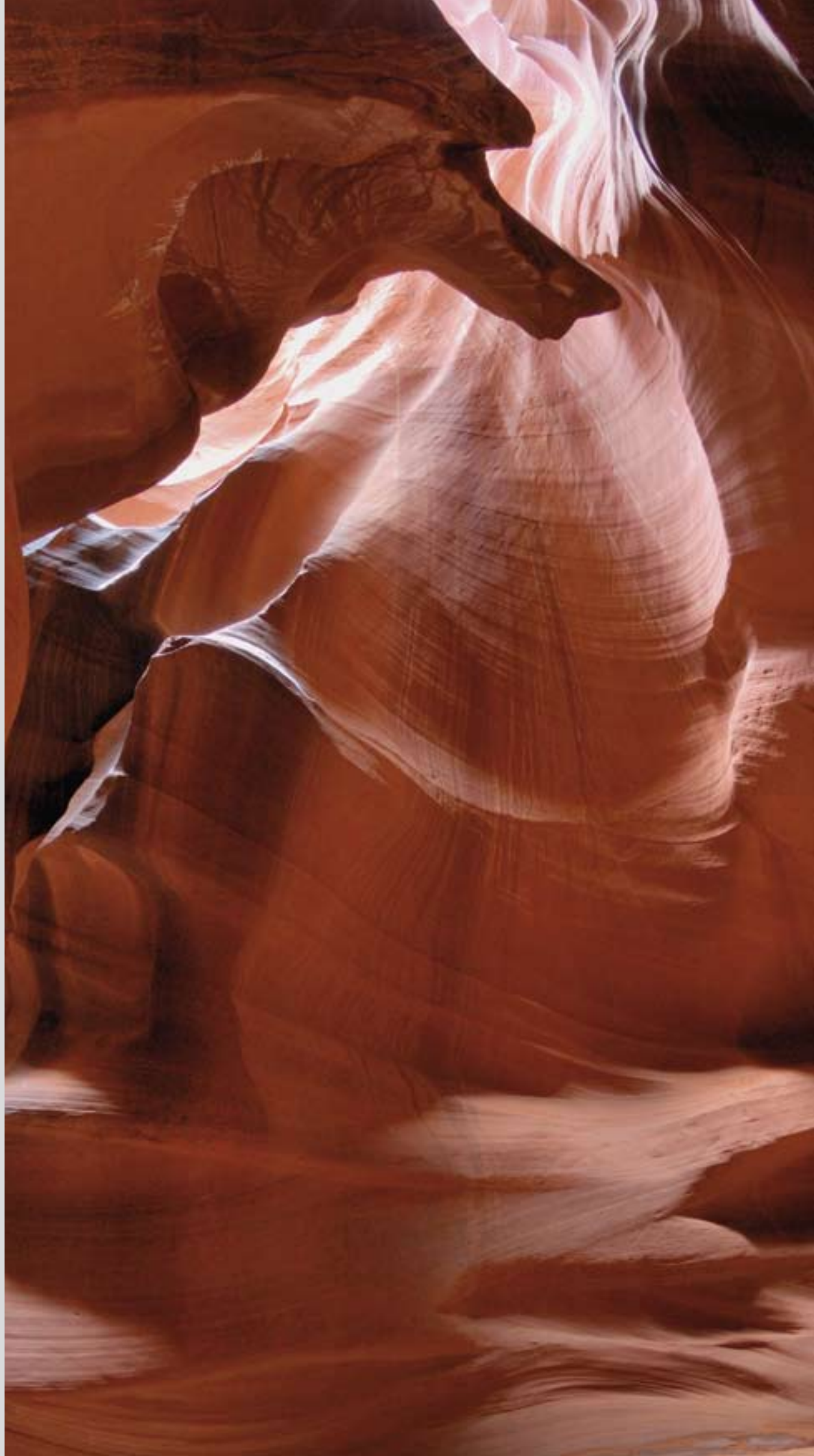
Deutsche Balaton
Aktiengesellschaft

	1.1.–31.12.2007 Euro	1.1.–31.12.2006 Euro
1. Erträge aus Finanzanlagen davon aus verbundenen Unternehmen 221 TEUR (i.V.: 270 TEUR)	1.664.335,79	4.045.818,93
2. Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	14.681.024,50	5.052.042,59
3. Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagen	133.522,98	0,00
4. Zuschreibungen auf Finanzanlagen	9.500,00	2.525.992,07
5. Abschreibungen auf Finanzanlagen	5.756.499,57	1.803.744,49
6. sonstige betriebliche Erträge	214.034,51	588.423,34
7. Personalaufwand a) Löhne und Gehälter b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	383.102,15 36.893,38	439.667,93 44.935,46
8. Abschreibungen auf Sachanlagen	5.831,71	2.375,76
9. sonstige betriebliche Aufwendungen	975.427,22	619.401,73
10. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen 211 TEUR (i.V.: 12 TEUR)	1.342.679,00	97.750,27
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus verbundenen Unternehmen 1.197 TEUR (i.V.: 970 TEUR)	2.821.356,96	1.706.638,89
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.798.909,83	7.693.262,94
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	21.300,00	-124.120,22
14. sonstige Steuern	817,00	787,00
15. Jahresüberschuss	7.776.792,83	7.816.596,16
16. Gewinnvortrag	25.304.148,59	17.638.414,16
17. Aufwand aus der Einziehung eigener Aktien	3.464.586,63	0,00
18. Entnahmen aus Gewinnrücklagen	3.464.586,63	0,00
19. Einstellung in Gewinnrücklagen	0,00	150.861,73
20. Ertrag aus der Kapitalherabsetzung	650.174,00	0,00
21. Einstellung in die Kapitalrücklage nach den Vorschriften über die vereinfachte Kapitalherabsetzung	650.174,00	0,00
22. Bilanzgewinn	33.080.941,42	25.304.148,59

Bilanz zum 31. Dezember 2007

Aktiva	Euro	31.12.2007 Euro	31.12.2006 Euro
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen			
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		262.174,30	3.109,01
II. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	23.571.320,52		56.560.933,66
2. Beteiligungen	544.500,00		247.500,00
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	67.555.124,90		60.848.488,24
		91.670.945,42	117.656.921,90
		91.933.119,72	117.660.030,91
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,00		525.000,00
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	38.753.336,82		921.716,28
3. Sonstige Vermögensgegenstände	2.650.975,13		2.206.561,02
		41.404.311,95	3.653.277,30
II. Wertpapiere			
1. Eigene Anteile	0,00		3.464.586,63
2. Sonstige Wertpapiere	10.816.000,00		10.968.920,69
		10.816.000,00	14.433.507,32
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		761.094,44	536.824,28
		52.981.406,39	18.623.608,90
C. Rechnungsabgrenzungsposten		15.709,88	26.431,77
		144.930.235,99	136.310.071,58

Passiva	Euro	31.12.2007 Euro	31.12.2006 Euro
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		12.699.826,00	13.350.000,00
II. Kapitalrücklage		49.062.562,80	48.412.388,80
III. Gewinnrücklagen			
Rücklage für eigene Anteile		0,00	3.464.586,63
IV. Bilanzgewinn		33.080.941,42	25.304.148,59
		94.843.330,22	90.531.124,02
B. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	33.700,00		25.000,00
2. Sonstige Rückstellungen	130.000,00		215.000,00
		163.700,00	240.000,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Anleihen	20.000.000,00		20.000.000,00
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.556.747,01		14.368.558,86
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	82.315,31		6.860,40
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	19.222.915,72		11.085.010,47
5. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern 10 TEUR (i.V.: 29 TEUR)	61.227,73		78.517,83
		49.923.205,77	45.538.947,56
		144.930.235,99	136.310.071,58



1. Allgemeine Angaben

Der geänderte Jahresabschluss wurde nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften der §§ 264 ff. HGB sowie ergänzenden Regelungen des Aktiengesetzes aufgestellt. Gemäß § 267 Abs. 3 Satz 2 HGB gilt die Gesellschaft als große Kapitalgesellschaft. Am 29. April 2008 hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats den Jahresabschluss geändert, um den von der Mania Technologie AG, Weilrod, am 28. April 2008 bekannt gegebenen Insolvenzeröffnungsantrag zu berücksichtigen. Die daraus resultierenden Bewertungsänderungen von Anteilen und Ausleihungen gegenüber der Mania Technologie AG bei Tochterunternehmen der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft wurden in der Anteilsbesitzliste unter Nr. 7 in diesem Anhang berücksichtigt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Um den Besonderheiten einer Beteiligungsgesellschaft Rechnung zu tragen, haben wir die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 265 Abs. 5 und 6 HGB in 2007 umgestellt sowie um die Posten „Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen“ und „Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagen“ sowie „Zuschreibungen auf Finanzanlagen“ erweitert.

Im Rahmen dieser Umstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wurden die entsprechenden Vorjahresbeträge aus Gründen der Vergleichbarkeit angepasst und neu gegliedert. In diesem Zusammenhang wurden die im Vorjahr unter den Erträgen aus Beteiligungen (TEUR 270) und unter den Erträgen aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens (TEUR 3.775) getrennt ausgewiesenen Beträge zusammengefasst und unter den Erträgen aus Finanzanlagen ausgewiesen.

Durch die Erweiterung der Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung um die Posten „Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen“ und „Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagen“ sowie „Zuschreibungen auf Finanzanlagen“ wurden die entsprechenden Beträge des Vorjahres in Höhe von TEUR 5.052, TEUR 0 bzw. TEUR 2.526 gesondert ausgewiesen und aus den sonstigen betrieblichen Erträgen umgegliedert.

Des Weiteren wurden die in den Umsatzerlösen ausgewiesenen Erlöse aus kurzfristigem Wertpapierhandel und die unter dem Materialaufwand ausgewiesenen korrespondierenden Buchwertabgänge der veräußerten Wertpapiere saldiert in die sonstigen betrieblichen Erträge gegliedert.

Darüber hinaus sind die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gegenüber dem Vorjahr unverändert beibehalten worden.

Zur Verbesserung der Klarheit der Darstellung sind einige Posten der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen (§ 265 Abs. 7 Nr. 2 HGB).

Im Interesse der Übersichtlichkeit werden die nach den gesetzlichen Vorschriften bei den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung anzubringenden Vermerke ebenso wie die Vermerke, die wahlweise in der Bilanz beziehungsweise Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang anzubringen sind, insgesamt im Anhang aufgeführt.

Der Jahres- und Konzernabschluss der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2007 wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Anlagevermögen

Die Sachanlagen werden mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen unter Berücksichtigung von § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB bewertet. Die geringwertigen Wirtschaftsgüter werden grundsätzlich im Zugangsjahr im Bruttoanlagenspiegel als Abgang ausgewiesen.

Die Finanzanlagen sind nach dem Grundsatz der Einzelbewertung mit den Anschaffungskosten bilanziert. Voraussichtlich dauernden Wertminderungen von Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wird durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen. Bei Wertpapieren des Anlagevermögens wird auch bei nur vorübergehenden Wertminderungen eine außerplanmäßige Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Als beizulegender Wert gilt für Anteile an börsennotierten Unternehmen der Börsenkurs am Stichtag bzw. am letzten Handelstag vor diesem Datum. Sofern für die Zukunft mit einem (weiteren) nachhaltigen Kursrückgang gerechnet werden muss, wird der Stichtagskurs aufgrund des Vorsichtsprinzips insoweit unterschritten. Für nicht börsennotierte Anteile können sich Anzeichen für Wertminderungen z. B. aus aktuellen Finanzierungsrunden der jeweiligen Investoren oder aus Verkaufs-

verhandlungen, die einen unter den Anschaffungskosten liegenden Preis ergeben bzw. signalisieren. In diesen Fällen wird die jeweilige Beteiligung auf diesen niedrigeren Wert abgeschrieben.

Wertaufholungen (Zuschreibungen auf Finanzanlagen) werden, soweit die Gründe für in Vorjahren vorgenommene Abschreibungen am Bilanzstichtag nicht mehr bestehen, höchstens bis zu den historischen Anschaffungskosten vorgenommen.

■ *Umlaufvermögen*

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert oder dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Wertpapiere des Umlaufvermögens, die auch die eigenen Anteile umfassen, werden unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bilanziert. Zum Bilanzstichtag lagen keine eigenen Anteile mehr vor.

■ *Gewinnrücklagen*

Unter den Gewinnrücklagen des Vorjahres wird eine Rücklage für die erworbenen eigenen Anteile ausgewiesen, die dem Bilanzwert der unter den Wertpapieren des Umlaufvermögens ausgewiesenen eigenen Anteile des Vorjahres entsprechen.

■ *Rückstellungen*

Die Steuerrückstellungen und sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um erkennbare Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten abzudecken.

■ *Verbindlichkeiten*

Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

■ *Währungsumrechnungen*

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten sind zum Kurs am Transaktionstag in Euro bewertet; zum Bilanzstichtag wurde das Niederst- bzw. Höchstwertprinzip beachtet.

■ *Dividendenerträge*

Dividendeneinnahmen werden in dem Jahr, in welchem der Gewinnverwendungsbeschluss gefasst wird, als Ertrag behandelt.

3. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Aufgliederung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist in der Anlage zum Anhang dargestellt.

Umlaufvermögen

■ *Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände*

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (Vj. TEUR 525).

Zum Bilanzstichtag bestehen außerdem Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 38.753. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren aus der Kapitalherabsetzung bei der CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main, sowie aus der Kaufpreisforderung im Zusammenhang mit dem Verkauf der Anteile an der Heidelberger Beteiligungsholding AG, Heidelberg.

Der Umfang der sonstigen Vermögensgegenstände beträgt TEUR 2.651. In den zum Bilanzstichtag ausgewiesenen sonstigen Vermögensgegenständen sind Forderungen in Höhe von TEUR 99 (Vj. TEUR 99) mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr enthalten. Hiervon entfallen TEUR 99 auf ein Darlehen mit einer Restlaufzeit von zwei Jahren. Darüber hinaus bestehen keine Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände mit einer vertraglichen oder gesetzlichen Laufzeit von mehr als einem Jahr.

■ *Wertpapiere*

In den Wertpapieren sind zum Bilanzstichtag keine eigenen Anteile enthalten.

Die Nettoverbindlichkeiten einschließlich Zinsen aus einer im Geschäftsjahr 2004 begebenen Unternehmensanleihe belaufen sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 9.234 (Vj. TEUR 9.234). In dem Betrag sind abgegrenzte Zinsverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 50 enthalten. Die aus der Unternehmensanleihe resultierende Verbindlichkeit ist unverändert zum Vorjahr in Höhe von TEUR 20.000 auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen. Auf der Aktivseite sind Inhaber-Teilschuldverschreibungen mit einem Nominalwert von TEUR 10.816 (Vj. TEUR 10.816) erfasst, die von der Deutsche Balaton AG im Eigenbestand gehalten werden. Die Rückzahlung der Inhaber-Teilschuldverschreibung ist am 30.11.2009 fällig, die Zinszahlungen sind jährlich jeweils nachträglich zum 30.11. eines Kalenderjahres, zur Zahlung fällig.

■ *Rechnungsabgrenzungsposten*

Im Rechnungsabgrenzungsposten ist ein Disagio aus der begebenen Unternehmensanleihe in Höhe von TEUR 10 (Vj. TEUR 15) enthalten.

Eigenkapital

■ *Gezeichnetes Kapital*

Das gezeichnete Kapital der Deutsche Balaton AG betrug zum Bilanzstichtag EUR 12.699.826,00 und war in 12.699.826 auf den Inhaber lautende Stammaktien ohne Nennwert (Stückaktien) mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 1,00 Euro je Aktie eingeteilt. Das Grundkapital ist in Höhe von EUR 12.699.826 vollständig eingezahlt.

Die Aktien sind an der Frankfurter Wertpapierbörse im Regulierten Markt (General Standard) zugelassen und an den Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg-Bremen, München und Stuttgart jeweils in den Freiverkehr einbezogen.

Die Anzahl der Aktien hat sich im Berichtszeitraum wie folgt entwickelt:

	Geschäftsjahr 2007	Geschäftsjahr 2006
Stand Geschäftsjahresbeginn	13.350.000	13.350.000
Eingezogene Aktien	-650.174	0
Stand Geschäftsjahresende	12.699.826	13.350.000

■ *Genehmigtes Kapital*

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 10. August 2010 durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bareinlagen und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals, insgesamt jedoch höchstens um EUR 6.675.000,00 zu erhöhen (Genehmigtes Kapital gemäß § 202 ff. AktG).

Die neuen Aktien sind ab dem Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie ausgegeben werden, gewinnberechtigt. Grundsätzlich ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Das Bezugsrecht darf nur in folgenden Fällen ganz oder teilweise ausgeschlossen werden:

1. um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen;
2. wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis nicht unwesentlich unterschreitet und der Nennbetrag der unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreitet, und zwar weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung, und der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis nicht wesentlich im Sinne der §§ 203 Abs. (1) und Abs. (2), 186 Abs. (3) Satz 4 AktG unterschreitet; auf die Grenze von 10 % des Grundkapitals sind diejenigen Aktien anzurechnen, die unter Bezugsrechtsausschluss in unmittelbarer oder entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert wurden;
3. wenn die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen erfolgt.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats über den Ausschluss des Bezugsrechts zu entscheiden und die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung festzulegen.

■ *Bedingtes Kapital*

Auf der Hauptversammlung am 28. August 2006 wurde, unter Aufhebung der bestehenden bedingten Kapitalia, das Grundkapital der Gesellschaft um EUR 6.675.000,00 durch Ausgabe von bis zu 6.675.000 auf den Inhaber lautende nennbetragslose Stammaktien (Stückaktien) bedingt

erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung dient ausschließlich der Gewährung von Aktien an die Inhaber von Options- bzw. Wandelschuldverschreibungen, die gemäß der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 28. August 2006 bis zum 27. August 2011 von der Gesellschaft oder durch eine 100 % unmittelbare oder mittelbare Beteiligungsgesellschaft der Gesellschaft begeben werden.

Die bedingte Kapitalerhöhung dient nach Maßgabe der Wandelanleihebedingungen auch der Ausgabe von Aktien an Inhaber von Wandelschuldverschreibungen, die mit Wandlungspflichten ausgestattet sind. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem gemäß des Beschlusses der Hauptversammlung vom 28. August 2006 jeweils festzulegenden Wandlungs- bzw. Optionspreis. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen von ihren Wandlungs- bzw. Optionsrechten Gebrauch machen oder die zur Wandlung verpflichteten Inhaber der Wandelschuldverschreibungen ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen und soweit nicht eigene Aktien zur Bedienung dieser Rechte zur Verfügung gestellt werden. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Options- bzw. Wandlungsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.

■ *Eigene Anteile*

Die Gesellschaft hält zum Bilanzstichtag keine eigenen Anteile. Im Geschäftsjahr 2007 wurden keine eigenen Aktien erworben. Die zu Beginn des Geschäftsjahres von der Gesellschaft gehaltenen 650.174 eigenen Aktien wurden im Geschäftsjahr 2007 zu Lasten der Gewinnrücklage eingezogen. Mit der Einziehung wurde das Grundkapital von EUR 13.350.000,00 um EUR 650.174,00 auf EUR 12.699.826,00 herabgesetzt. Die Herabsetzung des Grundkapitals ist seit dem 9. November 2007 wirksam. Die aus der Kapitalherabsetzung und aus der Auflösung der Gewinnrücklage gewonnenen Beträge wurden in Höhe von EUR 650.174,00 gemäß § 237 Abs. 5 AktG in die Kapitalrücklage eingestellt und in Höhe von EUR 3.464.586,63 zum Ausgleich des Aufwands aus der Einziehung eigener Aktien verwendet.

Die Gesellschaft ist gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung vom 30. August 2007 ermächtigt, eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden

Grundkapitals zu erwerben. Die Ermächtigung darf von der Gesellschaft nicht zum Zweck des Handels in eigenen Aktien genutzt werden.

■ Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage umfasst die Beträge, die bei der Ausgabe von Aktien über den Nennbetrag erzielt worden sind. Im Geschäftsjahr 2007 wurde im Zusammenhang mit der Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Aktien ein Betrag von EUR 650.174,00 in die Kapitalrücklage eingestellt, der dem auf die eingezogenen Aktien entfallenden Betrag des Grundkapitals entspricht.

■ Gewinnrücklagen

Im Berichtszeitraum haben sich die Gewinnrücklagen wie folgt entwickelt:

Angaben in TEUR	Gesetzliche Rücklage	Rücklage für eigene Anteile	Andere Gewinn- rücklagen	Gewinn- rücklagen insgesamt
Stand 01.01.2007	0	3.465	0	3.465
Einstellung	0	0	0	0
Umgliederung	0	0	0	0
Entnahme	0	3.465	0	3.465
Stand 31.12.2007	0	0	0	0

Die gesetzliche Rücklage blieb unverändert, da die Summe der Beträge aus der gesetzlichen Rücklage und der Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB den zehnten Teil des Grundkapitals erreichen.

Aus dem Einzug eigener Aktien resultiert eine Entnahme aus der Rücklage für eigene Aktien in Höhe von TEUR 3.465.

■ Gewinnvortrag

Die Hauptversammlung hat am 30. August 2007 beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2006 in Höhe von EUR 25.304.148,59 vollständig auf neue Rechnung vorzutragen.

■ Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2007 beträgt, unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr, EUR 33.080.941,42. Der Vorstand wird der nächsten ordentlichen Hauptversammlung vorschlagen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2007 in Höhe von EUR 33.080.941,42 auf neue Rechnung vorzutragen.

■ Stimmrechtsmeldungen

Der Gesellschaft liegen folgende Meldungen über das Bestehen einer Beteiligung, die uns nach § 20 Abs. 1 oder Abs. 4 AktG oder nach § 21 Abs. 1 oder Abs. 1 a WpHG bzw. § 41 Abs. 2 Satz 1 WpHG mitgeteilt worden sind, vor:

Die VV Beteiligungen AG, Heidelberg, hat uns am 2. April 2002 gemäß § 41 Abs. 2 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr am 1. April 2002 45,125 % der Stimmrechte an der Deutsche Balaton AG zustehen. Davon seien ihr 9,377 % nach § 22 Abs. 2 WpHG zuzurechnen.

Die DELPHI Unternehmensberatung GmbH, Heidelberg, hat uns am 2. April 2002 gemäß § 41 Abs. 2 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr am 1. April 2002 45,125 % der Stimmrechte an der Deutsche Balaton AG zustehen. Davon seien ihr 35,748 % nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG und 9,377 % nach § 22 Abs. 2 WpHG zuzurechnen.

Wilhelm Konrad Thomas Zours, Bundesrepublik Deutschland, hat uns am 2. April 2002 gemäß § 41 Abs. 2 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass ihm am 1. April 2002 45,125 % der Stimmrechte an der Deutsche Balaton AG zustehen. Davon seien ihm 35,784 % nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG und 9,377 % nach § 22 Abs. 2 WpHG zuzurechnen. Er selbst halte keine Aktien.

Die Axxion S.A., Luxemburg-Munsbach, Luxemburg, hat uns am 20. August 2007 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG (ISIN: DE0005508204) am 16. August 2007 die Schwelle von 15 % überschritten hat und nun 15,03 % (Bestand Axxion S.A.: 2.007.111 Stücke) beträgt.

Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Rückstellungen für ausstehenden Urlaub, Rechts- und Beratungskosten, Aufsichtsratsvergütungen sowie Kosten für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten belaufen sich auf TEUR 10.557 (Vj. TEUR 14.369). Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen belaufen sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 19.223 (Vj. TEUR 11.085).

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von TEUR 10 (Vj. TEUR 29). Es bestehen zum Bilanzstichtag, wie im Vorjahr, keine Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit.

Bis auf die Verbindlichkeiten aus der Anleihe sind alle Verbindlichkeiten kurzfristig fällig. Es bestehen, wie im Vorjahr, keine Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

Für Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen waren zum Bilanzstichtag keine Sicherheiten bestellt. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind in banküblichem Umfang durch bankübliche Verpfändung von Wertpapierdepots und Bankkonten besichert.

4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

■ Erträge aus Finanzanlagen

Die Erträge aus Finanzanlagen betreffen im Geschäftsjahr 2007 in Höhe von TEUR 1.664 (Vj. TEUR 4.046) Dividendenerträge aus dem Finanzanlagevermögen. Darin enthalten sind Dividendenerträge von verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 221 (Vj. TEUR 270).

■ Erträge/Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagen

Die „Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen“ erfassen den Differenzbetrag zwischen erzielten Erlösen und Buchwerten, soweit die Erlöse höher sind als die Buchwerte. „Verluste aus

dem Abgang von Finanzanlagen“ erfassen Differenzbeträge zwischen erzielten Erlösen und Buchwerten, soweit die Erlöse unter den Buchwerten liegen.

■ *Abschreibungen auf Finanzanlagen*

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von TEUR 5.756 (Vj. TEUR 1.804) betreffen ausschließlich außerplanmäßige Abschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens infolge eines niedrigeren beizulegenden Wertes.

■ *Sonstige betriebliche Aufwendungen*

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf TEUR 971 (Vj. TEUR 619). Hiervon entfallen TEUR 360 (Vj. TEUR 0) auf Forderungsverluste. Weiter sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Wesentlichen Abschluss- und Prüfungskosten in Höhe von TEUR 154 (Vj. TEUR 104), Kosten für die Hauptversammlung und Investor Relations von TEUR 58 (Vj. TEUR 62), Kosten im Zusammenhang mit Veröffentlichungen im Bundesanzeiger sowie Handelsregistergebühren in Höhe von TEUR 3 (Vj. TEUR 18), Mieten für Büroräume und Parkgaragenplätze von TEUR 53 (Vj. TEUR 15) und Rechts- und Beratungskosten von TEUR 106 (Vj. TEUR 59) enthalten.

■ *Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge*

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge enthalten sonstigen Zinsertrag und zinsähnliche Erträge von TEUR 1.132 (Vj. TEUR 85) sowie Zinsen von verbundenen Unternehmen von TEUR 211 (Vj. TEUR 12).

■ *Zinsaufwand*

Der Zinsaufwand beläuft sich im Berichtszeitraum auf TEUR 2.821 (Vj. TEUR 1.707). Darin enthalten sind Aufwendungen für Zinsen an verbundene Unternehmen in Höhe von TEUR 1.197 (Vj. TEUR 970). Außerdem ist darin Zinsaufwand in Höhe von TEUR 557 (Vj. TEUR 557) für die 6,00 %-Unternehmensanleihe 2004/2009 enthalten.

■ *Steuern vom Einkommen und vom Ertrag*

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag setzen sich aus Gewerbesteueraufwand in Höhe von TEUR 9 (Vj. Erstattung in Höhe von TEUR 193) sowie nicht anrechenbaren ausländischen Ertragsteuern in Höhe von TEUR 13 (Vj. TEUR 69) zusammen.

5. Sonstige Angaben

■ *Sonstige finanzielle Verpflichtungen, Haftung, Treuhandverhältnisse*

Es bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von TEUR 449, wovon TEUR 84 innerhalb eines Jahres und TEUR 331 innerhalb von zwei bis fünf Jahren fällig sind.

Im Rahmen einer mittelbaren Beteiligung besteht für den Fall des Wertverlusts der Beteiligung eine Verpflichtung zur Übernahme des wirtschaftlichen Risikos bis zu einer Höhe von maximal TEUR 1.800. Ferner besteht eine Einzahlungsverpflichtung gegenüber einer anderen Beteiligung in Höhe von TEUR 396 soweit das Management noch nicht geleistete Einlagen einfordert. Gegenüber der CornerstoneCapital II AG & Co. KG sind wir als Kommanditist zur Leistung von Einlagen in Höhe von TEUR 29.897 verpflichtet. Dieser Betrag kann sich unter Umständen um bis zu weitere TEUR 20.000 erhöhen. Von den vorgenannten Beträgen bestehen insgesamt Verpflichtungen in einem Umfang von TEUR 29.897 gegenüber verbundenen Unternehmen, die sich um bis zu weitere TEUR 20.000 erhöhen können.

Weitergehende Haftungsverhältnisse und finanzielle Verpflichtungen bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Mitglieder der Organe im Geschäftsjahr 2007 waren:

■ *Vorstand*

- Dipl.-Kfm. Jürgen Dickemann, Heidelberg (bis 31. Dezember 2007)
- Dipl.-Kfm. Jörg Janich, Giengen (seit 17. September 2007)

■ *Aufsichtsrat*

- Thomas Zours, Heidelberg
Aufsichtsratsvorsitzender
Geschäftsführer DELPHI Unternehmensberatung GmbH, Heidelberg
Vorstand VV Beteiligungen AG, Heidelberg

- Dipl.-Kfm. Philip Andreas Hornig, Mannheim
Stellvertretender Vorsitzender
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

- Dipl.-Kfm. Jörg Janich, Giengen
Aufsichtsratsmitglied bis 14. September 2007
Vice President Finance der LRE Medical GmbH, Nördlingen bis 31. Dezember 2007
Vorstandsmitglied der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft seit 17. September 2007

- Dr. Burkhard Schäfer, Mannheim
Aufsichtsratsmitglied seit 19. September 2007
Unternehmensberater

■ *Angaben zur Mitgliedschaft der Organmitglieder in Aufsichtsräten:*

Herr Jürgen Dickemann ist Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- Beta Systems Software AG, Berlin
- CornerstoneCapital Verwaltungs AG, Heidelberg, seit 25. Juni 2007
- CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main, bis 4. Februar 2008,
stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
- ABC Beteiligungen AG, Heidelberg, bis 1. Februar 2008,
Aufsichtsratsvorsitzender
- Stratec Grundbesitz AG, Mannheim, bis 1. Februar 2008,
Aufsichtsratsvorsitzender

Herr Jörg Janich ist Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- ABC Beteiligungen AG, Heidelberg,
stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bis 22. Februar 2008,
Aufsichtsratsvorsitzender seit 22. Februar 2008
- CARUS AG, Heidelberg

- Deutsche Balaton Aktiengesellschaft, Heidelberg, bis 14. September 2007
- Stratec Grundbesitz AG, Mannheim,
stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bis 6. Februar 2008,
Aufsichtsratsvorsitzender seit 06. Februar 2008
- CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main
Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender seit 15. Februar 2008

Herr Philip Andreas Hornig ist außerdem Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main
- VV Beteiligungen AG, Heidelberg,
Aufsichtsratsvorsitzender

Herr Dr. Burkhard Schäfer ist außerdem Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- ABC Beteiligungen AG, Heidelberg, seit 1. Februar 2008,
Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender seit 22. Februar 2008
- Stratec Grundbesitz AG, Mannheim, seit 1. Februar 2008,
Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender seit 7. Februar 2008

Herr Thomas Zours nimmt keine weiteren Aufsichtsratsmandate wahr.

Die Gesamtbezüge des Vorstands für seine Tätigkeit im Geschäftsjahr 2007 betragen TEUR 190 (Vj. TEUR 190).

Die Bezüge des Aufsichtsrats für seine Tätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr 2007 betragen insgesamt TEUR 32 (Vj. TEUR 16).

Im Berichtsjahr wurden neben dem Vorstand durchschnittlich 3 (Vj. 4) Mitarbeiter beschäftigt.

■ Abschlussprüferhonorar

Für die Tätigkeit des Abschlussprüfers KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, sind im Geschäftsjahr 2007 insgesamt TEUR 32 Honorar

als Aufwand für die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses erfasst worden. Weiter sind für sonstige Leistungen der TAXON HAMBURG GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg, der Abschlussprüferin der Jahresabschlüsse für die Geschäftsjahre 2005 und 2006, im Geschäftsjahr 2007 Aufwendungen in Höhe von insgesamt TEUR 5 erfasst. Darüber hinaus sind für sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen, Steuerberatungsleistungen oder sonstige Leistungen keine Honorare für den Abschlussprüfer im Sinne des § 319 Abs. 1 Satz 1, 2 HGB als Aufwand erfasst worden.

■ *Bewertung von Finanzinstrumenten*

Auf die in den Finanzanlagen ausgewiesenen Wertpapiere des Anlagevermögens wurden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. In der Bilanz zum 31. Dezember 2007 sind unter den Finanzanlagen keine Finanzinstrumente erfasst, deren beizulegender Wert unter ihrem jeweiligen Buchwert liegt.

■ *Entsprechenserklärung*

Der Vorstand und der Aufsichtsrat haben die gemäß § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung im November 2007 abgegeben und den Aktionären dauerhaft auf der Internetseite der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft zugänglich gemacht.

6. Konzernzugehörigkeit

Die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft erstellt zum 31. Dezember 2007 als Mutterunternehmen einen Konzernabschluss, der nach § 325 Abs. 1 HGB im elektronischen Bundesanzeiger offengelegt wird und bei der Gesellschaft erhältlich ist. Die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft ist selbst nicht in den Konzernabschluss eines anderen Mutterunternehmens einbezogen.

7. Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB

■ Beteiligungen mit einem Kapitalanteil von mindestens 20 Prozent

Name der Gesellschaft	Kapitalanteil in Prozent	Eigenkapital in TEUR	Jahres- überschuss/ Jahres- fehlbetrag in TEUR
ABC Beteiligungen AG, Heidelberg	100,0 %	808	233
CornerstoneCapital Managment GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %	22	0
CornerstoneCapital Verwaltungs AG, Heidelberg	100,0 %	55	5
CornerstoneCapital Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %	17	1
Fortuna Technologie GmbH, Krems/Donau (A)	100,0 %	70	35
HART Technik Kft, Pomáz (HU)	99,9 %	1.069 (271.300 THUF)	173 (43.814 THUF)
CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main	99,3 %	13.814	-5.332
BNS Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %	13	12
CornerstoneCapital MTAG GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %	-5.299	-5.311
CornerstoneCapital II AG & Co. KG, Heidelberg	90,0 %	32.760	-127
Heidelberger Beteiligungsholding AG, Heidelberg	72,6 %	20.870	1.056
Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG, Heidelberg	70,0 %	251	7
Fortuna Maschinenbau Holding AG, Bad Staffelstein	100,0 %	537	283
STRATEC Grundbesitz AG, Mannheim	70,0 %	951	54
CARUS AG, Heidelberg	49,5 %	2.000	-46
CornerstoneCapital II Investment GmbH & Co. KG, Heidelberg	49,0 %	1	-2
Isolite Holding GmbH, Ludwigshafen	40,0 %	1.259	678
vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG, Frankfurt am Main	38,2 %	26.865	2.017
Beta Systems Software AG, Berlin	37,8 %	12.709	-2.976
SchmitterGroup AG, Thüngen	36,4 %	0	-10.349
Human Solutions GmbH, Kaiserslautern	30,0 %	4.097	836
Administration Intelligence AG, Würzburg	28,8 %	789	387
ASE AG, Bruchsal	25,1 %	255	38

■ *Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften
mit einem Stimmrechtsanteil von mehr als 5 Prozent*

Name der Gesellschaft	Kapitalanteil in Prozent	Eigenkapital in TEUR	Jahres- überschuss/ Jahres- fehlbetrag in TEUR
Synaxon AG, Bielefeld	14,70 %	16.441	2.013
Mania Technologie AG, Weilrod	9,40 %	35.633	3.357
W.E.T. Automotive Systems AG, Odelzhausen	10,50 %	109.518	-36.064
Kartonpack Rt., Budapest	8,30 %	4.294 (1.089.429 THUF)	526 (113.580 THUF)
Mistral Media AG, Köln	8,10 %	45.152	2.032
SPARTA AG, Hamburg	8,10 %	7.561	136
TDS Informationstechnologie AG, Neckarsulm	6,30 %	39.781	2.402
P & I Personal & Informatik AG, Wiesbaden	5,30 %	20.389	8.037

Anmerkungen:

- Die Angaben werden grundsätzlich in Tausend Euro (=TEUR) per 31.12.2007 gemacht.
- Die Angaben zu folgenden Gesellschaften erfolgen, sofern nicht nachfolgend in Klammern ein anderer Stichtag angegeben ist, auf den Stichtag 31.12.2006, da für diese Gesellschaften zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Anhangs keine aktuelleren Jahresabschlusszahlen zur Verfügung standen: Isolite Holding GmbH, Administration Intelligence AG, ASE AG, Mania Technologie AG, Mistral Media AG, P&I Personal & Informatik AG, SchmitterGroup AG, TDS Informationstechnologie AG, SPARTA AG, W.E.T. Automotive Systems AG (30.06.2007).
- Angaben in Euro zur Hart-Technik Kft. und Kartonpack Rt. sind unter Berücksichtigung des letzten von der Europäischen Zentralbank im Kalenderjahr 2007 am 31.12.2007 festgelegten Referenzkurses (1,00 EUR = 253,73 HUF) angegeben.

Heidelberg, 29. April 2008

Der Vorstand

Jörg Janich

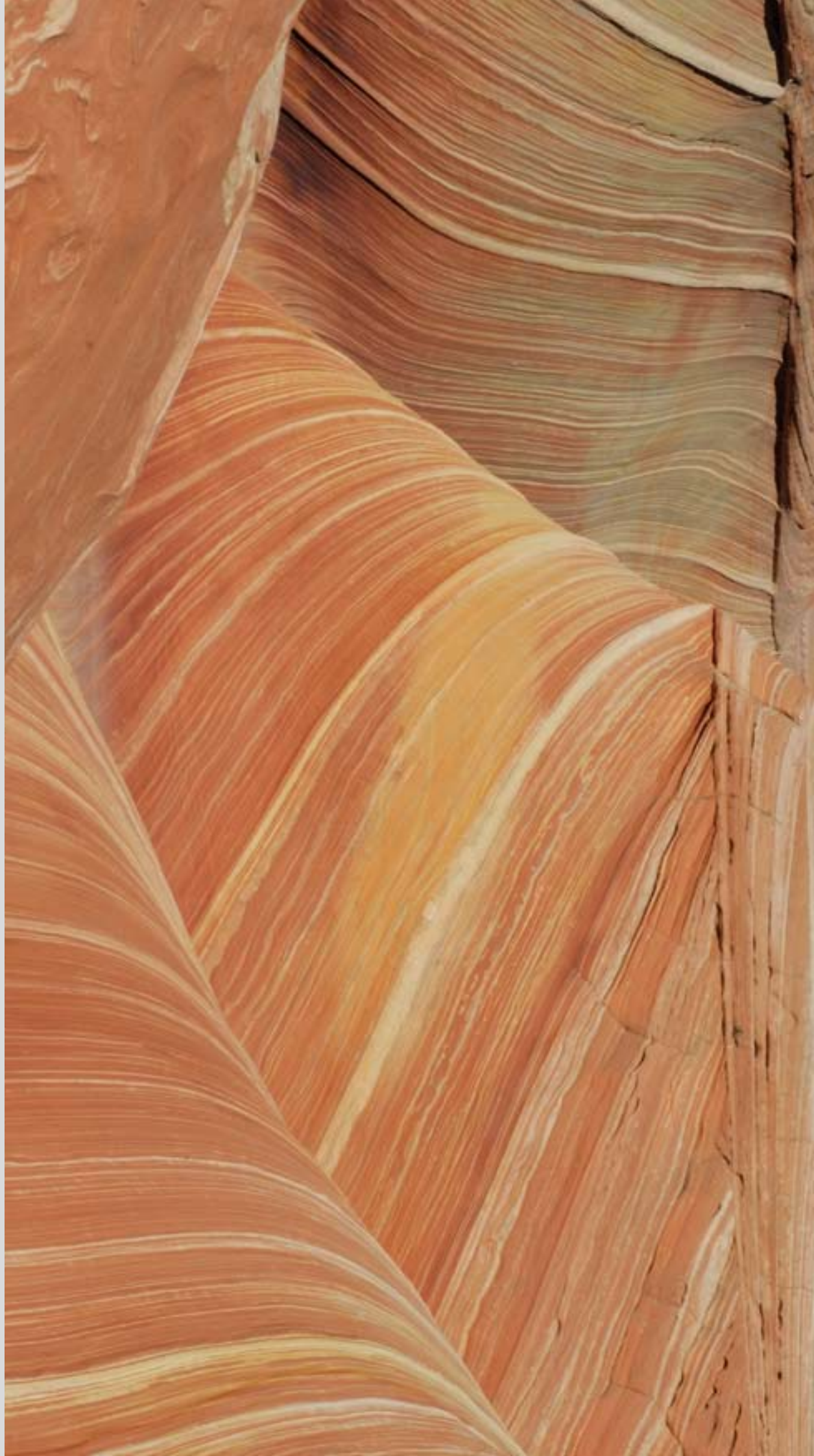
Entwicklung des Anlagevermögens

Anschaffungskosten			
	01.01.2007	Zugänge	
	EUR	EUR	
I. Sachanlagen			
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	81.056,45	269.042,70	
II. Finanzanlagen			
1. Anteile verbundene Unternehmen	89.111.536,00	769.816,27	
2. Beteiligungen	247.500,00	297.000,00	
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	68.197.370,22	22.353.106,98	
	157.556.406,22	23.419.923,25	
	157.637.462,67	23.688.965,95	

Kumulierte Abschreibungen			
	01.01.2007	Zugänge	
	EUR	EUR	
I. Sachanlagevermögen			
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	77.947,44	5.831,71	
II. Finanzanlagen			
1. Anteile verbundene Unternehmen	32.550.602,34	0,00	
2. Beteiligungen	0,00	0,00	
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	7.348.881,98	5.756.499,57	
	39.899.484,32	5.756.499,57	
	39.977.431,76	5.762.331,28	

	Abgänge	31.12.2007
	EUR	EUR
	71.852,34	278.246,81
	49.297.772,13	40.583.580,14
	0,00	544.500,00
	10.108.476,15	80.442.001,05
	59.406.248,28	121.570.081,19
	59.478.100,62	121.848.328,00

	Abgänge	Zuschrei- bungen	31.12.2007	Buchwerte	31.12.2006
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	67.706,64	0,00	16.072,51	262.174,30	3.109,01
	15.538.342,72	0,00	17.012.259,62	23.571.320,52	56.560.933,66
	0,00	0,00	0,00	544.500,00	247.500,00
	209.005,40	9.500,00	12.886.876,15	67.555.124,90	60.848.488,24
	15.747.348,12	9.500,00	29.899.135,77	91.670.945,42	117.656.921,90
	15.815.054,76	9.500,00	29.915.208,28	91.933.119,72	117.660.030,91



Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Heidelberg, den 29. April 2008

Der Vorstand

Jörg Janich

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den geänderten Jahresabschluss (im Folgenden „Jahresabschluss“) – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den geänderten Lagebericht (im Folgenden „Lagebericht“) der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft, Heidelberg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

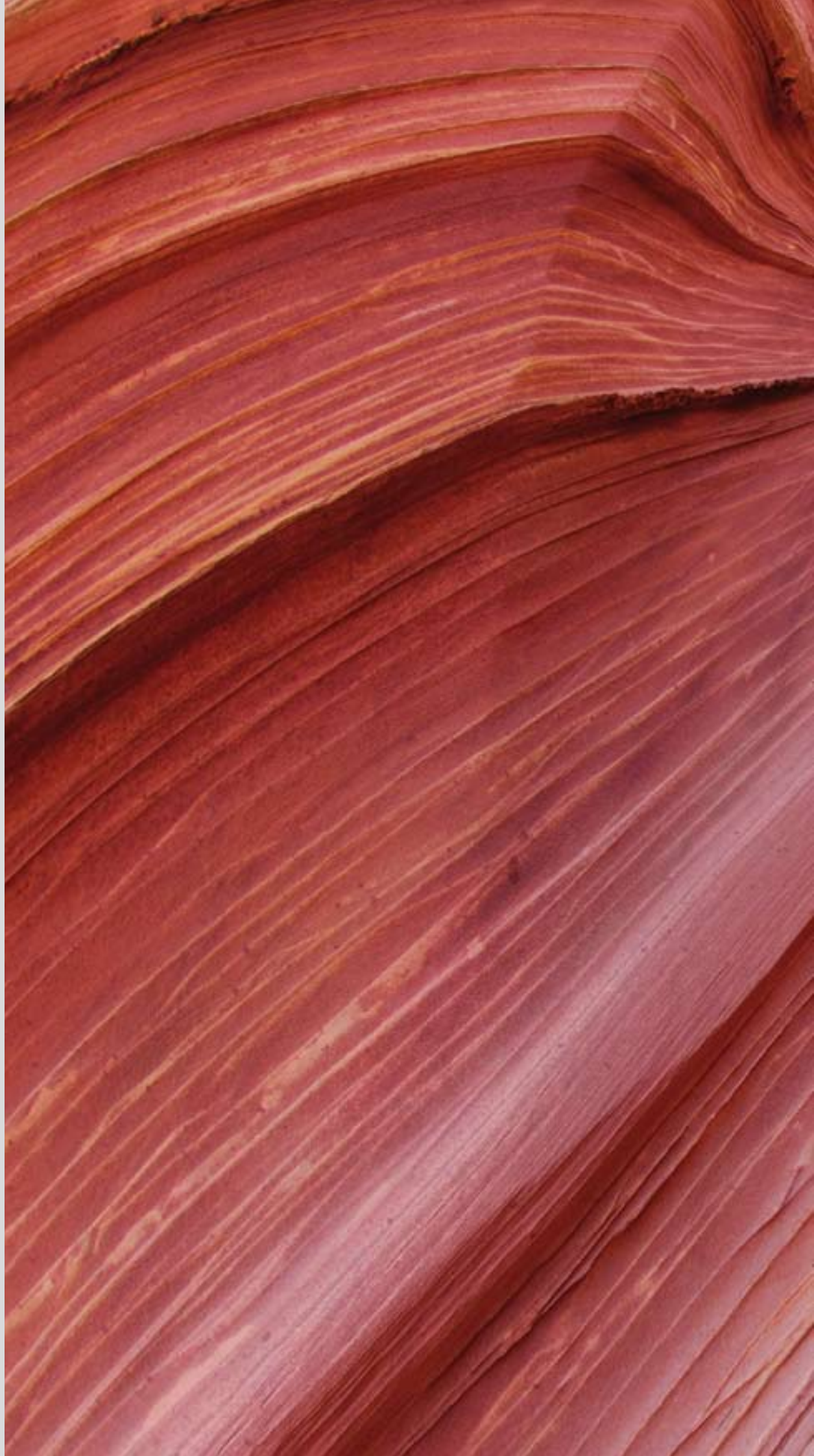
Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 15. April / 29. April 2008

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Kronner
Wirtschaftsprüfer

Marquardt
Wirtschaftsprüfer



1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Berichtszeitraum zeigte ein kräftiges Wachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamts um 2,5 % höher als im Vorjahr. Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts trugen alle Wirtschaftsbereiche positiv zum Wachstum bei. Ein kräftiges Plus verzeichnete insbesondere das produzierende Gewerbe, dessen Bruttowertschöpfung im Vorjahresvergleich um 5,2 % zulegte. Die wirtschaftliche Entwicklung zeigte sich auch im Leitindex der Frankfurter Wertpapierbörse DAX. Dieser stieg im Jahresverlauf um 1.452,59 Punkte auf 8.067,32 Punkte und legte im Jahresverlauf rd. 22 % zu. Nicht so erfreulich war die Entwicklung des SmallCap-Index SDAX, der sich im Jahresverlauf rückläufig von 5.585,08 Punkten auf 5.191,56 Punkte entwickelte und um rd. 7 % verringerte. Die negative Börsenentwicklung setzte sich zu Beginn des Jahres 2008 fort; der DAX schloss am 19. März 2008 mit nur noch 6.361,22 Punkten (rd. -21 % zum 28. Dezember 2007); der SDAX verlor immerhin rd. 18 % und schloss am 19. März 2008 mit 4.265,79 Punkten.

Das Jahr 2007 war aber auch geprägt durch den Beginn der Subprime-Krise in den USA, deren Auswirkungen sich über den Jahreswechsel hinaus weltweit, auch in dem europäischen Wirtschaftsraum, zeigten. Die in den vergangenen Jahren in den USA stark angestiegenen und bis über die Jahresmitte 2007 auf hohem Niveau verharrenden Zinsen (der US-Leitzins Federal Funds Rate kletterte von 1,25 % zu Beginn des Jahres 2003 bis Mitte 2007 auf 5,25 %) führen seit Mitte des Jahres 2007 zusammen mit gesunkenen Immobilienpreisen zu immer mehr Zahlungsausfällen bei hypotheckenbesicherten Darlehen an private Bauherren. Diese Darlehen waren von den Kreditgebern, teilweise auch zusammen mit sicheren Krediten, zu hochkomplexen Finanzinstrumenten gebündelt und weiter verkauft worden. Ein Vertrauensverlust in diese hochkomplexen Finanzinstrumente führte zu einer Vertrauenskrise unter den Finanzinstituten insgesamt. Prominente Opfer der Subprime-Krise in Deutschland sind die SachsenLB, die durch die Übernahme durch die Landesbank Baden-Württemberg gerettet werden konnte und die Mittelstandsbank IKB.

2. Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards

Der vorliegende geänderte Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2007 der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft wird nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften, den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, aufgestellt. Der erste nach IFRS aufgestellte Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2005 ist hinsichtlich ausgewählter Prüffelder von der Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e.V. (DPR) geprüft worden. Dabei ist die DPR zu dem Ergebnis gekommen, dass keine fehlerhafte Rechnungslegung für das Geschäftsjahr 2005 vorliege. Ein im Verlauf der Prüfung zur künftigen Rechnungslegung gegebener Hinweis der DPR zum Zeitpunkt der Entkonsolidierung wird berücksichtigt.

3. Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung im Deutsche Balaton-Konzern verlief im Geschäftsjahr 2007 positiv. Das Geschäftsjahr 2007 war im Wesentlichen durch Veränderungen in den assoziierten Unternehmen und insbesondere in den zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten bestimmt. Die Ertragslage entwickelte sich gegenüber dem Vorjahr weiterhin deutlich positiv.

In dem Spruchverfahren zum Squeeze-Out der Minderheitsaktionäre der Buderus AG, Wetzlar, ist im Januar 2007 ein Vergleich geschlossen worden. Aufgrund des Vergleichs haben wir für die im Rahmen des Squeeze-Out auf den Hauptaktionär übergegangenen Buderus-Aktien im Geschäftsjahr 2007 eine Nachbesserung einschließlich Zinsen in Höhe von insgesamt rd. 2,7 Mio. Euro erhalten.

Im Geschäftsjahr 2007 haben wir außerdem den überwiegenden Teil der Beteiligung an der Eurokai KGaA, Hamburg, in mehreren Tranchen über die Börse veräußert. Hieraus resultiert ein Gesamtergebnisbeitrag von rd. 4,1 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2007.

Neue Investments wurden getätigt, insbesondere in Bank Austria Creditanstalt AG, Wien, Puma AG, Herzogenaurach, und Bayerische HypoVereinsbank AG, München.

Der Aufbau des Wohnimmobilien-Portfolios im Konzern durch die Stratec Grundbesitz AG, Mannheim, wurde im Geschäftsjahr 2007 weiter fortgesetzt.

Die CARUS AG, Heidelberg, eine weitere Immobiliengesellschaft, wird erstmalig für ein volles Geschäftsjahr als assoziiertes Unternehmen konsolidiert.

Die Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG, Heidelberg, seit Dezember 2006 im Konzern, ist eine Beteiligungsgesellschaft, die schwerpunktmäßig in nicht-börsennotierte Unternehmen investiert. Die Fortuna Maschinenbau Holding AG hat, nach der Übernahme der Vermögensgegenstände der in Insolvenz gegangenen Edmund Schröder Maschinenfabrik GmbH & Co KG, Bad Staffelstein, im Berichtszeitraum ihr Geschäft mit Bäckereimaschinen erfolgreich ausgebaut.

Die MANIA Technologie AG, Weilrod, an der im Konzern eine Beteiligung besteht, hat mit Ad-hoc-Meldung vom 28. April 2008 mitgeteilt, dass ihr Vorstand aufgrund Überschuldung der MANIA Technologie AG einen Insolvenzantrag stellen wird. Das der MANIA Technologie AG gewährte Gesellschafterdarlehen wurde daraufhin im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 in Höhe von rd. 1,5 Mio. Euro vollständig wertberichtigt; der Konzernlagebericht wurde entsprechend geändert.

Der Deutsche Balaton-Konzern war im abgelaufenen Geschäftsjahr 2007 von den Auswirkungen der Subprime-Krise nicht unmittelbar betroffen. Geschäfte mit Hypothekendarlehen oder damit verbundenen Finanzprodukten wurden nicht getätigt.

4. Umsatz- und Ertragsentwicklung

Das im Geschäftsjahr 2007 erzielte Periodenergebnis in Höhe von rd. 9,2 Mio. Euro (Vj. rd. 2,8 Mio. Euro) beruht im Wesentlichen auf Verkäufen von Wertpapieren und Dividendenerträgen.

Die Konzernumsatzerlöse belaufen sich im Geschäftsjahr 2007 auf rd. 8,1 Mio. Euro (Vj. rd. 0,9 Mio. Euro). Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe betragen im Geschäftsjahr

2007 rd. 2,2 Mio. Euro (Vj. rd. 0,5 Mio. Euro). Der Anstieg der Konzernumsatzerlöse und Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe im Geschäftsjahr 2007 gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der erstmaligen ganzjährigen Einbeziehung der Fortuna Maschinenbau Holding AG, Bad Staffelstein, für das volle Geschäftsjahr 2007. Unter Berücksichtigung des Anstiegs der anteilig auf diese Gesellschaft entfallenden sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergibt sich ein Ergebnisbeitrag von rd. 0,9 Mio. Euro.

Die sonstigen betrieblichen Erträge fallen mit rd. 15,5 Mio. Euro fast doppelt so hoch aus wie im Vorjahr (rd. 7,9 Mio. Euro). Aus Verkäufen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthalten sind, wurde im Geschäftsjahr 2007 im Konzern ein Ergebnis in Höhe von rd. 15,0 Mio. Euro (Vj. rd. 6,5 Mio. Euro) erzielt.

Das im Berichtszeitraum erzielte Rohergebnis beläuft sich auf rd. 21,2 Mio. Euro (Vj. rd. 8,3 Mio. Euro). Im Rohergebnis enthalten sind Umsatzerlöse zzgl. sonstige betriebliche Erträge und Bestandsveränderungen abzüglich Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe.

Die Zuwendungen an Arbeitnehmer belaufen sich im Geschäftsjahr 2007 auf rd. 4,2 Mio. Euro (Vj. rd. 1,5 Mio. Euro). Der Anstieg der Zuwendungen an Arbeitnehmer entstand aufgrund der erstmaligen Einbeziehung der Fortuna Maschinenbau Holding AG, Bad Staffelstein, für das volle Geschäftsjahr 2007.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen in 2007 rd. 4,0 Mio. Euro und lagen damit um rd. 2,0 Mio. Euro über dem Vorjahreswert. Darin enthalten sind Aufwendungen aus Rechts- und Beratungskosten, Investor Relations, Abschluss- und Prüfungskosten, Raumkosten und sonstigen Kosten für den laufenden Geschäftsbetrieb. Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen entstand im Wesentlichen aufgrund der erstmalig ganzjährigen Einbeziehung der Fortuna Maschinenbau Holding AG, Bad Staffelstein, in 2007.

Das Konzernbetriebsergebnis im Geschäftsjahr 2007 beträgt somit rd. 12,9 Mio. Euro (Vj. 4,8 Mio. Euro). Im Konzernbetriebsergebnis enthalten sind das Rohergebnis, die Zuwendungen an Arbeitnehmer sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Abschreibungen.

Das Konzernfinanzergebnis ist mit rd. 5,5 Mio. Euro negativ und liegt deutlich unter Vorjahresniveau (rd. 1,5 Mio. Euro). Im Konzernfinanzergebnis enthalten sind Finanzerträge abzüglich Finanzierungsaufwendungen.

In den Finanzerträgen sind Dividendenerträge von rd. 1,8 Mio. Euro (Vj. rd. 4,6 Mio. Euro) enthalten, wovon rd. 0,4 Mio. Euro von der P&I Personal und Informatik AG, Wiesbaden, vereinnahmt werden konnten. Die Zins- und zinsähnlichen Erträge liegen mit rd. 5,8 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2007 deutlich (Vj. rd. 0,5 Mio. Euro) über dem Vorjahresniveau. Der Anstieg ist unter anderem auf zinsähnliche Erträge im Zusammenhang mit kurzfristig angeschafften Wertpapieren zurück zu führen.

In den Finanzierungsaufwendungen enthalten sind Wertminderungen auf langfristig und kurzfristig gehaltene Wertpapiere im Konzern in Höhe von rd. 8,6 Mio. Euro (Vj. rd. 2,9 Mio. Euro). Die Wertminderungen entfallen im Geschäftsjahr 2007 auf zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (rd. 7,1 Mio. Euro) und auf langfristige sonstige Forderungen (rd. 1,5 Mio. Euro).

Darüber hinaus sind in den Finanzierungsaufwendungen Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen enthalten. Die Zinsaufwendungen im Geschäftsjahr 2007 liegen konzernweit mit rd. 4,5 Mio. Euro deutlich über denen des Vorjahres (rd. 0,8 Mio. Euro). Der Anstieg beim Zinsaufwand ist insbesondere auf die Finanzierung kurzfristig angeschaffter Wertpapiere zurückzuführen.

Der Ergebnisanteil aus assoziierten Unternehmen ist, nach einem negativen Vorjahreswert (Vj. rd. -3,9 Mio. Euro) mit rd. 2,5 Mio. Euro positiv. Dies ist insbesondere auf eine verbesserte Ertragslage bei der Beta Systems Software AG, Berlin, zurückzuführen.

Das Ergebnis nach Steuern aus der fortgeführten Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2007 entspricht mit rd. 9,2 Mio. Euro (Vj. rd. 2,4 Mio. Euro) dem Periodenergebnis.

5. Vermögens- und Finanzlage

Das langfristige Vermögen des Deutsche Balaton Konzerns beträgt zum Bilanzstichtag rd. 115,2 Mio. Euro (Vj. rd. 106,9 Mio. Euro). In den langfristigen Vermögenswerten sind Anteile an assoziierten Unternehmen in Höhe von rd. 26,2 Mio. Euro (Vj. 19,9 Mio. Euro) sowie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in Höhe von rd. 85,0 Mio. Euro (Vj. rd. 82,0 Mio. Euro) enthalten. Durch den Ausbau des Wertpapierportfolios haben sich die zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerte weiter erhöht. Gegenläufig haben die Wertminderungen die Buchwerte dieser Vermögenswerte reduziert.

Das kurzfristige Konzernvermögen beträgt rd. 17,7 Mio. Euro (Vj. rd. 21,1 Mio. Euro). Darin enthalten sind Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente in Höhe von rd. 9,3 Mio. Euro (Vj. rd. 16,6 Mio. Euro). Weiter sind in dem kurzfristigen Konzernvermögen Vorräte und Fertigungsaufträge in Höhe von rd. 3,3 Mio. Euro (Vj. rd. 0,2 Mio. Euro), laufende Steuererstattungsansprüche in Höhe von rd. 2,3 Mio. Euro (Vj. rd. 1,3 Mio. Euro), sonstige Vermögenswerte in Höhe von rd. 1,5 Mio. Euro (Vj. rd. 1,9 Mio. Euro) und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von rd. 1,2 Mio. Euro (Vj. rd. 0,9 Mio. Euro) enthalten. Außerdem sind in den laufenden Steuererstattungsansprüchen Körperschaftsteuerguthaben gem. § 37 (5) KStG mit einem Barwert von 0,2 Mio. Euro enthalten. Der Anstieg der Vorräte und Fertigungsaufträge resultiert aus der erstmaligen Einbeziehung der Fortuna Maschinenbau Holding AG für das volle Geschäftsjahr 2007. Die Zahlungsmittel und Äquivalenzen haben sich aufgrund der Finanzstruktur im Konzern verändert.

Das zum 31. Dezember 2007 im Konzern ausgewiesene Eigenkapital beträgt rd. 109,4 Mio. Euro (Vj. rd. 103,1 Mio. Euro). Die Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert hat sich durch Gewinnrealisierungen aus Verkäufen und Marktpreisreduzierungen aus noch gehaltenen Wertpapieren reduziert.

Im Konzern werden zum Bilanzstichtag keine eigenen Aktien der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft gehalten. Zum Vorjahresstichtag waren noch Stück 650.174 eigene Aktien im Konzern gehalten. Diese sind in der Konzernbilanz mit einem Wert von rd. 3,5 Mio. Euro vom Eigenkapital abgesetzt. Der konzernweite Bestand an eigenen Aktien der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft

ist damit um Stück 650.174 Aktien bzw. um 3,5 Mio. Euro niedriger als zum Vorjahresstichtag. Im Berichtsjahr 2007 wurden im Rahmen der beschlossenen Kapitalherabsetzungen 650.174 Stück Aktien eingezogen.

Die zum 31. Dezember 2007 im Konzern ausgewiesenen Schulden haben sich auf rd. 23,5 Mio. Euro (Vj. rd. 25,7 Mio. Euro) im Jahresverlauf verringert, insbesondere durch den Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten auf rd. 10,9 Mio. Euro (Vj. rd. 14,4 Mio. Euro).

Die im Jahr 2004 mit einer Laufzeit von fünf Jahren begebene 6,00 %-Unternehmensanleihe der Deutsche Balaton AG ist mit ihrem Gesamtvolumen von 20 Mio. Euro unter den langfristigen Schulden ausgewiesen. Zum Bilanzstichtag waren rd. 9,2 Mio. Euro ausstehend; rd. 10,8 Mio. Euro werden im Eigenbestand gehalten.

Bei einer Bilanzsumme zum 31. Dezember 2007 von rd. 132,9 Mio. Euro (Vj. rd. 128,9 Mio. Euro) beträgt die Eigenkapitalquote im Konzern rd. 82,3 % (Vj. rd. 80,0 %).

6. Bedeutende Beteiligungen und Konzerngesellschaften

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit des Konzerns lag im Geschäftsjahr 2007 in Beteiligungen an Unternehmen. Darüber hinaus wurden von Konzernunternehmen auch Geschäfte im Bereich Immobilien getätigt.

■ *CornerstoneCapital II Fonds*

Im Geschäftsjahr 2007 wurde gemeinsam mit dem Management der CornerstoneCapital AG ein neuer Fonds etabliert. Das Management-Team verfügt über mehr als 25 Jahre gemeinsame Private Equity Erfahrung, in denen sie über 30 Transaktionen abgeschlossen haben. Der Small-cap Private Equity Fonds hat ein Zielvolumen von bis zu 100 Mio. Euro. Investitionen sollen technologieorientiert, insbesondere in den Bereichen IT, Engineering, Medizintechnik und Technische Business Services erfolgen. Die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft wird insgesamt bis zu 50 Mio. Euro in den Fonds investieren.

■ *CornerstoneCapital AG*

Die CornerstoneCapital AG, Frankfurt, ist im Bereich Private Equity tätig. Cornerstone ist ein bevorzugter Eigenkapitalpartner für Management Buyouts und Wachstumskapital in etablierten Wachstumsunternehmen. Im Geschäftsjahr 2007 hat CornerstoneCapital AG ihre Beteiligungsbeträge bei zwei bestehenden Investments erhöht sowie eine Beteiligung verkauft. Aufgrund der Neustrukturierung der Aktivitäten der CornerstoneCapital AG im Laufe des Geschäftsjahres 2007 wurden keine Neuinvestments mehr getätigt.

Im Geschäftsjahr 2007 wurde die Beteiligung an der Betty Holding AG vollständig verkauft, woraus im Konzern ein Veräußerungsverlust in Höhe von rd. 0,8 Mio. Euro entstand. Andererseits erhielt die CornerstoneCapital AG aufgrund von Earn-Out-Regelungen Kaufpreisnachzahlungen aus Verkäufen von Beteiligungen aus den Vorjahren in Höhe von 1,3 Mio. Euro, die im Konzernergebnis 2007 enthalten sind. Davon entfielen rd. 1,1 Mio. Euro auf die Fast Video Security AG und 0,2 Mio. Euro auf die Celon AG.

Die Beteiligungen der CornerstoneCapital AG haben sich, bis auf die Beteiligung an der Mania Technologie AG, insgesamt weiter positiv entwickelt. Der Vorstand der CornerstoneCapital AG geht davon aus, dass sich die positiven Auswirkungen seiner Bemühungen in 2008 oder in den nachfolgenden Geschäftsjahren zeigen werden. Insbesondere bei den Beteiligungen an der vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG und der G+H Isolite Holding GmbH erwartet der Vorstand zukünftige Chancen aus der Veräußerung.

Für das Geschäftsjahr 2008 rechnet der Vorstand der CornerstoneCapital AG insgesamt mit einem positiven Ergebnis.

Der bislang von der CornerstoneCapital AG abgedeckte Private Equity Bereich wird künftig von einer neuen Management-Gesellschaft übernommen werden. Die Investitionen im Private Equity Bereich werden künftig überwiegend in der in 2007 neu errichteten CornerstoneCapital II AG & Co. KG erfolgen. Mit der neuen Struktur ist die Möglichkeit geschaffen worden, auch Co-Investoren aufzunehmen. Die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft beabsichtigt, in diesem Bereich mit bis zu 50 Mio. Euro ihre Investitionen in ähnlichem Umfang wie bisher aufrecht zu erhalten. Die

Finanzierung soll, soweit möglich, aus Rückflüssen der CornerstoneCapital AG erfolgen. Die Aktionäre der CornerstoneCapital AG haben in der Hauptversammlung vom 25. Mai 2007 entschieden, 20 Mio. Euro unter Berücksichtigung der aktienrechtlichen Bestimmungen (Kapitalherabsetzung) an die Aktionäre in 2008 zurückzuzahlen. Während durch die Neustrukturierung der Aktivitäten der CornerstoneCapital-Gruppe keine Investments in neue Beteiligungen durch die CornerstoneCapital AG mehr eingegangen werden, können bestehende Beteiligungen weiterhin aufgestockt werden.

■ *W.E.T. Automotive Systems AG*

Die W.E.T. Automotive Systems AG, Odelzhausen, ein Hersteller von Sitzklimasystemen, erwirtschaftete in ihrem letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr 2006/2007 bei einem Konzernumsatz in Höhe von 183,8 Mio. EUR (im Vorjahr 172,4 Mio. EUR) ein Konzernergebnis (nach IFRS) in Höhe von 0,3 Mio. EUR (im Vorjahr -21,6 Mio. EUR). Die Hauptversammlung der W.E.T. Automotive Systems AG hat am 30. November 2007 beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2006/2007 in Höhe von 70.973.025,02 Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

■ *Heidelberger Beteiligungsholding AG*

Die Heidelberger Beteiligungsholding AG hat in ihrem Geschäftsjahr 2007 einen Jahresüberschuss (nach HGB) in Höhe von rd. 1,1 Mio. Euro (Vj. rd. 1,2 Mio. Euro) erzielt. Im Wesentlichen haben Zins- und Beteiligungserträge sowie eine Zuschreibung auf die Beteiligung an der Web Financial Group S.A., Madrid, zum Ergebnis beigetragen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2007 wurde die Web Financial S.L., Madrid (Spanien), an der die Heidelberger Beteiligungsholding mit einem Anteil von rd. 15,9 % beteiligt ist, in die Web Financial S.A. (Sociedad Anónima) umgewandelt. Die Web Financial S.A. hat mit den Vorbereitungen für einen beabsichtigten Börsengang an die Euronext im Segment „Alternext“ begonnen.

Im Zuge einer konzerninternen Umstrukturierung ist die rd. 70 %-ige Beteiligung an der Heidelberger Beteiligungsholding AG auf die ABC Beteiligungen AG, Heidelberg, umgehängt worden.

■ *ABC Beteiligungen AG*

Die ABC Beteiligungen AG, Heidelberg, war in den vergangenen Geschäftsjahren von untergeordneter Bedeutung für den Abschluss der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft. Die rd. 70 %-ige

Beteiligung an der Heidelberger Beteiligungsholding ist im Rahmen einer konzerninternen Umstrukturierung auf die ABC Beteiligungen AG übergegangen. Die Gesellschaft hielt zum Bilanzstichtag außerdem kleinere Positionen börsennotierter Wertpapiere. Die Gesellschaft hat ihr Geschäftsjahr 2007 mit einem Ergebnis von 0,2 Mio. Euro (nach HGB) abgeschlossen. Sämtliche Anteile an der ABC Beteiligungen AG werden im Konzern gehalten.

■ *Beta Systems Software Aktiengesellschaft*

Im Geschäftsjahr 2007 haben wir an einer bei der Beta Systems Software AG (Beta Systems) durchgeführten Kapitalerhöhung teilgenommen. Die konzernweite Beteiligung an der Beta Systems beträgt rd. 37 %.

Beta Systems erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2007 (nach IFRS) nach Angaben der Gesellschaft ihr bis dahin bestes operatives Ergebnis seit dem Börsengang. Das EBIT stieg von -15,6 Mio. Euro auf 5,8 Mio. Euro und festigte damit den schon zur Jahreshälfte 2007 erreichten Turnaround. Der Gesamtumsatz ging durch die planmäßige Reduzierung des Hardwaregeschäfts auf EUR 88,6 Mio. (Vorjahr: EUR 96,6 Mio.) zurück. Dabei konnte der Lizenzumsatz um 6,9 % auf EUR 29,0 Mio. (Vorjahr: EUR 27,1 Mio.) gesteigert werden. Der Serviceumsatz verbesserte sich um 14,9 % auf EUR 14,5 Mio. (Vorjahr: EUR 12,6 Mio.). Gründe für die Trendwende bei Beta Systems waren die konsequente Umsetzung der Maßnahmen im vertrieblichen Bereich, die optimierte Kostenstruktur sowie die Konzentration auf das Kerngeschäft. Auf der Ebene der Beta Systems Software AG verringerte sich der Jahresfehlbetrag nach HGB von TEUR 18.228 in 2006 auf TEUR 2.976 in 2007.

■ *P&I Personal & Informatik AG*

An der P&I Personal & Informatik AG (P&I), Wiesbaden, einem Hersteller von Personalsoftware hielt die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft zum Bilanzstichtag rd. 5,3 % der Aktien. P&I schloss ihr letztes Geschäftsjahr 2006/2007 am 31. März 2007 (nach IFRS) mit einem Konzern-EBIT von 12,3 Mio. Euro bei einem Konzernumsatz von 54,5 Mio. Euro ab. Im August 2007 hat der bisherige Großaktionär The Carlyle Group sein bis dahin mittelbar gehaltenes Aktienpaket in Höhe von rd. 67 % an diverse Investoren veräußert. P&I hat den Wachstumskurs im laufenden Geschäftsjahr 2007/2008 fortgesetzt und bei wachsendem Umsatz eine Gewinnsteigerung im 9-Monatsergeb-

nis 2007/2008 erreicht. Zum Ende des dritten Quartals hat P&I bei einem Konzernumsatz von 44,3 Mio. Euro ein Ergebnis vor Steuern von 10,3 Mio. Euro erwirtschaftet. Im Geschäftsjahr erhielten wir von der P&I AG eine Dividende in Höhe von rd. 0,4 Mio. Euro.

■ *Bayer Schering AG*

An der Bayer Schering Pharma AG, Berlin, vormals Schering AG, waren wir bis zum 31. Dezember 2007 weiter beteiligt. Nachdem im Juli 2006 ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der Bayer Schering GmbH und der Schering AG geschlossen wurde, hat die außerordentliche Hauptversammlung der Schering AG im Januar 2007 den Squeeze-Out der Minderheitsaktionäre aus der Gesellschaft gegen Zahlung einer Barabfindung in Höhe von 98,98 Euro je Aktie beschlossen.

■ *Mistral Media AG*

Ebenfalls unverändert hielten wir eine Beteiligung von rd. 8 % an der Mistral Media AG, Köln. Auf den Wertansatz der Beteiligung wurde zum 31. Dezember 2007 eine Wertberichtigung von rd. 2,0 Mio. Euro vorgenommen. Die Mistral Media AG schließt ihr Geschäftsjahr 2007 mit einem voraussichtlichen Bilanzverlust in Höhe von rd. 25,9 Mio. Euro ab.

■ *Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG*

Die Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG, an der die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft mit 70 % beteiligt ist, ist eine Beteiligungsgesellschaft, die schwerpunktmäßig in nicht-börsennotierte Unternehmen investiert. Die Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG erzielte im Geschäftsjahr 2007 ein ausgeglichenes Jahresergebnis. Das bis dahin einzige Investment der Gesellschaft ist eine 100 %-ige Beteiligung an der Fortuna Maschinenbau Holding AG, Bad Staffelstein, einem Hersteller von Bäckereimaschinen.

■ *Weitere Beteiligungen*

Außerdem halten wir weitere Beteiligungen in veränderlicher Höhe, unter anderem auch an der AMB General Holding AG, Aachen, und der DBV Winterthur Holding AG, Wiesbaden.

7. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

■ Risikopolitik

Der Vorstand beobachtet gemäß seinem gesetzlichen Auftrag mögliche, „den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen“ (§ 91 Abs. 2 AktG). Wie jedes andere Unternehmen ist die Deutsche Balaton einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt. Für das Unternehmen ist dabei der bewusste Umgang mit risikorelevanten Geschäftsvorfällen entscheidend. Durch kurze Entscheidungswege ist sichergestellt, dass risikorelevante Geschäftsvorfälle frühzeitig erkannt werden. Risikomanagement ist für eine Beteiligungsgesellschaft wie die Deutsche Balaton integraler Bestandteil ihrer Tätigkeit in der Erwerbs-, Beteiligungs- und Veräußerungsphase sowie bei der Finanzierung. Das Risikomanagement fördert das Erkennen und Nutzen von Chancen, die zur Steigerung des Unternehmenserfolgs beitragen können.

Das Risikomanagement der Deutsche Balaton hat das Ziel, wesentliche Risiken aus der Geschäftstätigkeit zu identifizieren, zu messen und zu steuern. Dabei ist es das Ziel des Risikomanagementsystems, jederzeit einen Überblick über die Risiken zu gewährleisten und so im Rahmen einer Risikovermeidung bzw. Risikominimierung durch eine angemessene Chance-/Riskoverteilung den Unternehmenserfolg zu optimieren. Die Bereitschaft, angemessene Risiken einzugehen, ist eine Voraussetzung dafür, Chancen nutzen zu können.

Der Vorstand sieht bei der Deutsche Balaton und im Konzern derzeit keine „den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen“.

■ Chancenmanagement

Risiko- und Chancenmanagement sind bei der Deutsche Balaton eng miteinander verknüpft. Aus einer aktiven Kontrolle der Risiken leiten wir Ziele und Strategien der Geschäftspolitik ab und sorgen so für ein angemessenes Chancen-Risiko-Verhältnis. Wie das Risikomanagement obliegt die Verantwortung zum frühzeitigen und regelmäßigen Identifizieren, Analysieren und Managen von Chancen unmittelbar dem Vorstand. Der Vorstand beschäftigt sich intensiv mit Markt- und Kursanalysen, branchenspezifischen Rahmendaten, Marktentwicklungen und -szenarien sowie dem politischen und steuerlichen Unternehmensumfeld. Hieraus leitet der Vorstand konkrete unternehmensspezifische Chancenpotenziale ab.

■ *Einzelrisiken*

Der Vorstand sieht als Risiken, die im Zusammenhang mit dem Beteiligungsgeschäft der Deutsche Balaton stehen, insbesondere Marktpreisrisiken, branchen- und unternehmensspezifische Risiken, steuerrechtliche Risiken sowie Liquiditätsrisiken. Die Verantwortung für die Risikomanagementaktivitäten in Bezug auf die Risiken in den vorgenannten Bereichen obliegt dem Vorstand, der auch für die Planung, Steuerung und Kontrolle der zuvor genannten Risiken verantwortlich ist.

■ *Allgemeine Marktpreisrisiken*

Die von der Deutsche Balaton gehaltenen börsennotierten Beteiligungen unterliegen dem Risiko von Wertschwankungen. Solche Wertschwankungen können aus sich ändernden Marktpreisen aufgrund einer allgemeinen Tendenz an den Aktienmärkten resultieren. Diese können ihre Ursache beispielsweise in konjunkturellen Faktoren haben. Außerdem können auch marktpsychologische Umstände zu Kursschwankungen und damit Marktpreisveränderungen bei den börsennotierten Beteiligungen führen. Dieses allgemeine Marktrisiko kann durch eine Diversifikation der Beteiligungen und ein aktives Portfoliomanagement nur bedingt ausgeschlossen werden, da alle Wertpapiere dem Marktpreisrisiko gleichermaßen ausgesetzt sind. Die regelmäßige Beobachtung der Börsendaten sowie der Unternehmens- und Börsennachrichten gibt dem Vorstand die Möglichkeit marktpreisrelevante Ereignisse erfassen und in der konkreten Situation geeignete Maßnahmen zur Schadensminimierung treffen zu können. Der Vorstand überwacht regelmäßig die Wertanteile der Einzelpositionen der Beteiligungen.

Die Deutsche Balaton war in der Vergangenheit aufgrund gesunkener Marktpreise gezwungen, teilweise Abschreibungen auf den beizulegenden niedrigeren Zeitwert von ihr gehaltener Vermögensgegenstände und Beteiligungen an anderen Gesellschaften vorzunehmen. Solche Wertberichtigungen können auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

■ *Branchenspezifische Beteiligungsrisiken*

Neben allgemeinen Marktpreisrisiken bestehen Risiken, die sich in einzelnen Unternehmensbranchen realisieren können. So können sich bei Beteiligungen der Deutsche Balaton wirtschaftliche, rechtliche, technologische oder wettbewerbsspezifische Rahmenbedingungen verändern. Der Beteiligungsansatz der Deutsche Balaton ist grundsätzlich nicht branchenspezifisch. Die Unternehmensbranchen, in welche die Deutsche Balaton durch Eingehen von Beteiligungen

investiert, sind nur ein Kriterium für die Auswahl einzugehender Investments. Der Vorstand ist bestrebt, eine Diversifikation des Portfolios beizubehalten und so das branchenspezifische Beteiligungsrisiko zu begrenzen. Die nicht auf bestimmte Branchen begrenzte Streuung des Beteiligungsportfolios bietet dem Vorstand die Chance, Veränderungen branchenspezifischer Rahmenbedingungen nach Abwägung der Chancen und Risiken für neue Investments zu nutzen.

■ *Unternehmensspezifische Beteiligungsrisiken*

Unter unternehmensspezifischen Risiken versteht der Vorstand das Risiko einer rückläufigen Entwicklung des Marktpreises von Beteiligungen, die ursächlich auf unmittelbar oder mittelbar bei dem Beteiligungsunternehmen vorhandene Faktoren zurückgeht. Sollten sich unternehmensspezifische Risiken einschließlich technologischer Entwicklungen, welche für das jeweilige Beteiligungsunternehmen von Bedeutung sind, realisieren, könnte die Deutsche Balaton einen beabsichtigten Veräußerungsgewinn nicht erzielen und müsste gegebenenfalls sogar einen Verlust bis hin zum Totalausfall hinnehmen. Dies könnte negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Balaton haben.

Der Vorstand versucht, dieses Risiko durch eine dem potenziellen Investment angemessene Voranalyse zu minimieren und wägt die erwarteten Chancen und Risiken eines Beteiligungsinvestments vor Eingehen eines Investments gegeneinander ab. Weiterhin gibt die regelmäßige Beobachtung der Börsen- und Finanzdaten sowie der Unternehmens- und Börsennachrichten dem Vorstand die Möglichkeit, unternehmensspezifische Ereignisse zu erfassen und geeignete Maßnahmen zur Schadensminimierung treffen zu können. Der Vorstand überwacht regelmäßig die Wertanteile der Einzelpositionen der Beteiligungen.

■ *Steuerrechtliche Risiken*

Die Veränderung steuerlicher Rahmenbedingungen kann sich nachteilig auf das Geschäft der Deutsche Balaton AG auswirken.

Die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft geht davon aus, dass die Gesellschaft aufgrund von Verlustvorträgen nicht oder nur teilweise zu Steuerzahlungen verpflichtet ist, solange und soweit der steuerliche Verlustvortrag nicht durch erzielte Jahresüberschüsse aufgebraucht ist. Aktuell sind

die bestehenden Verlustvorträge wirtschaftlich allerdings nicht oder nur in begrenztem Umfang nutzbar, da das körperschaftsteuerliche Ergebnis negativ ist. Sollte sich diese Annahme nicht bewahrheiten und/oder die von der Gesellschaft ermittelten steuerlichen Verlustvorträge nicht oder nicht in der errechneten Höhe von der Finanzverwaltung akzeptiert werden, führte dies nach Ansicht der Gesellschaft zu einer Verringerung der bestehenden Verlustvorträge. In diesem Fall wären Steuernachzahlungen möglich.

Änderungen im Steuerrecht bergen das Risiko, dass die steuerliche Belastung der Deutsche Balaton AG zunimmt. Eine höhere steuerliche Belastung der Deutsche Balaton AG mit direkten oder indirekten Steuern führt zu einer Verringerung des Jahresergebnisses und damit des wirtschaftlichen Erfolgs.

Durch eine Anhebung der Umsatzsteuersätze erhöhten sich für die Deutsche Balaton auf der Einkaufsseite die Preise, da die Gesellschaft nicht vorsteuerabzugsberechtigt ist. Die Inanspruchnahme von Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Erwerb von Unternehmensbeteiligungen würde sich hierdurch, sofern die Leistung selbst mit Umsatzsteuer belastet wird, verteuern. Dies könnte sich nachteilig auf den wirtschaftlichen Erfolg von einzelnen Projekten auswirken. In der Folge könnten sich hieraus nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Balaton AG ergeben.

■ *Liquiditätsrisiken*

Liquiditätsrisiken in Bezug auf die Marktliquidität börsennotierter Beteiligungen können aufgrund einer nur geringen Liquidität der im Portfolio der Deutsche Balaton gehaltenen Beteiligungen bestehen. Die Deutsche Balaton beteiligt sich auch an börsennotierten Unternehmen, die nur eine geringe Marktliquidität aufweisen, aber kurz- bis mittelfristig ein großes Chance-/Risiko-Verhältnis aufweisen. Beteiligungen an börsennotierten Unternehmen mit einer geringen Handelsliquidität bergen jedoch oftmals auch das Risiko in sich, dass ein Verkauf der Beteiligung über die Börse nur schwer oder gar nicht möglich ist. Dieses Risiko ist auch Beteiligungen, die nicht an einer Börse gehandelt werden, immanent. Die Veräußerung von nicht börsennotierten Unternehmensbeteiligungen ist oftmals nur im Rahmen eines aufwändigen, strukturierten Verkaufsprozesses möglich.

Der Vorstand versucht, dieses Risiko durch eine umfangreiche Voranalyse potenzieller Beteiligungsobjekte zu minimieren und wägt die erwarteten Chancen und Risiken eines Beteiligungsinvestments vor Eingehen eines Investments sorgfältig gegeneinander ab.

8. Schlussklärung zum Abhängigkeitsbericht

Die Deutsche Balaton ist gemäß §§ 311 ff. AktG verpflichtet, einen Abhängigkeitsbericht zu der Beziehung zur VV Beteiligungen AG, der DELPHI Unternehmensberatung GmbH und der mit diesen Gesellschaften verbundenen Unternehmen aufzustellen. Im Rahmen der Schlussklärung zu diesem Abhängigkeitsbericht hat der Vorstand der Deutsche Balaton folgende Erklärung abgegeben:

„Im Laufe des Geschäftsjahres wurden Rechtsgeschäfte zwischen der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft und der VV Beteiligungen AG und der DELPHI Unternehmensberatung GmbH sowie mit der VV Beteiligungen AG und der DELPHI Unternehmensberatung GmbH verbundenen Unternehmen abgeschlossen. Dabei hat die Gesellschaft nach den Umständen, die dem Vorstand in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft jeweils vorgenommen wurde, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten.“

9. Bedeutende Rechtsstreitigkeiten

Im Januar 2005 wurde eine Anfechtungsklage, die von einer Aktionärin gegen die Wahlen zum Aufsichtsrat der Hauptversammlung der Deutsche Balaton vom 25. Juni 2004 erhoben worden ist, vom Landgericht Wiesbaden (Az. 11 O 51/04) in erster Instanz abgewiesen. Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main hat auf die Berufung der Anfechtungsklägerin (Az. 10 U 17/05) das Verfahren in einem Punkt an das Landgericht Wiesbaden mit Urteil vom 21. März 2006 zurückverwiesen, im Übrigen wurde die Klage abgewiesen und eine Revision gegen das Berufungsurteil nicht zugelassen. Eine von der Klägerin gegen die Nichtzulassung der Revision zum Bundesgerichtshof erhobene Nichtzulassungsbeschwerde wurde zurückgewiesen.

Das Landgericht Wiesbaden hat am 28. Januar 2008 eine Beweisaufnahme durchgeführt und mit Urteil vom 7. April 2008 die Anfechtungsklage erneut abgewiesen hat. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

10. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die Gesellschaft hat nach dem Bilanzstichtag im Rahmen eines an ihre Aktionäre gerichteten freiwilligen öffentlichen Erwerbsangebots insgesamt Stück 499.986 eigene Aktien zu einem Kaufpreis von 10,00 Euro, mithin zu einem Betrag in Höhe von insgesamt rd. 5,0 Mio. Euro, erworben. Die Verwendung der Aktien wird im Rahmen der von der Hauptversammlung am 30. August 2007 erteilten Ermächtigung erfolgen.

Im Februar 2008 vereinbarte das Investorenkonsortium mit der Mania Technologie AG einen qualifizierten Rangrücktritt für das ihr gewährte Gesellschafterdarlehen.

Am 13. März 2008 hat der Vorstand der Deutsche Balaton beschlossen, eine Unternehmensanleihe mit einem Nominalbetrag von bis zu 15 Mio. Euro zu begeben. Die Inhaberschuldverschreibung soll, bei einer Laufzeit von 5 Jahren, mit 5 % p.a. verzinst werden.

Am 28. April 2008 hat der Vorstand der Mania Technologie AG, Weilrod, in einer Ad-hoc-Meldung mitgeteilt, dass er am selben Tag wegen Überschuldung der Mania Technologie AG einen Insolvenzantrag stellen will. Ein aus der Insolvenzantragsstellung für ein gewährtes Gesellschafterdarlehen resultierendes Risiko wurde im vorliegenden Abschluss bereits vollständig berücksichtigt.

11. Grundzüge des Vergütungssystems der Gesellschaft für die in § 315 Absatz 2 Nr. 4 HGB genannten Gesamtbezüge

Die Vorstandsmitglieder erhalten eine Festvergütung ohne variable Bestandteile. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine Festvergütung ohne variable Bestandteile, wobei der Vorsitzende das

Doppelte, der stellvertretende Vorsitzende das 1,5-fache der Grundvergütung erhält. Die Hauptversammlung der Gesellschaft vom 28. August 2006 hat den Vorstand ermächtigt, die in § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a Satz 6 und 7 HGB für den Jahresabschluss und in § 314 Abs. 1 Nr. 6 Buchstabe a Satz 6 und 7 für den Konzernabschluss verlangten Angaben in den Jahresabschlüssen und Konzernabschlüssen der Gesellschaft für den Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2010 zu unterlassen. Der Vorstand macht in dem vorliegenden Jahresabschluss von der Möglichkeit, die individualisierte Offenlegung der Vorstandsvergütungen zu unterlassen, Gebrauch.

12. Übernahmerechtliche Angaben

Bericht gemäß § 315 Abs. 4 i. V. m. § 120 Abs. 3 Satz 2 AktG

■ *Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals*

Das Grundkapital der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft beträgt 12.699.826,00 Euro und ist eingeteilt in 12.699.826 auf den Inhaber lautende Stammaktien (Stückaktien ohne Nennwert). Im November 2007 wurde das Grundkapital durch die Einziehung von 650.174 eigenen Aktien zulasten des Bilanzgewinns von 13.350.000,00 Euro um 650.174,00 Euro auf 12.699.826,00 Euro herabgesetzt. Die Entwicklung des Grundkapitals im Geschäftsjahr 2007 ist nachfolgend tabellarisch dargestellt:

Datum	Grundkapital	Veränderung	Grund
01.01.2007	13.350.000,00 Euro		
09.11.2007	12.699.826,00 Euro	-650.174,00 Euro	Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Aktien
31.12.2007	12.699.826,00 Euro		

■ *Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital,
die 10 vom Hundert der Stimmrechte überschreiten*

Hinsichtlich direkter und indirekter Beteiligungen am Kapital der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft, die zehn Prozent übersteigen, sind uns folgende Meldung zugegangen:

a) Im Geschäftsjahr 2007

Die Axxion S.A., Luxemburg-Munsbach, Luxemburg, hat uns am 20. August 2007 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG (ISIN: DE0005508204) am 16. August 2007 die Schwelle von 15 % überschritten hat und nun 15,03 % (Bestand Axxion S.A.: 2.007.111 Stücke) beträgt.

b) Vor dem Geschäftsjahr 2007

Die VV Beteiligungen AG, Heidelberg, hat uns am 2. April 2002 gemäß § 41 Abs. 2 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr am 1. April 2002 45,125 % der Stimmrechte an der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft zustehen. Davon seien ihr 9,377 % nach § 22 Abs. 2 WpHG zuzurechnen.

Die DELPHI Unternehmensberatung GmbH, Heidelberg, hat uns am 2. April 2002 gemäß § 41 Abs. 2 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr am 1. April 2002 45,125 % der Stimmrechte an der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft zustehen. Davon seien ihr 35,748 % nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG und 9,377 % nach § 22 Abs. 2 WpHG zuzurechnen.

Wilhelm Konrad Thomas Zours, Bundesrepublik Deutschland, hat uns am 2. April 2002 gemäß § 41 Abs. 2 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass ihm am 1. April 2002 45,125 % der Stimmrechte an der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft zustehen. Davon seien ihm 35,784 % nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG und 9,377 % nach § 22 Abs. 2 WpHG zuzurechnen. Er selbst halte keine Aktien.

■ *Unternehmensleitung*

Die Gesellschaft wird durch den Vorstand vertreten und geleitet. Gemäß § 84 Absatz 1 und 3 AktG werden die Mitglieder des Vorstands durch den Aufsichtsrat bestellt und abberufen. Gemäß § 8 Abs. 1 der Satzung der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft besteht der Vorstand aus einer oder

mehreren Personen; die Zahl der Mitglieder des Vorstands bestimmt der Aufsichtsrat. Werden mehrere Personen zu Vorstandsmitgliedern bestellt, kann der Aufsichtsrat gemäß § 84 Absatz 2 AktG bzw. § 8 Absatz 3 der Satzung ein Mitglied zum Vorsitzenden und ein weiteres Mitglied des Vorstands zu dessen Stellvertreter ernennen. Soweit der Aufsichtsrat bei der Bestellung der Mitglieder des Vorstands keinen kürzeren Zeitraum beschließt, werden die Mitglieder des Vorstands für fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein solcher Grund ist namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsmäßigen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung, es sei denn, dass das Vertrauen aus offenbar unsachlichen Gründen entzogen worden ist. Der Vorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben, wenn nicht die Satzung den Erlass der Geschäftsordnung dem Aufsichtsrat übertragen hat oder der Aufsichtsrat eine Geschäftsordnung für den Vorstand erlässt. Eine Geschäftsordnung für den Vorstand existierte im Geschäftsjahr 2007 nicht. Der Aufsichtsrat hat einen Katalog von Geschäften beschlossen, die vom Vorstand nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden dürfen.

■ *Erwerb eigener Aktien, genehmigtes und bedingtes Kapital*

Die ordentliche Hauptversammlung vom 28. August 2006 hat den Vorstand bis zum 27. Februar 2008 zum Erwerb eigener Aktien in einem Umfang von bis zu 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals ermächtigt. Unter Aufhebung dieser Ermächtigung für die Zukunft hat die Hauptversammlung vom 30. August 2007 den Vorstand gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, für bestimmte Zwecke bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Die Ermächtigung darf von der Gesellschaft nicht zum Zweck des Handels in eigenen Aktien genutzt werden. Der Vorstand hat von dieser Erwerbsermächtigung im Geschäftsjahr 2007 keinen Gebrauch gemacht. Nach Schluss des Geschäftsjahres 2007 hat der Vorstand im Rahmen eines freiwilligen öffentlichen Erwerbsangebots insgesamt 499.986 eigene Aktien zu einem Preis von 10,00 Euro je Aktie, mithin insgesamt rd. 5 Mio. Euro, erworben. Das Volumen der zurückgekauften Aktien entspricht rd. 3,94 % der bei Beginn des Rückkaufangebots am 6. Februar 2008 ausstehenden Aktien. Aktionäre konnten das Angebot bis zum 20. Februar 2008 annehmen.

Im Handelsregister der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft ist ein genehmigtes Kapital eingetragen. Der Vorstand ist ermächtigt mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 10. August 2010 durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bareinlagen und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals, insgesamt jedoch höchstens um 6.675.000,00 Euro zu erhöhen (Genehmigtes Kapital gemäß § 202 ff. AktG). Grundsätzlich ist den Aktionären bei einer Kapitalerhöhung unter Verwendung des genehmigten Kapitals ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand darf mit Zustimmung des Aufsichtsrats bei einer Kapitalerhöhung aus dem genehmigten Kapital das Bezugsrecht der Aktionäre in bestimmten Fällen ausschließen. Der Vorstand hat von der vorstehenden Ermächtigung zur Erhöhung des Grundkapitals aus genehmigtem Kapital bislang keinen Gebrauch gemacht.

Ein bedingtes Kapital in Höhe von bis zu 6.675.000,00 Euro durch Ausgabe von bis zu 6.675.000 auf den Inhaber lautenden nennbetragslosen Stammaktien (Stückaktien) dient der Gewährung von Aktien an die Inhaber von Options- bzw. Wandelschuldverschreibungen, die gemäß der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 28. August 2006 zur Ausgabe von Options- bzw. Wandelschuldverschreibungen bis zum 27. August 2011 von der Gesellschaft oder durch eine 100 % unmittelbare oder mittelbare Beteiligungsgesellschaft der Gesellschaft begeben werden. Das bedingte Kapital dient nach Maßgabe der Wandelanleihebedingungen auch der Ausgabe von Aktien an Inhaber von Wandelschuldverschreibungen, die mit Wandlungspflichten ausgestattet sind. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2006 jeweils festzulegenden Wandlungs- bzw. Optionspreis. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen von ihren Wandlungs- bzw. Optionsrechten Gebrauch machen oder die zur Wandlung verpflichteten Inhaber der Wandelschuldverschreibungen ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen und soweit nicht eigene Aktien zur Bedienung dieser Rechte zur Verfügung gestellt werden. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Options- bzw. Wandlungsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen. Die Gesellschaft hat bisher von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch gemacht.

13. Ausblick

Unser Ziel ist es, die positive Entwicklung der vergangenen Jahre fortzuführen. Aktuell weisen einige unserer Beteiligungen stille Reserven auf.

Dennoch ist das Ergebnis für eine Beteiligungsgesellschaft wie die Deutsche Balaton AG nur schwer plan- und vorhersehbar. Das Ergebnis der kommenden Geschäftsjahre wird daher wie in der Vergangenheit stark von der Entwicklung unserer Beteiligungen und den Fragen, wann und wie sich Beteiligungsverkäufe realisieren lassen, abhängen. Nicht nur aufgrund der Zahl an börsennotierten Beteiligungen wird die Zukunft auch wesentlich von der Entwicklung der Kapitalmärkte abhängen.

In den nächsten Jahren wird unsere Beteiligung CornerstoneCapital AG sukzessive ihre Beteiligungsunternehmen verkaufen; die Verkaufserlöse sollen unter anderem als Kommanditeinlagen bei der CornerstoneCapital II AG & Co. KG verwendet werden.

Aufgrund des angekündigten Insolvenzantrags der Mania Technologie AG erwarten wir im Geschäftsjahr 2008 eine Ergebnisbelastung von bis zu 4,0 Mio. Euro.

Das Geschäftsjahr 2008 hat mit Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten begonnen. Die Auswirkungen der Subprime-Krise auf die weltweite wirtschaftliche Entwicklung werden abzuwarten sein und können sich gegebenenfalls auch mittelbar auf die Deutsche Balaton auswirken. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erwarten wir jedoch für das Geschäftsjahr 2008 wieder ein positives Ergebnis.

Heidelberg, den 29. April 2008

Der Vorstand
Jörg Janich

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung 2007

	Anhang	01.01.– 31.12.2007 €	01.01.– 31.12.2006 €
Umsatzerlöse	(7)	8.097.448,27	948.498,51
Bestandsveränderungen fertige und unfertige Erzeugnisse	(8)	-155.650,00	-27.350,00
sonstige betriebliche Erträge	(9)	15.485.756,76	7.878.222,63
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	(10)	-2.183.809,05	-528.068,43
Zuwendungen an Arbeitnehmer	(11)	-4.225.523,89	-1.524.888,52
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	(12)	-182.115,08	-39.500,81
sonstige betriebliche Aufwendungen	(13)	-3.953.540,55	-1.936.327,99
Finanzerträge	(14)	7.673.603,77	5.084.018,52
Finanzierungsaufwendungen	(15)	-13.155.986,66	-3.628.879,79
Gewinn- und Verlustanteile an assoziierten Unternehmen	(16)	2.010.042,90	-3.865.930,50
Ergebnis vor Ertragsteuern		9.410.226,47	2.359.793,62
Ertragsteuern	(17)	-181.494,93	57.075,08
Ergebnis aus fortgeführter Geschäftstätigkeit nach Ertragsteuern		9.228.731,54	2.416.868,70
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltenen Geschäftsbereichen nach Ertragsteuern	(18)	0,00	340.205,55
Periodenergebnis		9.228.731,54	2.757.074,25
Gewinne (i. V. Verluste), die den Minderheitsanteilen zuzurechnen sind		-511.391,41	789.033,64
Auf die Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallende Gewinne		8.717.340,13	3.546.107,89
Ergebnis je Aktie (verwässert und unverwässert)	(38)	0,69	0,28

Konzernbilanz

zum 31. Dezember 2007

Vermögenswerte (Aktiva)	Anhang	31.12.2007 €	31.12.2006 €
Langfristige Vermögenswerte			
Immaterielle Vermögenswerte und Firmenwerte	(19)	378.375,39	330.801,13
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(19)	2.108.388,06	1.702.782,17
Sachanlagen	(19)	919.387,62	393.474,24
Anteile an assoziierten Unternehmen	(20)	26.193.985,15	19.851.196,51
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	(21)	84.994.306,49	82.006.296,46
Sonstige Forderungen	(22)	356.250,08	2.630.056,54
Latente Steueransprüche	(23)	250.000,00	1.562,29
		115.200.692,79	106.916.169,34
Kurzfristige Vermögenswerte			
Vorräte	(24)	1.433.576,85	242.650,00
Fertigungsaufträge (POC)	(25)	1.905.994,98	0,00
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(26)	1.239.512,76	939.714,45
Laufende Steuererstattungsansprüche	(22)	2.267.608,03	1.277.799,38
Sonstige Vermögenswerte	(27)	1.515.978,51	1.931.083,06
Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere	(28)	0,00	154.282,35
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	(29)	9.292.945,31	16.602.772,07
		17.655.616,44	21.148.301,31
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	(35)	0,00	808.037,07
		132.856.309,23	128.872.507,72

Eigenkapital und Schulden (Passiva)		31.12.2007 €	31.12.2006 €
Eigenkapital	(30)		
Gezeichnetes Kapital		12.699.826,00	13.350.000,00
Kapitalrücklage		46.262.388,80	46.262.388,80
Eigene Anteile		0,00	-3.464.586,63
Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert		13.180.549,18	15.505.583,64
Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung		-19.866,00	-328.802,17
Gewinnrücklage		30.226.189,05	24.323.261,55
Eigenkapital der Anteilseigner des Mutterunternehmens		102.349.087,03	95.647.845,19
Minderheitsanteile		7.038.800,17	7.477.409,98
		109.387.887,20	103.125.255,17
Langfristige Schulden			
Sonstiges von den Gesellschaftern langfristig zur Verfügung gestelltes Kapital	(31)	3.000,00	0,00
Finanzielle Schulden	(31)	9.195.581,56	9.168.683,12
Latente Steuerschulden	(22)	548.942,89	399.393,05
		9.747.524,45	9.568.076,17
Kurzfristige Schulden			
Finanzielle Schulden	(32)	10.907.397,04	14.375.027,76
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(33)	458.112,34	748.991,90
Laufende Steuerschulden	(22)	280.746,94	78.165,68
Sonstige Schulden	(34)	2.074.641,26	928.420,82
		13.720.897,58	16.130.606,16
Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenem Vermögen	(35)	0,00	48.570,22
		132.856.309,23	128.872.507,72

Konzern-Eigenkapitalspiegel zum 31. Dezember 2007

	Mutterunternehmen			
	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Eigene Anteile	
	Stamm- aktien			
	T€	T€	T€	
Stand 1. Januar 2006	13.350	46.262	-3.313	
Erwerb eigener Aktien				
- beim Mutterunternehmen	0	0	-151	
Veränderungen im Konsolidierungskreis				
- Zu- und Verkauf von Anteilen von Tochterunternehmen	0	0	0	
Ergebnisneutrale Veränderung nach IAS 39	0	0	0	
latente Steuern auf ergebnisneutrale Veränderung IAS 39	0	0	0	
Ergebnisneutrale Währungsumrechnung	0	0	0	
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge	0	0	0	
Periodenergebnis	0	0	0	
Summe Periodenergebnis und direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge	0	0	0	
Stand 31. Dezember 2006	13.350	46.262	-3.464	
Stand 1. Januar 2007	13.350	46.262	-3.464	
Kapitalherabsetzung Deutsche Balaton AG	-650	0	650	
Verlust aus der Einziehung eigener Aktien				
- beim Mutterunternehmen	0	0	2.814	
Veränderungen im Konsolidierungskreis				
- Zu- und Verkauf von Anteilen von Tochterunternehmen	0	0	0	
Ergebnisneutrale Veränderung nach IAS 39	0	0	0	
latente Steuern auf ergebnisneutrale Veränderung IAS 39	0	0	0	
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge	0	0	0	
Periodenergebnis	0	0	0	
Summe Periodenergebnis und direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge	0	0	0	
Stand 31. Dezember 2007	12.700	46.262	0	

Weitere Angaben sind in der Tz. 30 des Konzernanhangs für das Geschäftsjahr 2007 enthalten.

	Rücklage aus der Bewertung von Finanz- instrumenten zum beizulegen- den Zeitwert T€	Ausgleichs- posten aus der Währungs- umrechnung T€	Gewinn- rücklage T€	Eigenkapital- anteil der Anteilseigner des Mutter- unternehmens T€	Minderheiten Minderheits- anteile T€	Konzern Summe Eigenkapital T€
	12.123	-307	20.442	88.557	1.863	90.420
	0	0	0	-151	0	-151
	0	339	335	674	6.170	6.844
	3.458	0	0	3.458	233	3.691
	-75	0	0	-75	0	-75
	0	-361	0	-361	0	-361
	3.383	-361	0	3.022	233	3.255
	0	0	3.546	3.546	-789	2.757
	3.383	-361	3.546	6.568	-556	6.012
	15.506	-329	24.323	95.648	7.477	103.125
	15.506	-329	24.323	95.648	7.477	103.125
	0	0	0	0	0	0
	0	309	-2.814	0	0	0
	0	0	0	309	-1.091	-782
	-2.375	0	0	-2.375	141	-2.234
	50	0	0	50	0	50
	-2.325	0	0	-2.325	141	-2.184
	0	0	8.717	8.717	512	9.229
	-2.325	0	8.717	6.392	653	7.045
	13.181	-20	30.226	102.349	7.039	109.388

Konzern-Kapitalflussrechnung 2007

	2007 T€	2006 T€
1. Cashflow aus betrieblicher Geschäftstätigkeit		
Auf die Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallende Gewinne	8.717	3.546
Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte sowie als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	182	39
Verluste aus dem Abgang von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen	29	0
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf sonstige finanzielle Vermögenswerte	8.650	2.791
Gewinne (i. Vj. Verluste), die den Minderheitsanteilen zuzurechnen sind	512	-789
Erhaltene Zinsen	-5.842	-558
Gezahlte Zinsen	4.506	751
Dividendenerträge	-1.832	-4.881
Laufende Steuern (Aufwand, i. Vj. Ertrag)	232	-114
Latente Steuern (i. Vj. Aufwand)	-51	57
Gezahlte Ertragsteuern	-1.253	-79
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen ist	-2.287	8.857
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen ist	855	733
Cashflow aus betrieblicher Geschäftstätigkeit	12.418	10.393
2. Cashflow aus der Investitionstätigkeit		
Einzahlungen aus Abgängen von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen	0	31
Auszahlungen für die Investition in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	-743	-652
Einzahlungen aus Abgängen von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien sowie assoziierten Unternehmen und sonstigen finanziellen Vermögenswerten	13.197	11.019
Auszahlungen für die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sowie assoziierten Unternehmen und sonstigen finanziellen Vermögenswerten	-32.029	-33.305
Aus- (+)/Einzahlungen (-) aus dem Erwerb/der Veräußerung von Tochterunternehmen	-191	6.763
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-19.766	-16.144
3. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		
Ein- (+)/Auszahlungen (-) von kurzfristigen Finanzschulden/Darlehen	-3.440	13.089
Auszahlungen (-) aus dem Erwerb eigener Anteile	0	-150
Erhaltene Zinsen	5.842	558
Gezahlte Zinsen	-4.506	-751
Dividendenerträge	1.832	4.881
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-272	17.627
4. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende der Periode		
Zahlungswirksame Veränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente (Zwischensummen 1.–3.)	-7.620	11.876
Veränderungen der Zahlungsmittel aus Wechselkursänderungen	310	-22
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Anfang der Periode	16.603	4.749
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende der Periode	9.293	16.603

■ Allgemeine Angaben

1. Geschäftstätigkeit des Konzerns

Die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft (im Folgenden auch „Deutsche Balaton AG“ oder „Balaton“ genannt) ist ein börsennotierter Investmentspezialist mit dem Fokus auf Beteiligungen an Unternehmen. Außerdem investiert der Konzern in Immobilien und sonstige Anlagen.

Ziel ist es, durch einen langfristigen Vermögensaufbau eine angemessene Kapitalverzinsung für unsere Aktionäre zu erwirtschaften. Die Erträge werden überwiegend durch Wertsteigerungen bei den Investments erzielt.

Die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft hat ihren Sitz in 69120 Heidelberg, Ziegelhäuser Landstraße 1 und wird zum Bilanzstichtag im Handelsregister beim Amtsgericht Mannheim unter HRB 338172 geführt. Die Tochtergesellschaften sind in Europa ansässig.

2. Grundlagen des Konzernabschlusses

■ Übereinstimmungserklärung

Der Konzernabschluss der Deutsche Balaton AG wurde in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen International Financial Reporting Standards (IFRS) und den Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, aufgestellt.

Der Vorstand der Deutsche Balaton AG hat den Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2007 am 14. April 2008 zur Weitergabe an den Aufsichtsrat freigegeben. Am 29. April 2008 hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats den Konzernabschluss geändert, um den von der Mania Technologie AG am 28. April 2008 bekannt gegebenen Insolvenzeröffnungsantrag im Rahmen der Bewertung der unter sonstigen Forderungen ausgewiesenen Darlehen zu berücksichtigen. Die sich aus der zusätzlichen Abwertung der Darlehen ergebenden Aufwendungen sind in der Gewinn-

und Verlustrechnung unter den Finanzierungsaufwendungen ausgewiesen. Die Billigung des Konzernabschlusses erfolgt voraussichtlich auf der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 29. April 2008. Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Konzernabschluss der Gesellschaft zu prüfen und seine Billigung zu bestätigen.

■ *Funktionale Währung*

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert. Der Konzernabschluss ist in Euro aufgestellt. Soweit nichts anderes vermerkt ist, werden alle Beträge auf volle Tausend Euro kaufmännisch gerundet angegeben. Bei der Summierung gerundeter Beträge und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen Rundungsdifferenzen auftreten.

■ *Verwendung von rechnungslegungsbezogenen Schätzungen und Ermessensentscheidungen*

Bei der Erstellung des Konzernabschlusses nach den Vorschriften der IFRS muss der Vorstand Schätzungen vornehmen und Annahmen treffen, die die ausgewiesenen Beträge der Aktiva und Passiva und die Angabe bedingter Beträge am Tag des Konzernabschlusses sowie die ausgewiesenen Ertrags- und Aufwandsbeträge während des Berichtszeitraums betreffen. Die später tatsächlich eintretenden Ergebnisse können von diesen Schätzungen abweichen.

Schätzungen und deren zugrunde liegende Annahmen werden fortlaufend geprüft. Veränderungen an rechnungslegungsbezogenen Schätzungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung in der Berichtsperiode gebucht, in der die Änderungen vorgenommen wurden sowie in den nachfolgenden Berichtsperioden.

Wesentliche zukunftsbezogene Annahmen sowie Art und Buchwerte von Vermögenswerten, bei denen Schätzungsrisiken bestehen, sind in der Ermessensausübung des Vorstands erfolgt.

Folgende Bilanzposten beinhalten wesentliche Schätzungen und Ermessensausübungen:

- Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Angabe 19)
- Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Angabe 21)
- Sonstige Forderungen (Angabe 22)

-
- | | |
|--|-------------|
| • Latente Steueransprüche | (Angabe 23) |
| • Fertigungsaufträge | (Angabe 25) |
| • Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | (Angabe 26) |
| • Sonstige Vermögenswerte | (Angabe 27) |
| • Sonstige Schulden | (Angabe 34) |

3. Angewandte IFRS-Vorschriften

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 wurde auf Grundlage aller für das Geschäftsjahr 2007 verbindlichen Standards und Interpretationen, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, aufgestellt.

Die Änderungen bestehender IAS sowie neuer IFRS- und IFRIC-Interpretationen, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, wurden bei der Aufstellung des Konzernabschlusses beachtet.

Auf die freiwillige vorzeitige Anwendung von nachfolgend angeführten Standards oder Interpretationen, die zum 31. Dezember 2007 nicht verpflichtend anzuwenden sind, wurde verzichtet. Die Auswirkungen sind aufgrund fehlender Informationen nicht verlässlich abschätzbar. Eine erstmalige Anwendung erfolgt grundsätzlich zum Zeitpunkt der verpflichtenden Anwendung.

■ *Im laufenden Geschäftsjahr erstmals verpflichtend anzuwendende Standards und Interpretationen*

Am 18. August 2005 hat das IASB Änderungen des Standards IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“ beschlossen. Diese beziehen sich auf zusätzliche Angaben zum Kapital von Unternehmen, zur Erhaltung und Steuerung der Kapitalstruktur durch die Geschäftsleitung sowie zu etwaigen aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Kapitalausstattung. Die Europäische Union hat die Änderungen des Standards IAS 1 am 27. Januar 2006 übernommen. Die Änderungen sind für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2007 beginnen, anzuwenden. Die erstmalige Anwendung führte zu weiteren Anhangangaben im vorliegenden Konzernabschluss.

Am 18. August 2005 hat das IASB den Standard IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“ veröffentlicht. Dieser sieht eine Ergänzung der bisherigen Vorschriften zur Offenlegung von Finanzinstrumenten unter IAS 32 und IAS 39 vor. Die Europäische Union hat den Standard am 27. Januar 2006 übernommen. Der Standard ist für Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2007 beginnen. Die Anwendung führte zu weiteren Anhangsangaben im Konzernabschluss.

Am 20. Juli 2006 hat das IFRIC Committee die Interpretationen IFRIC 10 „Zwischenberichterstattung und Wertminderung“ veröffentlicht, welche die Europäische Union am 1. Juni 2007 übernahm. Die Interpretation IFRIC 10 befasst sich mit dem Zusammenhang zwischen Anforderungen von IAS 34 und der Erfassung des Wertminderungsaufwands von Firmenwerten nach IAS 36 und bestimmten nach IAS 39 genannten Vermögenswerten sowie mit den Auswirkungen dieses Zusammenhangs auf spätere Zwischen- und Jahresabschlüsse. IFRIC 10 ist verpflichtend auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. November 2006 beginnen. Die Anwendung der Interpretation führte zu keinen Änderungen der Anhangsangaben im Konzernabschluss.

■ *Veröffentlichte Standards und Interpretationen, die noch nicht angewendet werden*

Am 30. November 2006 hat das IASB den Standard IFRS 8 „Geschäftssegmente“ veröffentlicht. IFRS 8 ersetzt den bisher für die Segmentsberichterstattung einschlägigen IAS 14 Segment Reporting. Mit IFRS 8 wurde, bis auf geringe terminologische Anpassungen, der Wortlaut des entsprechenden US-amerikanischen Standards SFAS 131 vollständig übernommen. Der Standard wurde von der Europäischen Union am 21. November 2007 übernommen und ist verpflichtend anzuwenden für die Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Die Gesellschaft wendet diesen Standard in ihrem Abschluss für das Geschäftsjahr 2007 nicht vorzeitig an.

Am 2. November 2006 hat der IASB die Interpretationen IFRIC 11 „Geschäfte mit eigenen Aktien und Aktien von Konzernunternehmen“ veröffentlicht. Die Interpretation soll die Anwendung von IFRS 2 „Anteilsbasierte Vergütungen“ auf Vergütungen mit Eigenkapitalinstrumenten eines anderen Unternehmens derselben Unternehmensgruppe klarstellen.

Sie befasst sich mit der Fragestellung, wie konzernweite aktienbasierte Vergütungen zu bilanzieren sind, welche Auswirkungen Mitarbeiterwechsel innerhalb eines Konzerns haben und wie aktienbasierte Vergütungen zu behandeln sind, bei denen das Unternehmen eigene Aktien begibt, diese von einem Dritten erwerben muss oder die Aktien vom dem Gesellschafter gewährt werden. Die Europäische Union übernahm die Interpretation am 1. Juni 2007. Diese Interpretation ist erstmals in der Berichtsperiode eines am 1. März 2007 oder danach beginnenden Geschäftsjahres anzuwenden. Die Gesellschaft wendet diesen Standard in ihrem Abschluss für das Geschäftsjahr 2007 nicht vorzeitig an.

4. Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss werden neben der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft als Muttergesellschaft die Gesellschaften durch Vollkonsolidierung einbezogen, bei denen die Muttergesellschaft die Möglichkeit hat, beherrschenden Einfluss (Control-Verhältnis) im Sinne des IAS 27 auszuüben. Die Einbeziehung erfolgt zu dem Zeitpunkt, zu dem das Control-Verhältnis vorliegt. Soweit Anteile von Tochterunternehmen von untergeordneter Bedeutung sind, werden sie nicht einbezogen.

Im Einzelnen werden folgende Gesellschaften in den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 einbezogen:

• Deutsche Balaton AG, Heidelberg (Mutterunternehmen)	
• ABC Beteiligungen AG, Heidelberg	100,0 %
• CornerstoneCapital AG, Frankfurt/Main	99,3 %
• CornerstoneCapital MTAG GmbH, Frankfurt/Main	100,0 %
• CornerstoneCapital Verwaltungs AG, Heidelberg	100,0 %
• CornerstoneCapital II AG & Co. KG, Heidelberg	90,0 %
• Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG, Heidelberg	70,0 %
• Fortuna Maschinenbau Holding AG, Bad Staffelstein	100,0 %
• Fortuna Technology GmbH, Krems/Donau, Österreich	100,0 %
• Heidelberger Beteiligungsholding AG, Heidelberg	72,6 %
• Stratec Grundbesitz AG, Mannheim	70,0 %

Die angegebenen Prozentsätze (gerundet) entsprechen den Beteiligungsquoten zum Bilanzstichtag.

Folgende Tochterunternehmen werden aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht konsolidiert und als „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ ausgewiesen:

- BNS Holding GmbH, Frankfurt/Main
- CornerstoneCapital Beteiligungen GmbH, Frankfurt/Main
- CornerstoneCapital Management GmbH, Frankfurt/Main
- Hart Technik kft, Pomaz, Ungarn
- Nemet Rt, Budapest, Ungarn

Die Gesellschaften haben keinen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

Beteiligungen ab einer Beteiligungsquote von 20 % gelten grundsätzlich als assoziierte Unternehmen, d. h. das Beteiligungsverhältnis führt zu einem maßgeblichen Einfluss. Folgende assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode im Konzernabschluss erfasst und bewertet:

- | | |
|---|--------|
| • Administration Intelligence AG, Würzburg | 28,1 % |
| • Beta Systems Software AG, Berlin | 37,2 % |
| • CARUS AG, Heidelberg | 49,5 % |
| • Isolite Holding GmbH, Ludwigshafen/Rhein | 39,1 % |
| • Human Solutions GmbH, Kaiserslautern | 28,9 % |
| • vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG, Frankfurt am Main | 37,3 % |

Die angegebenen Beteiligungsquoten entsprechen dem Kapitalanteil des Konzerns an den assoziierten Unternehmen unter Berücksichtigung von Stimmrechtsvereinbarungen.

Folgende Beteiligungen werden wegen mangelnden maßgeblichen Einflusses nicht unter Anwendung der Equity-Methode konsolidiert. Stattdessen erfolgt die Bewertung als Beteiligungen gemäß der konzerneinheitlichen Bewertungsrichtlinie für langfristige finanzielle Vermögenswerte wie sie in Tz. 6 bei den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angegeben ist:

- ASE AG, Bruchsal
- SchmitterGroup AG, Thüngen
- CornerstoneCapital II Investment GmbH & Co. KG, Heidelberg

Ein maßgeblicher Einfluss liegt bei den vorgenannten Unternehmen nicht vor, da aufgrund der vorliegenden Aktionärsstruktur der Unternehmen keine Möglichkeit der Mitwirkung an finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen des Beteiligungsunternehmens besteht. Insbesondere gibt es keine Zugehörigkeit zu Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorganen der Beteiligungsunternehmen, keine Teilnahme an Entscheidungsprozessen, keine laufenden Geschäftsvorfälle mit den Beteiligungsunternehmen, kein Austausch von Führungspersonal sowie keine Bereitstellung von bedeutenden technischen Informationen.

Der Kommanditanteil an der CornerstoneCapital II Investment GmbH & Co. KG, Heidelberg, wird aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht als assoziiertes Unternehmen konsolidiert, sondern unter den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen.

■ *Veränderungen im Konsolidierungskreis gegenüber dem Vorjahr*

Vorstand und Aufsichtsrat sind durch eine Analyse von Chancen und Risiken zu dem Ergebnis gelangt, die durch die **Hungagent Rt.** ausgeführten Aktivitäten zu veräußern. Der Verkauf der Anteile erfolgte zum 1. Januar 2007. Die Hungagent Rt. wird entsprechend zum 1. Januar 2007 entkonsolidiert. Durch den Verkauf der Anteile sind dem Konzern 2.041 T€ (entspricht dem Veräußerungspreis) liquide Mittel zugeflossen. Im Gegenzug sind im Rahmen der Entkonsolidierung 129 T€ liquide Mittel abgegangen.

Am 16. Mai 2007 (Erwerbszeitpunkt) hat sich die Konzerngesellschaft **Fortuna Maschinenbau Holding AG**, Bad Staffelstein, zur Gründung einer Tochtergesellschaft (Fortuna Technology GmbH) entschlossen. Das Gründungskapital von 35 T€ wurde vollständig durch Bareinlage geleistet. Die Gesellschaft wird zum Gründungszeitpunkt erstkonsolidiert.

Am 25. Juni 2007 (Erwerbszeitpunkt) wurde die **CornerstoneCapital Verwaltungs AG, Heidelberg**, gegründet. Die Deutsche Balaton AG hält alle Aktien dieser Gesellschaft. Die

Gesellschaft ist Komplementärin der CornerstoneCapital II AG & Co. KG. Die Aktiengesellschaft ist mit einem Grundkapital von 50 T€ ausgestattet, das unmittelbar nach Gründung durch Bareinlage geleistet wurde (entspricht den Anschaffungskosten). Beide Gesellschaften werden seit dem 25. Juni 2007 in den Konzern einbezogen.

Die Deutsche Balaton AG hat sich als Kommanditistin der **CornerstoneCapital II AG & Co. KG, Heidelberg**, zur Zahlung von Einlagen in Höhe von bis zu 30.000 T€ verpflichtet. Unter Umständen kann sich diese Einzahlungsverpflichtung auf bis zu 50.000 T€ erhöhen. Zum Bilanzstichtag wurden bisher 103 T€ in Zahlungsmitteln geleistet. In 2008 wurden bis zum 5. Februar 2008 weitere Einlagen in Höhe von 216 T€ geleistet. Die Gesellschaft soll sich insbesondere an etablierten Wachstumsunternehmen beteiligen. Im Investmentfokus stehen technologieorientierte Unternehmen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Co-Investoren haben die Möglichkeit, sich als Kommanditisten zu beteiligen.

5. Konsolidierungsgrundsätze und -methoden

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Jahresabschlüsse der Muttergesellschaft und der Tochtergesellschaften werden nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Der Abschlussstichtag sämtlicher in den Konzernabschluss einbezogener Unternehmen ist der 31. Dezember 2007.

Bei den nach der Equity-Methode bilanzierten Gesellschaften werden die wesentlichen Bewertungsabweichungen, die bekannt sind, angepasst. Uns bekannte wesentliche Abweichungen liegen in der Nutzungsdauer von Patenten. Die Abschlüsse ausländischer Tochtergesellschaften werden von der funktionalen Währung in die Berichtswährung umgerechnet und entsprechend einbezogen. Die Umrechnung gemäß IAS 21 erfolgt bei Vermögen und Schulden zu Stichtagskursen und bei Aufwendungen und Erträgen zu Jahresdurchschnittskursen. Das Eigenkapital wird zu historischen Kursen der Erstkonsolidierung umgerechnet. Sich hieraus ergebende Währungsdifferenzen werden ergebnisneutral gesondert im Eigenkapital ausgewiesen.

Konzerninterne Erträge und Aufwendungen, Forderungen und Schulden, Zwischengewinne und Dividendenausschüttungen werden eliminiert.

Die Periodenergebnisse der nach der Equity-Methode einbezogenen Beteiligungen wurden, sofern vollständige Abschlüsse der Gesellschaften nicht vorlagen, auf Grundlage der zur Verfügung stehenden vorläufigen bzw. der zuletzt veröffentlichten Finanzdaten der Gesellschaften einbezogen.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt gemäß den Regelungen des IFRS 3 nach der Erwerbsmethode. IFRS 3 wird nicht rückwirkend angewendet.

Für Unternehmenszusammenschlüsse, die vor dem Übergangszeitpunkt am 1. Januar 2004 stattfanden, muss IFRS 3 nicht retrospektiv angewendet werden. Die Deutsche Balaton macht von diesem Erleichterungswahlrecht Gebrauch; sie übernimmt in diesem Zusammenhang die Wertansätze, die bei der Erstkonsolidierung nach HGB zum Stichtag der jeweiligen Erstkonsolidierung ermittelt worden sind.

6. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Gegenüber den zum 31. Dezember 2006 im IFRS-Konzernabschluss angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ergeben sich keine Unterschiede.

Basis für die Bewertung der Vermögenswerte sind grundsätzlich die historischen Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Für die nachfolgenden finanziellen und nicht-finanziellen Vermögenswerte und Schulden ist der beizulegende Zeitwert angesetzt:

- Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente
- Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere
- Kurzfristige sonstige Vermögenswerte
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
- Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte
- Kurzfristige finanzielle Schulden
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Buchwerte entsprechen grundsätzlich den beizulegenden Zeitwerten mit Ausnahme des Beteiligungsbuchwerts der assoziierten Unternehmen Beta Systems Software AG, Berlin, und wvd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG, Frankfurt/Main*. Die beizulegenden Zeitwerte dieser Finanzinstrumente sowie ihre in der Bilanz ausgewiesenen Buchwerte sind wie folgt:

Beta Systems Software AG, Berlin

in Tsd. €	2007	2006
Buchwert	14.909	10.293
Beizulegender Zeitwert	24.217	14.049

wvd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG, Frankfurt/Main

in Tsd. €	2007	2006
Buchwert	6.308	5.786
Beizulegender Zeitwert	42.292	5.786*

* Für die wvd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG existierte in 2006 kein öffentlich notierter Marktpreis (Börsenkurs).

Der genannte beizulegende Zeitwert stellt eine Stichtagsbetrachtung bezogen auf den Bilanzstichtag dar. Der Kurswert der Beteiligungen unterliegt den bei Wertpapieren üblichen Kursschwankungen und Kursrisiken. Aufgrund bestimmter Marktumstände, wie z. B. ein geringes Handelsvolumen, kann der Stichtagskurs möglicherweise nicht repräsentativ für die Bewertung der Beteiligung sein. Es besteht das Risiko, dass im Veräußerungsfall für die Beteiligung nicht der unter Annahme des angegebenen Stichtagskurses errechnete Beteiligungswert erzielt werden kann.

■ *Ertrags- und Umsatzrealisierung*

Umsatzerlöse aus Verkäufen von Gütern werden entsprechend den Kriterien des IAS 18 mit der Übertragung der maßgeblichen Chancen und Risiken erfasst, wenn ein Preis vereinbart oder bestimmbar ist und von dessen Bezahlung ausgegangen werden kann. Im Rahmen des Verkaufs von Gütern ist dies regelmäßig der Zeitpunkt, wenn die Lieferung erfolgt ist und die Gefahr auf

den Kunden übergegangen ist. Außerdem muss der Konzern die Höhe des Umsatzes verlässlich ermitteln und von der Einbringlichkeit der Forderung ausgehen können. Vor Lieferung werden Umsatzerlöse erfasst, wenn das Produkt auf Verlangen des Kunden noch nicht ausgeliefert wird, dieser die Rechnungsstellung akzeptiert, die Lieferung wahrscheinlich ist, die gewöhnlichen Zahlungsbedingungen Anwendung finden sowie das rechtliche Eigentum an den Kunden übergeht. Umsatzerlöse für die Erbringung von Dienstleistungen werden erfasst, wenn die Dienstleistungen erbracht worden sind. In den Umsatzerlösen werden die den Kunden berechneten Entgelte für Lieferungen und Leistungen – vermindert um Erlösschmälerungen, Konventionalstrafen und Skonti – ausgewiesen.

Die Umsatzrealisierung aus Fertigungsaufträgen erfolgt gemäß IAS 11 entsprechend dem Leistungsfortschritt nach der Percentage-of-Completion Methode (POC), die sich auf den Fertigstellungsgrad des Projektes bezieht und welche die folgenden Bedingungen für die Umsatzrealisierung voraussetzt: Die Höhe des Ertrags muss zuverlässig bestimmt werden können, der aus der Erbringung von Dienstleistungen resultierende wirtschaftliche Nutzen muss wahrscheinlich sein, der Fertigstellungsgrad am Abschlussstichtag muss zuverlässig gemessen werden können und die mit dem Auftrag verbundenen Kosten müssen zuverlässig bestimmt werden können. Zur Bestimmung des Fertigstellungsgrades verwendet der Konzern die Cost-to-Cost-Methode, wofür das Verhältnis der tatsächlich bis zum Abschlussstichtag angefallenen Kosten für bereits vollendete Arbeiten zu den zu diesem Zeitpunkt geschätzten Gesamtkosten herangezogen wird.

Zeitabhängige Vergütungen wie Mieterträge werden zeitanteilig vereinnahmt.

■ *Sonstige Erträge/sonstige Aufwendungen*

Die sonstigen Erträge umfassen Gewinne aus dem Abgang von Sachanlagen und aus dem Verkauf von Wertpapieren. Die Erträge werden ergebniswirksam erfasst.

Sonstige Aufwendungen umfassen Verluste aus dem Verkauf von Sachanlagen und Kosten des laufenden Geschäftsbetriebs. Diese Aufwendungen werden in der Rechnungsperiode ihres Anfallens in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Gewinne und Verluste aus Wechselkursänderungen werden nicht saldiert dargestellt.

■ *Finanzerträge und Finanzierungsaufwendungen*

Die Finanzerträge umfassen Dividendenerträge sowie Zinserträge von kurzfristigen und langfristigen Forderungen. Die Dividendenerträge werden im Jahr der Beschlussfassung der Hauptversammlung ergebniswirksam erfasst. Die Zinserträge werden zeitanteilig ergebniswirksam erfasst.

Die Finanzierungsaufwendungen umfassen Zinsaufwendungen für kurzfristige und langfristige Schulden gegenüber Kreditinstituten und sonstigen Fremdkapitalgebern. Alle Fremdkapitalzinsen werden in der Rechnungsperiode ihres Anfallens als Aufwand erfasst. Zusätzlich sind Wertminderungen auf kurzfristige und langfristige Vermögenswerte als Finanzierungsaufwendungen erfasst.

■ *Laufende Ertragsteuern*

Die laufenden Ertragsteuern ergeben sich aus dem Betrag der geschuldeten bzw. erstattungsfähigen Ertragsteuern aus dem für die einzelnen Gesellschaften zu versteuernden Einkommen bzw. dem steuerlichen Verlust der laufenden und früheren Berichtsperioden. Sie sind unter Anwendung der zum Abschlussstichtag gültigen Steuervorschriften und -sätze mit dem Betrag bewertet, der als Steuerzahlung oder Steuerrückerstattung zu erwarten ist. Da der Ausgleich auf Nettobasis vorzunehmen ist, wurden tatsächliche Steuerschulden und tatsächliche Steuererstattungsansprüche gegenüber derselben Finanzbehörde saldiert.

■ *Latente Steuern*

Nach IFRS sind latente Steuern auf temporäre Differenzen zwischen dem Steuerbilanzwert und dem IFRS-Bilanzwert eines Vermögenswertes oder einer Schuld anzusetzen (bilanzorientierter Ansatz). Als temporäre Differenzen werden nach IFRS alle Differenzen eingeordnet, die nicht permanent sind. Nach IFRS besteht bei Vorliegen der Ansatzkriterien sowohl für aktive als auch für passive latente Steuern eine Ansatzpflicht.

Darüber hinaus sind nach IFRS zu erwartende Steuererminderungen aus Verlustvorträgen zu aktivieren, wenn in absehbarer Zukunft wahrscheinlich in ausreichendem Umfang zu versteuerndes Einkommen erzielt wird, womit die noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge verrechnet werden können. Für die Bewertung wird der im Nutzungszeitpunkt voraussichtlich gültige Steuersatz herangezogen.

Änderungen von latenten Steuern werden grundsätzlich erfolgswirksam erfasst, soweit die ihnen zugrunde liegenden Sachverhalte auch erfolgswirksam behandelt und nicht erfolgsneutral mit dem Eigenkapital verrechnet werden.

■ *Steuersatzänderung aus der Unternehmenssteuerreform 2008
für die Bundesrepublik Deutschland*

Seit dem Jahr 2004 und bis zum 31. Dezember 2007 beträgt die deutsche Körperschaftsteuer für thesaurierte und ausgeschüttete Gewinne 25,0 %. Zusammen mit einem Solidaritätszuschlag und dem Gewerbesteuersatz ergibt sich daraus für den Gesamtkonzern ein zusammengefasster Gesamtsteuersatz in Höhe von 38,65 %.

Mit Beschlussfassung des Bundesrats vom 6. Juli 2007 zur Umsetzung der Unternehmenssteuerreform 2008, wurde ein neues Steuergesetz verabschiedet und ist damit nach IAS 12 verpflichtend zu berücksichtigen. Durch die Reform werden die Steuersätze mit Wirkung ab dem 1. Januar 2008 geändert.

Die Änderung der Steuersätze ist für die Bewertung der latenten Steuern im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 berücksichtigt.

Unter anderem sind folgende wesentliche Änderungen beschlossen worden:

Ab dem Geschäftsjahr 2008 wird der Körperschaftsteuersatz auf 15,0 % abgesenkt. Während die Gewerbesteuermesszahl von maximal 5,0 % auf einheitlich 3,5 % verringert wird, stellt die Gewerbesteuer künftig keine abziehbare Betriebsausgabe dar.

Für die Bewertung der latenten Steuern ist infolgedessen im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 nach IAS 12 ein zusammengefasster Gesamtsteuersatz von 29,83 % zugrunde gelegt worden, welcher sich aus einem Körperschaftsteuersatz von 15,0 %, einem Solidaritätszuschlag in Höhe von 0,83 %-Punkte und einer durchschnittlichen Gewerbesteuer von 14,0 %-Punkte errechnet.

■ *Ergebnis je Aktie*

Das unverwässerte Ergebnis je Aktie wird durch Division des den Stammaktionären des Mutterunternehmens zurechenbaren Ergebnisses mit dem gewichteten Durchschnitt der Anzahl der während des Geschäftsjahres im Umlauf befindlichen Aktien ermittelt.

Das verwässerte Ergebnis je Aktie wird aus dem den bisherigen und den möglichen neuen Stammaktionären zustehenden Ergebnis, dividiert durch den gewichteten Durchschnitt der Anzahl der während des Geschäftsjahres im Umlauf befindlichen Aktien, unter Berücksichtigung der Effekte aller verwässernden potentiellen Aktien, berechnet.

■ *Immaterielle Vermögenswerte*

Immaterielle Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von linearen, planmäßigen Abschreibungen über die Nutzungsdauer bewertet. Immaterielle Vermögenswerte werden im Falle einer Wertminderung außerplanmäßig abgeschrieben. Die Nutzungsdauer bei den immateriellen Anlagewerten beträgt zwischen drei und fünf Jahren. Die Nutzung ist zeitlich begrenzt.

■ *Firmenwerte*

Firmenwerte werden im Gegensatz zu den übrigen immateriellen Vermögenswerten nur im Falle einer Wertminderung abgeschrieben. Hierzu erfolgt jährlich ein entsprechender Wertminderungstest (Impairmenttest).

Ein Firmenwert entsteht bei einem Unternehmenszusammenschluss und stellt den positiven Saldo der Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses über den von der Gesellschaft angesetzten Anteil an den beizulegenden Nettozeitwerten der identifizierten Vermögenswerte und Schulden des Verkäufers dar. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten „Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen“ ausgewiesen.

■ *Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien*

Unter dem Posten als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien sind fremd zu vermietende und in der Bundesrepublik Deutschland gelegene Immobilien ausgewiesen.

Nach IFRS besteht ein Wahlrecht als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien entweder zum Fair Value oder zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten. Die Gesellschaft hat sich entschlossen, das Anschaffungskostenmodell nach IAS 40.56 anzuwenden. Die Bewertung der Immobilien erfolgt somit zu fortgeführten Anschaffungskosten, die bei Bedarf außerplanmäßig abgeschrieben werden. Die planmäßigen Abschreibungen werden linear über eine Nutzungsdauer von 40 Jahren berechnet. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten „Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen“ ausgewiesen.

■ *Sachanlagen*

Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von linearen, planmäßigen Abschreibungen über die Nutzungsdauer bewertet. Bei den Sachanlagen reicht die Nutzungsdauer von drei bis dreizehn Jahren. Die Nutzung ist zeitlich begrenzt. Zugänge werden zeitanteilig ab dem Monat der Anschaffung abgeschrieben. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten „Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen“ ausgewiesen.

Darüber hinaus werden Sachanlagen auf Wertminderungsbedarf geprüft, wenn entsprechende Ereignisse beziehungsweise Änderungen der Umstände anzeigen, dass der Buchwert nicht mehr erzielbar ist. Ein Wertminderungsverlust wird in der Höhe des den erzielbaren Betrag übersteigenden Buchwerts erfasst. Der erzielbare Betrag ist der Höhere aus dem Zeitwert (abzüglich Veräußerungskosten) und dem Nutzungswert.

■ *Anteile an assoziierten Unternehmen*

Bei Anteilen an Beteiligungen mit maßgeblichem Einfluss (assoziierte Unternehmen) wird die nach IAS 28 vorgeschriebene Equity-Methode angewendet.

Ein maßgeblicher Einfluss wird grundsätzlich unterstellt, wenn aufgrund der Beteiligungshöhe von über 20 % die Möglichkeit der Mitwirkung an finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen des Beteiligungsunternehmens bestehen soll. Ein maßgeblicher Einfluss wird weiterhin vermutet, wenn eine Zugehörigkeit zu Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorganen an Beteiligungsunternehmen besteht und die Teilnahme an Entscheidungsprozessen, ein Austausch von Führungspersonal sowie die Bereitstellung von bedeutenden technischen Informationen möglich ist.

■ *Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte*

Die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte sind – soweit sie nicht als assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode zu bilanzieren sind – der Bewertungskategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte zugeordnet. Sie sind in den langfristigen finanziellen Vermögenswerten enthalten. Das unrealisierte Bewertungsergebnis (Fair-Value-Änderungen) wird dabei erfolgsneutral im Posten Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen. Bei Wertminderung werden die Wertminderungen auf den Zeitwert erfolgswirksam in den Finanzierungsaufwendungen erfasst.

Anteile an börsennotierten Gesellschaften, für die ein aktiver und liquider Markt besteht, werden mit ihrem Börsenkurs zum Bewertungsstichtag oder dem Börsenkurs am letzten Handelstag vor diesem Datum bewertet. Bei Anteilen an Beteiligungen mit maßgeblichem Einfluss wird die nach IAS 28 vorgeschriebene Equity-Methode angewendet. Alle übrigen Anteile an nicht börsennotierten Gesellschaften oder börsennotierten Gesellschaften, für die kein aktiver und liquider Markt besteht und für die sich ein Fair Value nicht verlässlich ermitteln lässt, werden zu Anschaffungskosten bewertet.

■ *Sonstige Forderungen*

Der Posten Sonstige langfristige Forderungen umfasst langfristige Darlehen und Forderungen mit fester Laufzeit und ohne eingebettetes Derivat. Darlehen und Forderungen werden entsprechend der IAS 39-Kategorisierung „Kredite und Forderungen“ zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Es wird regelmäßig überprüft, ob objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung vorliegt. Sofern dies der Fall ist, wird die Wertminderung gemäß IAS 39 ermittelt.

■ *Vorräte*

Die Vorräte werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bei Anwendung der Durchschnittsmethode oder dem niedrigeren Nettoveräußerungswert bewertet. Die Herstellungskosten enthalten die direkten Einzelkosten von Material und Fertigung sowie die zurechenbaren Gemeinkosten. Finanzierungskosten sind nicht enthalten. Der Nettoveräußerungswert ist der geschätzte erzielbare Verkaufserlös des Endproduktes abzüglich der Kosten für die Fertigstellung und den Vertrieb. In der Ermittlung des Nettoveräußerungswertes sind Bestandsrisiken, die sich aus der Lagerdauer, Überbeständen und ungängiger und beschädigter Ware des Vorratsvermögens ergeben, durch entsprechende Wertminderungskorrekturen berücksichtigt.

■ *Fertigungsaufträge (POC)*

Der Gegenstand von Fertigungsaufträgen (die zum Stichtag noch nicht abgerechnet sind – percentage of completion – POC) ist die auf die individuellen Anforderungen von Kunden abgestimmte – und über unterschiedliche Rechnungsperioden dauernde – Herstellung von kundenspezifisch individuell maßgefertigten Gütern.

Die Art und Umfang der Leistungserbringung richten sich nach den einzelnen Vertragsbedingungen; in der Regel handelt es sich um Fertigungsaufträge, bei denen der vertraglich vereinbarte Leistungsumfang zu einem festgelegten Preis zu erbringen ist.

Die Zurechnung der Erträge und Aufwendungen zu den einzelnen Rechnungsperioden erfolgt unter Anwendung der Realisierung nach dem Fertigstellungsgrad des Gesamtprojektes auf die einzelnen Fertigungsaufträge. Zur Bestimmung des Fertigstellungsgrades verwendet die Gesellschaft die Cost-to-Cost Methode, wofür das Verhältnis der tatsächlich bis zum Abschlusstichtag angefallenen Kosten für bereits vollendete Arbeiten zu den zu diesem Zeitpunkt geschätzten Gesamtkosten herangezogen wird.

Außer den direkt zurechenbaren Einzelkosten werden den Projekten auch indirekt zurechenbare Fertigungsgemeinkosten und anteilige Verwaltungsgemeinkosten zugeordnet.

Während der Herstellungsphase werden die Herstellungskosten einschließlich anteiliger Marge als nicht fertig gestellte Fertigungsaufträge aktiviert.

■ *Forderungen aus Lieferungen und Leistungen*

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden zu Anschaffungskosten abzüglich Wertminderungen für erwartete uneinbringliche oder zweifelhafte Beträge bilanziert. Die Buchwerte dieser innerhalb der nächsten zwölf Monate zur Zahlung fällig werdenden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entsprechen aufgrund ihrer kurzen Laufzeit annähernd ihren beizulegenden Zeitwerten.

■ *Sonstige Vermögenswerte*

Sonstige Vermögenswerte beinhalten kurzfristige Forderungen mit einer Laufzeit von weniger als zwölf Monaten. Außerdem fallen hierunter Vorauszahlungen.

■ *Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere*

Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere betreffen Eigenkapitalinstrumente sowie festverzinsliche Wertpapiere, die mit der Absicht und dem Zweck einer kurzfristigen Gewinnrealisierung innerhalb von zwölf Monaten erworben wurden. Die Fair-Value Bewertung ist ergebniswirksam erfolgt.

■ *Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente*

Dieser Bilanzposten beinhaltet Barmittel und jederzeit fällige Sichteinlagen bei Kreditinstituten.

■ *Eigenkapital*

Aktien werden als Eigenkapital klassifiziert. Mehrkosten, welche der Ausgabe von Aktien direkt zugeordnet werden können, werden direkt im Eigenkapital in der Kapitalrücklage erfasst. Mit jeder Aktie ist für den Anteilseigner ein Stimmrecht verbunden. Wenn als Eigenkapital klassifizierte Aktien zurückgekauft werden, werden die zurückgekauften Aktien als Eigene Aktien klassifiziert und zu Anschaffungskosten im Eigenkapital in Abzug gebracht.

■ *Minderheitsanteile*

Der Anteil Dritter am Konzerneigenkapital wird im Posten Minderheitsanteile ausgewiesen. Der Anteil Dritter an Konzerngesellschaften in der Rechtsform einer deutschen Personengesellschaft wird im langfristigen Konzernfremdkapital unter dem Posten Sonstiges von den Gesellschaftern langfristig zur Verfügung gestelltes Fremdkapital ausgewiesen.

■ *Langfristige finanzielle Schulden*

Langfristige finanzielle Schulden werden in Höhe des tatsächlichen zugeflossenen Betrags abzüglich Transaktionskosten erfasst. Ein Unterschied zwischen dem erhaltenen Betrag und dem Rückzahlungsbetrag wird über die Laufzeit der Finanzierung verteilt und im Finanzergebnis erfasst.

■ *Kurzfristige finanzielle Schulden*

Kurzfristige finanzielle Schulden sind mit den Buchwerten, die dem Rückzahlungsbetrag entsprechen, bewertet.

■ *Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen*

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind mit den Buchwerten, die dem Rückzahlungsbetrag entsprechen, bewertet. Die Buchwerte dieser innerhalb der nächsten zwölf Monate zur Zahlung fällig werdenden Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entsprechen aufgrund ihrer kurzen Laufzeiten annähernd ihren beizulegenden Zeitwerten.

■ *Sonstige Schulden*

Sonstige Schulden sind mit den Buchwerten, die dem Rückzahlungsbetrag entsprechen, oder mit dem beizulegenden Zeitwerten bewertet. Wenn für die Deutsche Balaton rechtliche oder tatsächliche Verpflichtungen gegenüber Dritten aufgrund vergangener Ereignisse vorliegen und es wahrscheinlich ist, dass diese Verpflichtungen zu Mittelabflüssen führen, werden diese mit jenem Wert angesetzt, der zum Zeitpunkt der Erstellung des Konzernabschlusses nach bestmöglicher Schätzung ermittelt werden kann.

■ *Fremdwährungsumrechnung*

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten werden nach IFRS mit dem Stichtagskurs erfolgswirksam bewertet. Der Konzern ist Wechselkursschwankungen und somit Fremdwährungsrisiken ausgesetzt. Diese resultieren insbesondere aus Währungsdifferenzen bei assoziierten Unternehmen und Dividendenansprüchen sowie Kaufpreisforderungen in ausländischer Währung.

■ *Leasing*

Es liegen nur Operating-Leasingverhältnisse im Sinne des IAS 17.8 vor. Leasingraten werden als Aufwand und erhaltene Mieteinnahmen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden als Umsatzerlöse erfasst.

■ *Fremdkapitalkosten*

Fremdkapitalzinsen werden in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind. Eine Aktivierung von Fremdkapitalzinsen gemäß IAS 23 wird nicht vorgenommen.

■ *Saldierung*

Es besteht ein grundsätzliches Saldierungsverbot zwischen Vermögenswerten und Schulden sowie Erträgen und Aufwendungen, es sei denn, eine Vorschrift fordert oder erlaubt dies ausdrücklich. Soweit möglich, werden Saldierungen vorgenommen. Diesbezüglich verweisen wir insbesondere auf die Ausführungen in der Angabe 31 zu den langfristigen finanziellen Schulden.

■ *Derivative Finanzinstrumente*

Derivative Finanzinstrumente sind Verträge, die nachfolgende Merkmale aufweisen. Der Wert des Finanzinstruments verändert sich in Folge einer Änderung eines bestimmten Zinssatzes, Preises eines Finanzinstruments, Rohstoffpreises, Wechselkurses, Preis- oder Zinsindexes, Bonitätsratings oder Kreditindexes oder einer anderen Variablen, vorausgesetzt, dass im Fall einer nicht finanziellen Variablen die Variable nicht spezifisch für eine Partei des Vertrages ist.

Durch Sicherungsinstrumente werden der beizulegende Zeitwert oder Zahlungsströme abgesichert. Gewinne und Verluste werden ergebniswirksam im Periodenergebnis erfasst. Der Konzern nutzt derivative Finanzinstrumente ausschließlich zur Absicherung von Zahlungsströmen in Fremdwährung.

Zum Bilanzstichtag wurden keine derivativen Finanzinstrumente gehalten.

■ Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

7. Umsatzerlöse

in Tsd. €	2007	2006
Verkauf von Gütern	6.187	707
Nutzungsentgelte (Mietträge)	348	141
Erbringung von Dienstleistungen	1.562	100
	8.097	948

Der Posten Umsatzerlöse stellt im Geschäftsjahr 2007 und im Vergleichszeitraum die Erträge aus dem Verkauf von Gütern, Nutzungsentgelte sowie die Erbringung von Dienstleistungen dar.

Unter dem Posten Verkauf von Gütern sind Umsatzerlöse von vollkonsolidierten Industrieunternehmen enthalten. Die Position zur Erbringung von Dienstleistungen des Jahres 2007 beinhaltet insbesondere Wartungs- und Serviceleistungen eines Industrieunternehmens. Im Vorjahr sind unter Erbringung von Dienstleistungen 100 T€ für Beratungshonorare enthalten.

Es werden aus bestehenden Mietverträgen (Operating-Leasing) für das folgende Jahr Zahlungen in Höhe von 315 T€ (Vj. 224 T€) erwartet. Die Mietverträge haben überwiegend eine gesetzliche Kündigungsfrist von drei Monaten, da es sich meistens um für Wohnzwecke genutzte Gebäude handelt.

8. Bestandsveränderungen

Die Position Bestandsveränderungen stellt die Veränderung an Vorräten aus fertigen und unfertigen Erzeugnissen eines vollkonsolidierten Unternehmens dar.

9. Sonstige betriebliche Erträge

in Tsd. €	2007	2006
Ergebnis aus dem Verkauf von langfristigen Wertpapieren	15.039	6.520
Wertaufholungen Darlehen	0	1.255
Sonstiges	447	103
	15.486	7.878

Die Position Ergebnis aus dem Verkauf von langfristigen Wertpapieren beinhaltet überwiegend das Ergebnis aus dem Verkauf von Anteilen börsennotierter Gesellschaften einschließlich von Kaufpreisnachbesserungen, ausgenommen kurzfristige Wertpapiere. Der Ausweis erfolgt als Saldo von Verkaufserlösen und Buchwertabgängen.

Im Posten Wertaufholungen Darlehen sind im Vorjahr Erträge aus abgeschriebenen Darlehensforderungen in Höhe von 1.255 T€ enthalten. Diese Darlehen wurden in 2006 vollständig zurückbezahlt.

10. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

in Tsd. €	2007	2006
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.148	528
	2.148	528

Im Posten Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wurden die Aufwendungen zur Herstellung von Gütern erfasst.

11. Zuwendungen an Arbeitnehmer

in Tsd. €	2007	2006
Löhne und Gehälter	3.709	1.429
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	517	96
	4.226	1.525

Im Posten Löhne und Gehälter sind Bezüge des Vorstandes enthalten. Für weitere Informationen wird auf Tz. 42 verwiesen.

Die Sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung stellen Aufwendungen für einen beitragsorientierten Plan im Sinne des IAS 19.46 dar.

Mitarbeiteranzahl	2007	2006
Leitende Mitarbeiter	7	5
Sonstige Mitarbeiter	91	30
	98	35

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter hat sich gegenüber dem Vorjahr insbesondere erhöht, da die Fortuna Maschinenbau Holding AG seit Dezember 2006 in den Konsolidierungskreis einzubeziehen ist.

12. Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen

in Tsd. €	2007	2006
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Firmenwerte	3	0
Abschreibungen auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	42	18
Abschreibungen auf Sachanlagen	137	21
	182	39

Abschreibungen auf Firmenwerte werden nur außerplanmäßig als Ergebnis von Werthaltigkeitsprüfungen vorgenommen. Im Geschäftsjahr 2007 war im Gegensatz zum Vorjahr eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 3 T€ erforderlich.

Abschreibungen auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien sind gemäß der Leerstandsquote der Immobilienobjekte aufzuteilen. Die Leerstandsquote beträgt 8 % (Vj. 13 %), weshalb 3 T€ (Vj. 2 T€) auf nicht vermietete Wohnungen entfällt.

Abschreibungen auf Sachanlagen beinhalten planmäßige lineare Abschreibungen auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

13. Sonstige betriebliche Aufwendungen

in Tsd. €	2007	2006
Beratungskosten	418	406
Abschluss- und Prüfungskosten	268	170
Raumkosten	378	134
Hauptversammlung und Investor Relations	107	100
Bewirtschaftungs- und Instandhaltungskosten Immobilien	207	44
Wertminderung auf Forderungen	360	0
Sonstiges	2.216	1.082
	3.954	1.936

Die Beratungskosten betreffen überwiegend nicht aktivierungsfähigen Aufwand in Zusammenhang mit getätigten und möglichen Beteiligungstransaktionen sowie Steuer- und allgemeine Rechtsberatung.

Abschluss- und Prüfungskosten beinhalten alle Aufwendungen für die Jahres- und Zwischenabschlüsse der Konzerngesellschaften, die von der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft direkt gehalten werden, einschließlich der Aufwendungen für die Erstellung und Prüfung des Konzernabschlusses.

Der Posten Raumkosten enthält neben dem Mietaufwand inkl. Mietnebenkosten auch den Instandhaltungsaufwand für die betrieblichen Räume.

Der Posten Bewirtschaftungs- und Instandhaltungskosten Immobilien umfasst den laufenden Aufwand für Instandhaltung, Reparatur und Bewirtschaftung der vermieteten Immobilien. Die Leerstandsquote beträgt 8 % (Vj. 13 %), weshalb 17 T€ (Vj. 6 T€) auf nicht vermietete Wohnungen entfällt.

Im Posten Wertminderungen auf Forderungen sind Wertminderungen auf Darlehensforderungen gegenüber Portfoliogesellschaften oder Co-Investoren enthalten.

Im Posten Sonstiges sind neben diversen Aufwendungen für den laufenden Geschäftsbetrieb auch Leasingraten als Aufwand im geschäftsüblichen Umfang erfasst. Der Konzern nutzt Operating-Leasing sowohl für Kraftfahrzeuge, Maschinen und Technische Anlagen als auch für Büro- und Gewerbeflächen. Diese werden gemäß IAS 17 beim Leasinggeber aktiviert. Die Raten werden als laufender Aufwand erfasst.

Außerdem sind im Posten Sonstiges ergebniswirksam erfasste Effekte aus Währungsdifferenzen von 308 T€ berücksichtigt, die einerseits im Rahmen von Zu- und Abgängen von Vermögen und Schulden in ausländischer Währung realisiert wurden und andererseits aus der Absicherung einer Forderung in ausländischer Währung entstanden sind. Im Vorjahr gab es Aufwendungen in Höhe von 611 T€ dieser Art.

14. Finanzerträge

in Tsd. €	2007	2006
Dividendenerträge von Portfoliogesellschaften	1.832	4.497
Zinserträge von Portfoliogesellschaften	367	168
Zinsen und zinsähnliche Erträge	5.475	319
	7.674	5.084

Die Dividendenerträge von Portfoliogesellschaften beruhen auf Ausschüttungen, die aufgrund von Beschlüssen der ordentlichen Hauptversammlungen von Gesellschaften erfolgt sind. Gewinnausschüttungen werden erst im Jahr der Beschlussfassung als Ertrag berücksichtigt. Im Geschäftsjahr 2007 hat die Deutsche Balaton Dividenden von nicht konsolidierten nahe stehenden Unternehmen in Höhe von 221 T€ (Vj. 0 T€) erhalten.

Die Zinserträge von unseren Portfoliogesellschaften beruhen auf abgeschlossenen Darlehensverträgen über Gesellschafterdarlehen.

Der Posten Zinsen und zinsähnliche Erträge betrifft die Verzinsung der liquiden Mittel bei diversen Banken sowie Dividenden aus kurzfristigen Wertpapiergeschäften.

15. Finanzierungsaufwendungen

in Tsd. €	2007	2006
Wertminderungen auf langfristige Wertpapiere	8.650	2.791
Wertminderungen auf kurzfristige Wertpapiere	0	87
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen	4.506	751
	13.156	3.629

Die Wertminderungen auf langfristige Wertpapiere sind Wertberichtigungen auf den beizulegenden Zeitwert. Sie betreffen insbesondere börsennotierte Gesellschaften. In den Wertminderungen auf langfristige Wertpapiere sind Wertminderungen in Höhe von 737 T€ (Vj. 0 T€) enthalten, die auf nicht börsennotierte Gesellschaften entfallen. Die Veräußerung dieser Anteile erfolgt bei geeigneten Verkaufsmöglichkeiten, diese sind jedoch vorher nicht bestimmbar. Eine Veräußerung dieser Anteile ist derzeit konkret jedoch nicht geplant.

Zusätzlich enthalten sind Wertminderungen auf langfristige Darlehensforderungen in Höhe von 1.496 T€ (Vj. 0 T€).

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen enthalten die Verzinsung der emittierten Unternehmensanleihe in Höhe von 6,00 % nominal. Die Anleihe ist am 30. November 2009 zur Rückzahlung fällig. Die Anleihe ist zum Bilanzstichtag wie im Vorjahr teilweise im Eigenbestand gehalten. Der

Zinsaufwand für die Anleihe beträgt 557 T€ (Vj. 557 T€). Unter den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen wurden auch der Zinsaufwand aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie sonstigen Darlehensgebern erfasst. Darüber hinaus enthält der Posten zinsähnliche Aufwendungen aus kurzfristigen Wertpapiergeschäften.

16. Gewinn- und Verlustanteile an assoziierten Unternehmen

in Tsd. €	2007	2006
Periodenergebnis	2.010	-3.866
	2.010	-3.866

Der Posten Periodenergebnis (anteilig) gibt den Anteil des Konzerns am Periodenergebnis der assoziierten Unternehmen an.

Im Geschäftsjahr 2006 ist im anteiligen Periodenergebnis eines assoziierten Unternehmens ein negativer Ergebnisbeitrag von 689 T€ aus aufgegebenen Geschäftsbereichen enthalten.

Die Periodenergebnisse der nach der Equity-Methode einbezogenen Beteiligungen wurden, sofern keine geprüften Abschlüsse der Gesellschaften vorlagen, auf Grundlage von zur Verfügung stehender Finanzdaten in den Konzernabschluss einbezogen.

17. Ertragsteuern

in Tsd. €	2007	2006
Laufende Steuern	232	-114
Latente Steuern	-51	57
	181	-57

Im Geschäftsjahr 2007 ist ein Steueraufwand entstanden. Im Vorjahr ist ein laufender Steuerertrag entstanden, da im Konzern Körperschaftsteuerguthaben gemäß § 37 (5) KStG aktiviert wurden.

Der erwartete Steuersatz für Kapitalgesellschaften setzt sich aus Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag sowie der von der Gemeinde abhängigen Höhe an Gewerbesteuer zusammen. Der Konzernsteuersatz der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft beträgt wie im Vorjahr insgesamt 38,65 %.

Die Überleitung von der theoretisch zu erwartenden Steuerbelastung einer Kapitalgesellschaft zum tatsächlich im Konzernabschluss erfassten Betrag stellt sich folgendermaßen dar:

in Tsd. €	31.12.2007	31.12.2006
Auf die Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallende Gewinne vor Steuern	8.898	3.488
Theoretischer Steuersatz für Kapitalgesellschaften in %	38,65	38,65
	3.439	1.348

in Tsd. €	2007	2006
Theoretischer Steuerertrag/-aufwand	3.439	1.348
Veränderung des theoretischen Steuerertrags/-aufwands:		
Steuerfreie Dividenden	-734	-1.672
Steuerfreie Veräußerungen (Gewinn)	-4.914	-2.783
Wertaufholungen zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte	6	179
Wertminderungen zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte	2.5556	1.079
Ergebnis an Anteilen assoziierter Unternehmen	-952	1.494
Nicht abzugsfähige Differenzen aus Konsolidierung	0	1.176
Verlustvorträge	382	-627
Ertrag aus Aktivierung latenter Steuern	-250	0
Anpassung auf Änderungen von Steuergesetzen oder Steuersätzen	-120	0
Steuerliche Differenzen	203	-151
Minderheitenanteil am Ergebnis	198	-305
Sonstiges	367	205
Ertragsteuern	181	-57
Effektiver Konzernsteuersatz	2,0	-1,63

Steuerfreie Erträge ergeben sich insbesondere aus dem Verkauf von Beteiligungen und Wertpapieren sowie Dividendenerträgen.

Latente Steuern auf Wertsteigerungen der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte (Available for Sale-Finanzinstrumente) wurden in Höhe von 268 T€ (Vj. 318 T€) direkt im Eigenkapital erfasst.

18. Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltenen Geschäftsbereichen nach Ertragsteuern

in Tsd. €	31.12.2007	31.12.2006
Umsatzerlöse und sonstige Erträge	0	787
Aufwand	0	422
Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	365
Steuern von Einkommen und Ertrag	0	25
Ergebnis nach Steuern des aufgegebenen Geschäftsbereiches	0	340
Ergebnis aus dem Abgang von zur Veräußerung gehaltenen Geschäftsbereichen nach Ertragsteuern	0	0
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltenen Geschäftsbereichen	0	340

Die Hungagent Rt. wurde zum 1. Januar 2007 verkauft und entsprechend zu diesem Zeitpunkt entkonsolidiert.

Zum Bilanzstichtag belaufen sich die Zahlungsmittel aus aufgebener Geschäftstätigkeit auf 0 T€. Der entsprechende Vorjahreswert beträgt 129 T€.

Der Netto Cash Flow für den veräußerten Geschäftsbereich ergibt sich wie folgt:

in Tsd. €	31.12.2007	31.12.2006
Cash Flow aus betrieblicher Geschäftstätigkeit	0	395
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	0	962
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	0	-1.255
Veränderung Zahlungsmittel der eingestellten Geschäftstätigkeit	0	102

Im Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit sind erhaltene Zinsen in Höhe von 71 T€ und Dividendenerträge in Höhe von 284 T€ enthalten.

■ Erläuterungen zur Bilanz

**19. Immaterielle Vermögenswerte/als Finanzinvestition gehaltene Immobilien/
Sachanlagen**

Die Entwicklung der Buchwerte vom Beginn zum Ende der Berichtsperiode unter der gesonderten Angabe über Zu- und Abgänge ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

in Tsd. €	immate- rielle Ver- mögens- werte	Firmen- werte	als Finanz- investition gehaltene Immobilien	Sach- anlagen	Gesamt
Anschaffungskosten					
Stand 01.01.2006	28	60	868	445	1.401
Zugänge	0	272	1.720	380	2.372
Abgänge	0	0	0	10	10
Umgliederung IFRS 5	-21	-1	-868	-249	-1.139
Stand 31.12.2006	7	331	1.720	566	2.624
Zugänge	3	47	447	693	1.190
Abgänge	7	0	0	215	222
Umgliederung IFRS 5	0	0	0	0	0
Stand 31.12.2007	3	378	2.168	1.044	3.593

in Tsd. €	immate- rielle Ver- mögens- werte	Firmen- werte	als Finanz- investition gehaltene Immobilien	Sach- anlagen	Gesamt
kumulierte Abschreibungen					
Stand 01.01.2006	27	0	262	381	670
Zugänge	0	0	18	21	39
Abgänge	0	0	0	10	10
Umgliederung IFRS 5	-20	0	-262	-220	-502
Stand 31.12.2006	7	0	18	172	197
Zugänge	0	3	42	137	182
Abgänge	7	0	0	185	192
Umgliederung IFRS 5	0	0	0	0	0
Stand 31.12.2007	0	3	60	124	187
Buchwerte					
31.12.2006	0	331	1.702	394	2.427
31.12.2007	3	375	2.108	919	3.406

Die immateriellen Vermögenswerte wurden vollständig erworben und nicht selbst entwickelt.

Ein Firmenwert im Konzern in Höhe von 200 T€ resultiert aus dem in 2006 erfolgten Erwerb der Vermögenswerte der Edmund Schröder GmbH & Co. KG, Bad Staffelstein, durch die Fortuna Maschinenbau Holding AG. Der in 2007 hinzugekommene Firmenwert in Höhe von 47 T€ resultiert aus der Übernahme von immateriellen Vermögensgegenständen der Bäckereitechnik Pregesbauer GmbH, Hadersdorf am Kamp, Österreich, durch die Fortuna Maschinenbau Holding AG. Diese beiden Firmenwerte sind der Einheit „Fortuna Maschinenbau Holding AG“ zugeordnet.

Die Werthaltigkeitsprüfung des Firmenwerts aus zuvor genannter Übernahme ergab auf Grundlage der Finanzdaten für das Geschäftsjahr 2007 keinen Bedarf für eine Wertminderung. Die Fortuna Maschinenbau Holding AG erzielte in 2007 bei einer Bilanzsumme (Buchwert) von 5.693 T€ ein Ergebnis vor Zinsen und Steuern (nach IFRS) in Höhe von 1.330 T€. Die ewige Rente wurde mit 10 % abgezinst, daraus ergibt sich ein Nutzungswert von 13.300 T€. Die Planungen der Ergebnisse und Umsätze für 2008 und Folgejahre auf Grundlage der Finanzdaten 2007 führte zu keinem Wertminderungsbedarf. Die Planung basiert auf der Annahme, dass das Ergebnis vor Zinsen und Steuern des Jahres 2007 zukünftig fortgeschrieben wird, eine Wachstumsrate wurde nicht unterstellt.

Darüber hinaus wurde ein bei der CornerstoneCapital MTAG GmbH bilanzierter Firmenwert in Höhe von 3 T€ im Geschäftsjahr vollständig wertgemindert.

Die als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Abschreibungen werden planmäßig linear über die Nutzungsdauer (40 Jahre) berechnet. Ein Bedarf für außerplanmäßige Abschreibungen hat sich nicht ergeben. Die Zugänge bei den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien stammen aus Neuerwerben von Immobilien.

Der Marktwert des gesamten zur Finanzinvestition gehaltenen Immobilienbestandes beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 2.168 T€ (Vj. 1.720 T€). Gemäß konzerneinheitlicher Bewertungsrichtlinie wird unterstellt, dass im Jahr der Anschaffung und im Folgejahr der Marktwert grundsätzlich den Anschaffungskosten entspricht. Danach werden die Marktwerte für die Angabepflichten nach dem Ertragswertverfahren unter Anwendung eines ortsüblichen Multiplikators auf die erzielten bzw. erzielbaren Mieterträge ermittelt. Für die angegebenen Marktwerte liegen keine Sachverständigen-gutachten vor.

Die Immobilien sind im Rahmen von Operating-Leasingverhältnissen vermietet und werden überwiegend zu Wohnzwecken genutzt. Zu den direkt mit den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien in Zusammenhang stehenden Mieteinnahmen und Aufwendungen verweisen wir auf die Tz. 7, 12 und 13.

Die Buchwerte der Sachanlagen 919 T€ (Vj. 394) verteilen sich auf Technische Anlagen 203 T€ (Vj. 240 T€) und sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung 716 T€ (Vj. 154 T€).

20. Anteile an assoziierten Unternehmen

in Tsd. €	31.12.2007	31.12.2006
Anteile an assoziierten Unternehmen	26.194	19.851

Bei Anteilen an Beteiligungen mit maßgeblichem Einfluss wird die nach IAS 28 vorgeschriebene Equity-Methode angewendet. Die folgende Übersicht zeigt die aggregierten Finanzdaten der assoziierten Unternehmen:

in Tsd. €	31.12.2007	31.12.2006
Gesamtvermögen	144.094	122.663
Gesamtschulden	84.482	92.330

in Tsd. €	2007	2006
Erlöse	163.803	155.138
Ergebnis	5.234	-11.417

Für die Anteile an den assoziierten Unternehmen existieren mit Ausnahme der Beta Systems Software AG, Berlin, sowie der wvd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG, Frankfurt/Main, keine öffentlichen Marktpreise. Der Börsenwert des konzernweiten Kapitalanteils an der Beta Systems Software AG beträgt zum Bilanzstichtag bei einem Börsenkurs von 4,91 € je Aktie rd. 24.217 T€. Der Börsenwert des konzernweiten Kapitalanteils an der wvd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG beträgt zum Bilanzstichtag bei einem Börsenkurs von 4,50 € je Aktie rd. 42.292 T€.

Bei den nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligungen bestehen Bürgschaften, Eventualschulden und sonstige finanzielle Verpflichtungen. Nachfolgend sind die dem Konzern bekannten Bürgschaften und Eventualschulden aufgeführt.

■ *Bürgschaften*

Auszug aus dem Geschäftsbericht 2007 der Beta Systems Software AG, Berlin:

„Während der Konzernzugehörigkeit der Datasec GmbH, Siegen, zum Beta Systems Software AG Teilkonzern, hatte die Kleindienst Datentechnik AG im Rahmen der anteiligen Besicherung eines langfristigen Kredits dieser Gesellschaft eine zur Zeit unbesicherte Bürgschaft in Höhe von 333 T€ zugunsten der Volksbank im Siegerland eG gegeben. Die entsprechende Kreditverbindlichkeit der Datasec GmbH besteht noch in vollem Umfang und hat eine Laufzeit bis zum 30. November 2009. Als Folge der Veräußerung der Anteile an der Datasec GmbH besteht ein Rechtsanspruch auf Ablösung bzw. Rückbesicherung gegenüber dem Erwerber der Gesellschaft. Der Gesellschaft liegen keine Anhaltspunkte für eine potenzielle Inanspruchnahme der Bürgschaft vor. Dementsprechend wurde der Fair Value dieser Bürgschaft mit Null angesetzt und keine entsprechende Verbindlichkeit bilanziert.“

Der dem Balaton-Konzern anteilig zuzurechnende Bürgschaftsbetrag beläuft sich auf 124 T€.

■ *Eventualschulden*

Auszug aus dem Geschäftsbericht 2007 der Beta Systems Software AG, Berlin:

„Insgesamt elf Antragsteller hatten im Geschäftsjahr 2005 gegen die Beta Systems Software AG im Zusammenhang mit der Verschmelzung auf die Kleindienst Datentechnik AG ein Spruchverfahren eingeleitet. Das Spruchverfahren ist auf die bare Zuzahlung im Sinne von § 15 Abs. 1 UmwG gerichtet. Im Falle eines zusprechenden Urteils wäre eine bare Zuzahlung an alle ehemaligen Aktionäre der Kleindienst Datentechnik AG zu richten, die durch die Verschmelzung Aktionäre der Gesellschaft wurden. Schätzungen der Rechtsberater der Gesellschaft gehen im Falle eines Vergleichs mit Zahlungen in Höhe von bis zu ca. 440 T€ aus. Über die Erfolgsaussichten lassen sich derzeit keine genauen Angaben treffen. Im Falle einer Zahlung würde diese in vollem Umfang

kaufpreiserhöhend den Firmenwert der LoB ECM zuzurechnen sein und wäre nicht aufwandswirksam zu erfassen. Darüber hinaus würde der erzielbare Nettoveräußerungswert aus der Werthaltigkeitsprüfung nach IAS 36, der im Rahmen der Konzernabschlusserstellung zum 31.12.2007 durchgeführt wurde, auch die Buchwerte einschließlich der geschätzten Zuzahlungen decken.“

Der dem Balaton-Konzern anteilig zuzurechnende Betrag an Eventualschulden beläuft sich auf 164 T€.

Sämtliche nach der Equity-Methode einbezogenen Gesellschaften haben das Geschäftsjahr entsprechend dem Kalenderjahr.

21. Als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

in Tsd. €	31.12.2007	31.12.2006
Als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	84.238	80.206
Beteiligungen	0	1.005
Anteile an nahe stehenden Unternehmer	756	799

Die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte sind der Bewertungskategorie Available for Sale zugeordnet. Es handelt sich überwiegend um Anteile an börsennotierten Gesellschaften, für die ein aktiver und liquider Markt besteht. Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) basieren auf dem Börsenkurs zum Bewertungsstichtag oder dem Börsenkurs am letzten Handelstag vor diesem Datum. Das unrealisierte Bewertungsergebnis aus Fair-Value-Änderungen wird dabei erfolgsneutral im Posten Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert innerhalb des Eigenkapitals (siehe Tz. 30) ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2007 sind die sonstigen finanziellen Vermögenswerte erfolgswirksam um 7.154 T€ (Vj. 2.791 T€) im Wert gemindert worden.

Alle übrigen Anteile an nicht börsennotierten Gesellschaften oder börsennotierten Gesellschaften, für die kein aktiver und liquider Markt besteht und für die sich ein Fair Value nicht verlässlich ermitteln lässt, werden zu Anschaffungskosten bewertet.

Die Anteile an nahe stehenden Unternehmen umfassen die nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

22. Sonstige Forderungen

in Tsd. €	31.12.2007	31.12.2006
Forderungen gegen nahe stehende Unternehmen	174	990
Sonstiges	182	1.640
	356	2.630

Die Forderungen gegen nahe stehende Unternehmen und Sonstiges betreffen im Wesentlichen Darlehensforderungen an Portfoliogesellschaften. Die Darlehensforderungen werden marktüblich verzinst und sind nicht besichert.

Marktüblich sind Konditionen wie unter fremden Dritten. Die Forderungen werden zwischen 6 % und 12 % p.a. verzinst.

Unter dem Posten Sonstiges sind Darlehensforderungen gegenüber einer börsennotierten Gesellschaft enthalten, welche aufgrund der schlechten Vermögens, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft und des Antrags auf Insolvenzeröffnung wertberichtigt wurden. Das Darlehen wurde in Höhe der ursprünglichen Anschaffungskosten von 1.162 T€ zuzüglich des Zinsanspruchs von 334 T€ vollständig wertberichtigt. Die daraus resultierenden Aufwendungen in Höhe von 1.496 T€ wurden im Posten Finanzierungsaufwendungen als Wertminderungsaufwand erfasst.

23. Steuererstattungsansprüche, Steuerschulden und latente Steuern

in Tsd. €	31.12.2007	31.12.2006
Aktive latente Steuern	250	2
Passive latente Steuern	549	399
Ertragsteuererstattungsansprüche (Inland)	2.268	1.278
Steuerschulden	281	78

Die Ertragsteuererstattungsansprüche (Inland) beinhalten anrechenbare Steuern sowie Steuervorauszahlungen.

Die Deutsche Balaton AG verfügt über ein Körperschaftsteuerguthaben in Höhe von 286 T€, welches gemäß § 37 KStG in den Jahren 2008 bis 2017 in gleichmäßigen Jahresbeträgen an den Anspruchsberechtigten ausgezahlt wird. Zum Bilanzstichtag wurde dieser Anspruch mit dem Barwert aktiviert. Als Abzinsungsmaßstab wurde die Verzinsung einer Bundesanleihe mit ähnlicher Laufzeit angenommen.

Die Steuerschulden bilden unter Berücksichtigung anrechenbarer Steuern und Steuervorauszahlungen die Zahlungsverpflichtung ab.

Die bilanzierten Steuerlatenzen betreffen folgende Posten in der Bilanz:

in Tsd. €	31.12.2007	31.12.2006
Passive latente Steuern auf temporäre Differenzen	549	399
Aktive latente Steuern auf Verlustvorträge	250	2

Bei den latenten Steuern sind steuerliche Verlustvorträge in Höhe von 838 T€ berücksichtigt.

Der Konzern verfügt zum Bilanzstichtag über steuerliche Verlustvorträge in folgender Höhe:

in Tsd. €	31.12.2007	31.12.2006
Verlustvorträge (KSt)	52.421	52.639
Verlustvorträge (GewSt)	47.264	50.368

Die Verlustvorträge betreffen solche Konzerngesellschaften, die überwiegend steuerfreie Erträge generieren, weshalb nur begrenzt aktive latente Steuern auf Verlustvorträge gebildet wurden. Es lässt sich nur bedingt verlässlich abschätzen, wann und in welchem Umfang die steuerlichen Verlustvorträge genutzt werden können. Deshalb bleiben bei der Berechnung der aktiven latenten Steuern gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 46.426 T€ und körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 51.583 T€ unberücksichtigt.

Steuerliche Verluste in Deutschland können nach derzeitiger Rechtslage auf unbestimmte Zeit vorgetragen werden. Die Nutzung der steuerlichen Verlustvorträge in Deutschland ist derzeit in Höhe von 1.000 T€ pro Jahr unbeschränkt möglich. Der übersteigende Teil des steuerlichen Ergebnisses ist zu 60 % mit dem verbleibenden Verlustvortrag verrechenbar.

24. Vorräte

Die unter den Vorräten ausgewiesenen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie fertige und unfertige Erzeugnisse werden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Eine Abwertung auf einen niedrigeren Nettoveräußerungswert war nicht erforderlich. Im Geschäftsjahr 2007 wurden 2.184 T€ (Vj. 528 T€) an Vorräten als Aufwand erfasst.

in Tsd. €	31.12.2007	31.12.2006
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.434	87
Unfertige Erzeugnisse	0	106
Fertige Erzeugnisse	0	50
	1.434	243

25. Fertigungsaufträge (POC)

in Tsd. €	31.12.2007	31.12.2006
Bereits realisierte Auftragserlöse:		
Brutto Forderungsbestand	1.906	0
Summe der anfallenden Kosten des Bruttoforderungsbestands	1.199	0
Ausgewiesener Projektbetrag	707	0
Erhaltene Teilzahlungen	0	0
Fertigungsaufträge	1.906	0

Die Fertigungsaufträge werden in der Herstellungsphase zu Herstellungskosten einschließlich Marge in der Bilanz aktiviert.

Rechnungslegungsbezogene Schätzungen in der Bewertung der Fertigungsaufträge beruhen auf zukunftsbezogenen Annahmen hinsichtlich der Plankosten und des Fertigstellungsgrads der einzelnen Aufträge. Die Annahmen resultieren aus Erfahrungswerten.

Fertigungsaufträge, deren Anzahlung die zum Abschlussstichtag realisierten Umsätze übersteigen, sind zum 31. Dezember 2007 mit passivischem Saldo in Höhe von 455 T€ (Vj. 0 T€) in der Bilanz unter dem Posten Sonstige kurzfristige Schulden ausgewiesen.

Die zum 31. Dezember 2007 ausgewiesenen Fertigungsaufträge (POC) werden voraussichtlich innerhalb eines Jahres beendet.

26. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden zu Anschaffungskosten abzüglich Wertminderungen für erwartete uneinbringliche oder zweifelhafte Beträge bilanziert. Die Buchwerte dieser innerhalb der nächsten zwölf Monate zur Zahlung fällig werdenden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entsprechen aufgrund ihrer kurzen Laufzeit annähernd ihren beizulegenden Zeitwerten.

27. Sonstige Vermögenswerte

in Tsd. €	31.12.2007	31.12.2006
Forderungen gegen nahe stehende Unternehmen	75	472
Vorauszahlungen	58	39
Sonstiges	1.383	1.420
	1.516	1.931

Die Forderungen gegen nahe stehende Unternehmen betreffen unverzinsliche Darlehen an nicht konsolidierte nahe stehende Unternehmen. Die Forderungen sind unbesichert und haben eine Laufzeit von weniger als einem Jahr.

Der Posten Vorauszahlungen beinhaltet Zahlungen der Konzerngesellschaften für Leistungen, die erst nach dem Bilanzstichtag erbracht werden.

Unter Sonstiges sind überwiegend Darlehensforderungen berücksichtigt. Es sind auch verzinsliche Darlehen an die Organe der Gesellschaft enthalten (vergleiche Tz. 43). Die Höhe der besicherten Darlehen beträgt 580 T€ (Vj. 1.282 T€). Der Zeitwert der Sicherheiten für die Darlehen beträgt 778 T€ (Vj. 1.123 T€). Bei einzelnen Darlehen beträgt der Zeitwert der Sicherheiten weniger als 100 % der Darlehenssumme.

28. Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere

Unter dieser Position werden kurzfristig zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere ausgewiesen.

29. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

in Tsd. €	31.12.2007	31.12.2006
Kasse und Guthaben bei Kreditinstituten	9.293	16.603

Als Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente werden der Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten erfasst.

30. Eigenkapital

■ Gezeichnetes Kapital/Anzahl der ausgegebenen Aktien

Das Gezeichnete Kapital der Deutsche Balaton AG hat sich im Geschäftsjahr durch den Einzug von 650.174 Stückaktien von 13.350.000,00 € auf 12.699.826,00 € reduziert. Die Aktien lauten auf den Inhaber.

Die Aktien sind zum Regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse (General Standard) zugelassen. Daneben sind die Aktien in den Freiverkehr der Wertpapierbörsen von Berlin, Düsseldorf, Hamburg-Bremen, München und Stuttgart einbezogen.

Das Grundkapital ist in Höhe von 12.699.826 € vollständig einbezahlt. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

Die Aktienanzahl und das Grundkapital haben sich wie folgt entwickelt:

Stück	2007		2006	
	Aktien- anzahl	Grund- kapital (€)	Aktien- anzahl	Grund- kapital (€)
Stand Geschäftsjahresanfang	13.350.000	13.350.000,00	13.350.000	13.350.000,00
Einzug nach Aktienrücklauf	650.174	650.174,00	0	0,00
Stand Geschäftsjahresende	12.699.826	12.699.826,00	13.350.000	13.350.000,00

■ *Bedingtes Kapital*

Auf der Hauptversammlung am 28. August 2006 wurde das Grundkapital um 6.675.000,00 € durch Ausgabe von bis zu 6.675.000 auf den Inhaber lautende nennbetragslose Aktien (Stückaktien) bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung dient ausschließlich der Gewährung von Aktien an die Inhaber von Options- bzw. Wandelschuldverschreibungen, die gemäß der von der Hauptversammlung am 28. August 2006 erteilten Ermächtigung bis zum 27. August 2011 von der Gesellschaft oder durch eine 100 % unmittelbare oder mittelbare Beteiligungsgesellschaft der Gesellschaft begeben werden. Die bedingte Kapitalerhöhung dient nach Maßgabe der Wandelanleihebedingungen auch der Ausgabe von Aktien an Inhaber von Wandelschuldverschreibungen, die mit Wandlungspflichten ausgestattet sind. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2006 jeweils festzulegenden Wandlungs- bzw. Optionspreis. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen von ihren Wandlungs- bzw. Optionsrechten Gebrauch machen oder die zur Wandlung verpflichteten Inhaber der Wandelschuldverschreibungen ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen und soweit nicht eigene Aktien zur Bedienung dieser Rechte zur Verfügung gestellt werden. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Options- bzw. Wandlungsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen. Diese Satzungsänderung wurde am 2. November 2006 in das Handelsregister eingetragen.

Es erfolgte bisher keine Ausgabe.

■ *Genehmigtes Kapital*

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 10. August 2010 durch die Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien um bis zu 6.675.000,00 € zu erhöhen (genehmigtes Kapital nach § 202 ff AktG). Die Erhöhung kann durch Bar- und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals erfolgen.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis nicht unwesentlich unterschreitet und der Nennbetrag der unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreitet oder wenn die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen erfolgt.

Die neuen Aktien sind ab dem Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie ausgegeben werden, gewinnberechtigt.

Im Geschäftsjahr hat der Vorstand von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch gemacht.

■ *Kapitalrücklage*

Die Kapitalrücklage umfasst Beträge, die bei der Ausgabe von Aktien über den Nennbetrag hinaus erzielt worden sind.

■ Eigene Anteile

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2007 keine eigenen Aktien erworben. Die zu Beginn des Geschäftsjahres gehaltenen 650.174 eigenen Aktien wurden im Geschäftsjahr 2007 zu Lasten des Bilanzgewinns eingezogen. Mit der Einziehung wurde das Grundkapital von 13.350.000,00 € um 650.174,00 € auf 12.699.826,00 € herabgesetzt. Die Herabsetzung des Grundkapitals ist seit dem 9. November 2007 wirksam.

Ferner hat die Hauptversammlung vom 30. August 2007 den Vorstand unter Aufhebung der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 28. August 2006 gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis zum 28. Februar 2009 eigene Aktien der Gesellschaft außer zum Zwecke des Handels mit eigenen Aktien zu kaufen und zu verkaufen. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals durch die Gesellschaft ausgeübt, aber auch durch ihre Konzernunternehmen oder für ihre oder deren Rechnung durch Dritte durchgeführt werden. Der Erwerb erfolgt nach Wahl des Vorstands über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots. Der Vorstand ist ermächtigt, die erworbenen Aktien ohne weiteren Beschluss der Hauptversammlung mit Zustimmung des Aufsichtsrats einzuziehen.

Erfolgt der Erwerb der Aktien über die Börse, darf der von der Gesellschaft gezahlte Gegenwert je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie der Gesellschaft an der Frankfurter Wertpapierbörse an den drei Börsentagen vor Eingehung der Verpflichtung zum Erwerb eigener Aktien um nicht mehr als 10 % überschreiten und um nicht mehr als 10 % unterschreiten. Erfolgt der Erwerb über ein an alle Aktionäre der Gesellschaft gerichtetes öffentliches Erwerbsangebot, darf die für den Erwerb eigener Aktien je Aktie der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft angebotene Gegenleistung den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie an der Frankfurter Wertpapierbörse an den drei Börsentagen, die der Veröffentlichung der Entscheidung zur Abgabe eines Angebots vorangehen, nicht um mehr als 20 % über- oder unterschreiten.

■ *Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert*

In der Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert werden die Ergebnisse aus der Marktbewertung (Fair Value) von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, soweit ein aktiver Markt besteht, ausgewiesen. Latente Steuern werden mitberücksichtigt. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne und Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder wegen Wertminderung abgewertet wurde.

Die Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert hat folgende Entwicklung:

in Tsd. €	2007	2006
Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert (01.01.)	15.506	12.123
Unrealisierte Gewinne	7.630	11.853
Unrealisierte Verluste	-6.052	-1.006
Realisierte Gewinne/Verluste (ergebniswirksam)	-3.813	-7.156
Latenter Steuereffekt und Minderheitenanteil	-90	-308
Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert (31.12.)	13.181	15.506

■ *Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung*

Der Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Konsolidierung entstanden sind. Er beinhaltet die Umrechnungsdifferenz der funktionalen Währung in die Berichtswährung. Einbezogen werden Umrechnungsdifferenzen von ausländischen Tochtergesellschaften.

■ *Gewinnrücklage*

Im Posten Gewinnrücklage werden die angesammelten Periodenergebnisse ausgewiesen.

■ *Gewinnverwendung*

in Tsd. €	2007	2006
Ausgezahlte Dividende	0,0	0,00

Die Hauptversammlung hat am 28. August 2007 beschlossen, den Bilanzgewinn 2006 vollständig auf neue Rechnung vorzutragen.

Gemäß Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands für das Geschäftsjahr 2007 soll der handelsrechtliche Bilanzgewinn in Höhe von 33.080.941,42 € auf neue Rechnung vorgetragen werden.

■ Darstellung des Eigenkapitals im Einzelabschluss (HGB)

In nachfolgender Tabelle wird das Eigenkapital der Deutsche Balaton AG nach handelsrechtlichen Vorschriften nationalen Rechts im Einzelabschluss dargestellt.

in Tsd. €	31.12.2007	31.12.2006
Gezeichnetes Kapital	12.700	13.350
Kapitalrücklage	49.062	48.412
Rücklage für eigene Anteile	0	3.465
Bilanzgewinn (Ausschüttungs- bemessungsgrundlage gem. AktG)	33.081	25.304
Summe Eigenkapital (HGB)	94.843	90.531

Auf Erläuterungen zur Besteuerung von Dividenden wird verzichtet, da nach dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands an die Aktionäre keine Ausschüttung vorgesehen ist.

■ Minderheitsanteile

in Tsd. €	2007	2006
Minderheitenanteile	7.039	7.477

Der Anteil Dritter am Konzerneigenkapital wird im Posten Minderheitsanteile ausgewiesen.

Der Hinzuerwerb oder Verkauf von Anteilen an Tochterunternehmen durch das Mutterunternehmen und beschlossene Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen führen neben der anteiligen Berücksichtigung des Periodenergebnisses im Konzern sowie Veränderungen der Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert zu Veränderungen beim Minderheitenanteil. Es wird für weitere Informationen insbesondere zur Veränderung im Konsolidierungskreis auf Tz. 4 verwiesen.

Seit diesem Berichtsjahr wird eine Gesellschaft in der Rechtsform einer deutschen Personengesellschaft in den Konzernabschluss mit einbezogen. Gemäß den einschlägigen IFRS-Vorschriften sind Kommanditanteile, sofern es sich um Anteile Dritter handelt, im langfristigen Konzernfremdkapital auszuweisen (Tz. 31).

31. Langfristige finanzielle Schulden

Die Deutsche Balaton AG hat eine Unternehmensanleihe mit einem Gesamtvolumen von 20.000 T€ begeben. Die Teilschuldverschreibung wird mit 6,00 % p.a. verzinst. Der Zinstermin ist jährlich am 30. November bis zum Rückzahlungstag der Anleihe am 30. November 2009. Zum Bilanzstichtag waren 9.174 T€ (Vj. 9.174 T€) ausstehend.

Der Differenzbetrag zum Bilanzausweis resultiert aus Ausgabekosten (Disagio).

In den langfristigen finanziellen Schulden sind Kommanditanteile Dritter in Höhe von 3 T€ (Vj. 0 T€) ausgewiesen.

Neben der Unternehmensanleihe und Kommanditanteilen Dritter bestehen im Konzern keine Schulden mit einer Restlaufzeit von mehr als zwölf Monaten (Tz. 30).

32. Kurzfristige finanzielle Schulden

Die kurzfristigen finanzielle Schulden betreffen im Wesentlichen Kontokorrentkonten bei Kreditinstituten. Die Schulden gegenüber Kreditinstituten sind im banküblichen Umfang durch

Verpfändung von Wertpapierdepots und Bankkonten besichert. Der beizulegende Zeitwert der verpfändeten Wertpapierdepots beträgt zum Bilanzstichtag 74.919 T€ (Vj. 62.422 T€). Die Kreditlinien bei unseren Geschäftsbanken betragen zum Bilanzstichtag 24.627 T€ (Vj. 16.127 T€) und wurden wie im Vorjahr zum Stichtag teilweise in Anspruch genommen. Die Zinssätze für Kontokorrentkredite bei Kreditinstituten orientieren sich an den Geldmarktsätzen. Der von der Gesellschaft zu zahlende Aufschlag auf die Geldmarktsätze beträgt in der Regel 100 Basispunkte.

33. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beinhalten Verbindlichkeiten aus dem Erwerb von Vermögenswerten und aus der Inanspruchnahme von Dienstleistungen in geschäftsüblichem Umfang.

34. Sonstige kurzfristige Schulden

in Tsd. €	31.12.2007	31.12.2006
Verbindlichkeiten gegenüber nahe stehenden Unternehmen	14	23
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	455	0
Verbindlichkeiten Personalbereich	170	60
Sonstige Steuern (Lohnsteuer und Umsatzsteuer)	284	60
Rückzahlungsverpflichtungen Minderheitsaktionäre	149	0
Verlust aus Abnahmeverpflichtung von börsennotierten Wertpapieren	524	0
Sonstige Verbindlichkeiten	479	785
	2.075	928

Die Sonstigen kurzfristigen Schulden haben eine Fälligkeit von unter einem Jahr.

Der Posten Verbindlichkeiten Personalbereich beinhaltet Vergütungsverpflichtungen gegenüber den Mitarbeitern aus Boni, Mehrarbeit und nicht genommenem Urlaub.

Aus der beschlossenen Kapitalherabsetzung der CornerstoneCapital AG steht den Minderheitsaktionären ein Kapitalrückzahlungsanspruch zu.

Im Geschäftsjahr 2007 hat sich eine Konzerngesellschaft zum Erwerb von Aktien einer börsennotierten Gesellschaft zu einem bestimmten Kaufpreis verpflichtet. Da sich der entsprechende Börsenkurs negativ entwickelte, wurde das Kursrisiko bilanziell berücksichtigt (T€ 524).

35. Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und damit zusammenhängende Schulden

in Tsd. €	2007	2006
Langfristiges Vermögen	0	674
Kurzfristiges Vermögen	0	134
Zur Veräußerung gehaltenes Vermögen	0	808
Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenem Vermögen	0	49

In 2006 werden unter den Bilanzpositionen Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenem Vermögen die Hungagent Rt., Ungarn ausgewiesen. Das kurzfristige Vermögen umfasste in 2006 Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalenzen in Höhe von 129 T€.

36. Sonstige finanzielle Verpflichtungen, Haftungsverhältnisse

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen gliedern sich folgendermaßen auf:

in Tsd. €	31.12.2007	31.12.2006
Einzahlungsverpflichtungen	446	750
Sonstige Verpflichtungen	340	640
Dauerschuldenverhältnisse	954	188

Die möglichen Einzahlungsverpflichtungen betreffen insbesondere Investments bei Portfolio-gesellschaften, bei denen je nach Investitionsfortschritt (sog. Milestones) Einforderungen stattfinden können. Diese Zahlungsverpflichtungen können sowohl als Eigenkapitalinstrument wie auch als Fremdkapitalinstrument ausgestaltet sein.

Es besteht eine Einzahlungsverpflichtung gegenüber einem assoziierten Unternehmen in Höhe von 446 T€, sofern das Management noch nicht geleistete Einlagen einfordert.

Die Deutsche Balaton AG hat im Mai 2007 insgesamt 164.230 Stück Optionsrechte erworben, die zum Bezug von je einer Aktie an der CornerstoneCapital AG aus bedingtem Kapital berechtigen. Die weiteren 1.478.078 Stück Optionsrechte werden zum überwiegenden Teil von den beiden anderen Aktionären der CornerstoneCapital AG gehalten. Der Bezugspreis der Optionen erhöht sich seit dem 1. Juli 2001 um 8 % p.a. Kapitalrückzahlungen, Ausschüttungen, etc. führen zu einer Bezugspreisanpassung. Die Optionen laufen bis zum 1. Juli 2011. Darüber hinaus hat sich die Deutsche Balaton AG gegenüber den weiteren Optionsscheininhabern verpflichtet, ab dem 1. Juni 2011 die Ausübung der Optionsscheine in Höhe des Bezugspreises mit einem Zinssatz in Höhe von 8 % p.a. für eine Laufzeit von maximal vier Monaten zu finanzieren.

Im Oktober 2007 hat sich der Deutsche Balaton Konzern gegenüber einer Vertragspartei zum Erwerb einer Immobilie zum Kaufpreis in Höhe von 250 T€ verpflichtet. Im Januar 2008 wurde dieser Kaufpreis bezahlt, da der Verkäufer alle Voraussetzungen für die Fälligkeit des Kaufpreises geschaffen hat.

Ferner besteht im Konzern eine mögliche Zahlungsverpflichtung in Höhe von 90 T€ aus der Übernahme einer Grundschuld beim Erwerb eines Immobilienobjekts in 2006.

Die Dauerschuldverhältnisse betreffen insbesondere Mietverträge für Büros und Leasingverträge für Kraftfahrzeuge. Im Geschäftsjahr 2007 sind 294 T€ (Vj. 145 T€) als Leasingaufwand gemäß IAS 17 erfasst.

Die Fristigkeit der Dauerschuldverhältnisse zum 31.12.2007 stellt sich wie folgt dar:

in Tsd. €	< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	Summe
Dauerschuldverhältnisse	289	630	35	954
davon Miete für Büro-/ Gewerbeflächen	227	576	35	564
davon Leasingverhältnisse (Kfz)	60	54	0	114

Die Fristigkeit der Dauerschuldverhältnisse im Vorjahr zum 31.12.2006 stellt sich wie folgt dar:

in Tsd. €	< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	Summe
Dauerschuldverhältnisse	172	16	0	188
davon Miete für Büro-/ Gewerbeflächen	108	6	0	114
davon Leasingverhältnisse (Kfz)	20	10	0	30

Weitergehende aus dem Abschluss nicht erkennbare Haftungsverhältnisse und finanzielle Verpflichtungen bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Haftungsverhältnisse zu Gunsten von Mitgliedern von Vorstand und Aufsichtsrat bestehen nicht.

37. Angaben zur Kapitalflussrechnung

In der Kapitalflussrechnung nach IAS 7 werden Zahlungsströme erfasst, um Informationen über die Bewegung der Zahlungsmittel des Unternehmens darzustellen. Die Zahlungsströme werden nach betrieblicher Tätigkeit sowie nach Investitions- und Finanzierungstätigkeit unterschieden. Es wird die indirekte Darstellungsform für Cashflows aus betrieblicher Tätigkeit angewendet.

Einzahlungen und Auszahlungen aus langfristigen finanziellen Vermögenswerten und sonstigen langfristige Forderungen werden grundsätzlich als Cashflow aus Investitionstätigkeit und nicht als Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit dargestellt, da diese Klassifizierung aus unserer Sicht einer klareren Darstellung dient.

Die Cashflows aus zur Veräußerung gehaltenen Geschäftsbereichen (IFRS 5) werden unter Tz. 18 dargestellt.

Der Finanzmittelfonds am Anfang und am Ende der Periode besteht in Form von Bankguthaben und entsprechenden Äquivalenten in folgender Zusammensetzung:

in Tsd. €	31.12.2007	31.12.2006
Kasse und Guthaben bei Kreditinstituten	9.293	16.603
	9.293	16.603

38. Ergebnis je Aktie nach IAS 33

Das unverwässerte Ergebnis je Aktie errechnet sich aus der Division des auf die Deutsche Balaton AG entfallenden Konzernjahresüberschusses und der gewichteten durchschnittlichen Anzahl der während des Geschäftsjahres ausstehenden Aktien.

Eine Verwässerung des Ergebnisses je Aktie kann durch die Ausgabe potenzieller Aktien resultieren. Zum Bilanzstichtag ist die Berücksichtigung von verwässernden potenziellen Aktien auf Grund von beschlossenen Kapitalerhöhungen aus bedingtem oder genehmigtem Kapital bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nicht erforderlich, da keine verwässernden Maßnahmen bestehen bzw. sich keine verwässernden Titel im Umlauf befinden.

	31.12.2007	31.12.2006
Periodenergebnis nach Minderheitsanteilen (T€)	8.717	3.346
Aktienanzahl zum Stichtag	12.699.826	13.350.000
gewichtete durchschnittliche Aktienanzahl im Umlauf	12.699.826	12.706.548
unverwässertes und verwässertes Ergebnis je Aktie (€)	0,69	0,28

Neben dem Ergebnis je Aktie ist auch das Ergebnis je Aktie aus fortgeführter und eingestellter Geschäftstätigkeit anzugeben:

	31.12.2007	31.12.2006
Periodenergebnis nach Minderheitsanteilen (T€)	8.717	3.346
Anpassung für eingestellte Geschäftstätigkeit (T€)	0	340
Periodenergebnis aus fortgeführter Geschäftstätigkeit nach Minderheitsanteilen (T€)	8.717	3.346
Aktienanzahl zum Stichtag	12.699.826	13.350.000
gewichtete durchschnittliche Aktienanzahl im Umlauf	12.699.826	12.706.548
unverwässertes und verwässertes Ergebnis je Aktie (€)	0,69	0,25

	31.12.2007	31.12.2006
Periodenergebnis aus eingestellter Geschäftstätigkeit nach Minderheitsanteilen (T€)	0	340
Aktienanzahl zum Stichtag	12.699.826	13.350.000
gewichtete durchschnittliche Aktienanzahl im Umlauf	12.699.826	12.706.548
unverwässertes Ergebnis je Aktie (€)	0,00	0,03

Es erfolgt eine Überleitung der gewichteten durchschnittlichen Anzahl von Aktien für das Geschäftsjahr 2006, welche als Nenner in der Berechnung des unverwässerten und verwässerten Ergebnisses je Aktie verwendet wurden:

	Rückkauf Aktien	Entwicklung Aktienanzahl	Gewichtung	Durch- schnittliche Aktienanzahl
Stand 01.01.2006		12.721.016		
Januar	0	12.721.016	1/12	
Februar	0	12.721.016	1/12	
März	4.340	12.716.676	1/12	
April	6.308	12.710.368	1/12	
Mai	2.282	12.708.086	1/12	
Juni	5.629	12.702.457	1/12	
Juli	2.631	12.699.826	1/12	
August	0	12.699.826	1/12	
September	0	12.699.826	1/12	
Oktober	0	12.699.826	1/12	
November	0	12.699.826	1/12	
Dezember	0	12.699.826	1/12	
Stand 31.12.2006		12.699.826		12.706.548

Im Geschäftsjahr 2007 ist es zu keiner Veränderung der im Umlauf befindlichen Aktien gekommen.

39. Angaben zur Segmentberichterstattung

Das Geschäft des Vermögensaufbaus als Investmentspezialist wird bei der Deutsche Balaton AG auf globaler Basis, das heißt ohne Fokus auf Branchen und Regionen, durchgeführt. Dabei investiert der Balaton Konzern sowohl in Unternehmen als auch Immobilien. Die Segmentberichterstattung ist dem Konzernanhang als Anlage beigefügt.

Abgrenzung der Segmente

Das Segment Unternehmen umfasst die Aktivitäten der Deutsche Balaton im Bereich Beteiligungen an Unternehmen nebst Fremdkapitalinstrumenten. Es wird darauf hingewiesen, dass in diesem Segment unterschiedliche Chancen und Risiken zusammengefasst sein können. Wir gehen jedoch davon aus, dass das Chance-Risiko-Profil der Einzelinvestments vergleichbar ist, da sämtliche Investments den gleichen Risikoarten ausgesetzt sind.

Das Segment Immobilien umfasst den Erwerb, die Vermietung und Verwaltung von Immobilien. Das Immobilienmanagement während der Betriebsphase wird durch eine anschließende Veräußerung der Immobilie ergänzt. Es wird überwiegend in zu Wohnzwecken genutzten Immobilien in Deutschland investiert. Es wird darauf hingewiesen, dass in diesem Segment unterschiedliche Einzelinvestments mit unterschiedlichen Chancen und Risiken zusammengefasst sein können. Wir gehen jedoch davon aus, dass das Chance-Risiko-Profil der Einzelinvestments vergleichbar ist, da sämtliche Investments den gleichen Risikoarten ausgesetzt sind.

Das Segment Sonstiges umfasst Ergebnisbeiträge sowie Vermögen und Schulden, die den Segmenten Unternehmen und Immobilien nicht zugeordnet werden können.

Die regionale Segmentberichterstattung unterscheidet zwischen Inland und Ausland. Der juristische Sitz des Unternehmens ist maßgebend für die Klassifizierung in Inland oder Ausland sowie der Standorte der Vermögenswerte.

■ Segmentinformationen

Die Segmentdaten wurden auf der Grundlage der im Konzernabschluss angewendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ermittelt.

Die Außenumsatzerlöse repräsentieren den Umsatz aus dem Verkauf kurzfristiger Wertpapiere und Finanzinstrumente, die Erlöse aus der Vermietung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sowie die Umsatzerlöse eines Industrieunternehmens.

Die konzerninternen Transaktionen resultieren aus Lieferung- und Leistungsbeziehungen innerhalb des Konzerns zwischen den Segmenten. Die Verrechnung erfolgt auf Grundlage marktüblicher Konditionen. Die Segmente arbeiten unabhängig von einander, weshalb diese Transaktionen gewöhnlich nur einen geringen Umfang haben.

Das Segmentergebnis wird als Periodenergebnis vor Ertragsteuern dargestellt.

Das Segmentvermögen stellt das betriebsnotwendige Vermögen der einzelnen Segmente dar. Es umfasst alle Bilanzpositionen mit Ausnahme von Steuerforderungen für laufende und latente Ertragsteuern. Geschäfts- und Firmenwerte werden dem jeweiligen Segment zugeordnet.

In den Segmentschulden sind die operativen Schulden der einzelnen Segmente enthalten. Verbindlichkeiten aus laufenden und latenten Ertragsteuern werden nicht in den Segmentschulden ausgewiesen.

Die Überleitung des Segmentvermögens auf das Konzernvermögen bzw. der Segmentschulden auf das Fremdkapital des Konzerns stellt sich wie folgt dar:

in Tsd. €	2007	2006
Segmentvermögen	130.338	127.594
Steuerforderungen (laufend u. latent)	2.518	1.279
Konzernvermögen	132.856	128.873

in Tsd. €	2007	2006
Segmentschulden	22.638	25.270
Steuerforderungen (laufend u. latent)	830	477
Konzernfremdkapital	23.468	25.747

Das Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltenen Vermögen und Schulden gemäß IFRS 5 ist im Vorjahr im Segment Unternehmen enthalten.

40. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die Deutsche Balaton AG hat durch ein öffentliches Erwerbsangebot an die Aktionäre der Gesellschaft für 10,00 € je eingereichter Aktie insgesamt 499.986 Aktien erworben. Hierdurch reduziert sich die Anzahl der sich im Umlauf befindlichen Aktien.

Das Unternehmen hat im März 2008 bekanntgegeben, dass es plant, eine Unternehmensanleihe von bis zu 15.000 T€ mit einer Laufzeit von fünf Jahren und einer Nominalverzinsung von 5 % p.a. zu begeben.

Am 28. April 2008 hat die Mania Technologie AG einen Antrag auf Insolvenzeröffnung gestellt. Aufgrund dessen wurden Darlehensforderungen an diese Gesellschaft im Berichtsjahr zusätzlich vollständig wertberichtigt.

41. Deutscher Corporate Governance Kodex (§ 161 AktG)

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Deutsche Balaton AG haben die gemäß § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung zum Corporate Governance Kodex im Geschäftsjahr 2007 abgegeben und den Aktionären dauerhaft auf der Internetseite der Gesellschaft zugänglich gemacht.

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Heidelberger Beteiligungsholding AG haben als börsennotierte Gesellschaft die Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG für das Geschäftsjahr 2007 im Dezember 2007 abgegeben und ihren Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht.

42. Angaben zu den Organen der Gesellschaft

■ Vorstand

- Dipl.-Kfm. Jürgen Dickemann, Heidelberg (bis 31. Dezember 2007)
- Dipl.-Kfm. Jörg Janich, Giengen (seit 17. September 2007)

in Tsd. €	2007	2006
Vorstandsvergütungen	190	190

Die Vorstandsvergütung wird in monatlichen Beträgen ausgezahlt.

■ Aufsichtsrat

- Thomas Zours, Heidelberg
Aufsichtsratsvorsitzender
Geschäftsführer DELPHI Unternehmensberatung GmbH, Heidelberg
Vorstand VV Beteiligungen AG, Heidelberg
- Dipl.-Kfm. Philip Andreas Hornig, Mannheim
Stellvertretender Vorsitzender
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
- Dipl.-Kfm. Jörg Janich, Giengen
Aufsichtsratsmitglied bis 14. September 2007
Vice President Finance der LRE Medical GmbH, Nördlingen bis 31. Dezember 2007
Vorstandsmitglied der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft seit 17. September 2007
- Dr. Burkhard Schäfer, Mannheim
Aufsichtsratsmitglied seit 19. September 2007
Unternehmensberater

Der Aufsichtsrat erhält für seine Tätigkeit zeitanteilige Festvergütungen gemäß Satzung sowie den Ersatz seiner Auslagen. Zusagen an Aufsichtsratsmitglieder für Altersversorgung oder sonstige Leistungen wurden nicht gemacht.

in Tsd. €	2007	2006
Aufsichtsratsvergütungen	32	16

Die Aufsichtsratsvergütungen sind gemäß IAS 24.16 als kurzfristig zu klassifizieren und sind nach Ablauf des Geschäftsjahres fällig.

Angaben zur Mitgliedschaft der Organmitglieder in Aufsichtsräten:

Herr Jürgen Dickemann ist außerdem Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- Beta Systems Software AG, Berlin
- CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main, bis 4. Februar 2008,
Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
- CornerstoneCapital Verwaltungs AG, Heidelberg, seit 25. Juni 2007
- ABC Beteiligungen AG, Heidelberg, bis 1. Februar 2008,
Aufsichtsratsvorsitzender
- Stratec Grundbesitz AG, Mannheim, bis 1. Februar 2008,
Aufsichtsratsvorsitzender

Herr Jörg Janich ist außerdem Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- ABC Beteiligungen AG, Heidelberg,
Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bis 22. Februar 2008,
Aufsichtsratsvorsitzender seit 22. Februar 2008
- CARUS AG, Heidelberg
- Deutsche Balaton Aktiengesellschaft, Heidelberg, bis 14. September 2007
- Stratec Grundbesitz AG, Mannheim,
Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bis 6. Februar 2008,
Aufsichtsratsvorsitzender seit 6. Februar 2008
- CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main,
Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender seit 15. Februar 2008

Herr Philip Andreas Hornig ist außerdem Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main
- VV Beteiligungen AG, Heidelberg,
Aufsichtsratsvorsitzender

Herr Dr. Burkhard Schäfer ist außerdem Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- ABC Beteiligungen AG, Heidelberg, seit 1. Februar 2008,
Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender seit 22. Februar 2008
- Stratec Grundbesitz AG, Mannheim, seit 1. Februar 2008,
Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender seit 7. Februar 2008

Herr Thomas Zours nimmt keine weiteren Aufsichtsratsmandate wahr.

■ *Ehemalige Mitglieder*

Für ehemalige Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrats bestehen keine Zahlungsverpflichtungen aus deren ehemaligen Tätigkeiten in einem Organ der Gesellschaft.

43. Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Nahe stehende Unternehmen im Sinne des IAS 24 sind die DELPHI Unternehmensberatung GmbH, Heidelberg, und die VV Beteiligungen AG, Heidelberg, die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat sowie deren Familienmitglieder und ihnen wirtschaftlich zuzurechnende Unternehmen jeglicher Rechtsform, die nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie die assoziierten Unternehmen.

■ *Mitgeteilte Beteiligungen*

Die VV Beteiligungen AG, Heidelberg, hat der Deutsche Balaton AG am 2. April 2002 gemäß § 41 Abs. 2 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr am 1. April 2002 45,125 % der Stimmrechte an der Deutsche Balaton AG zustehen. Davon seien ihr 9,377 % nach § 22 Abs. 2 WpHG zuzurechnen.

Die DELPHI Unternehmensberatung GmbH, Heidelberg, hat der Deutsche Balaton AG am 2. April 2002 gemäß § 41 Abs. 2 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr am 1. April 2002 45,125 % der Stimmrechte an der Deutsche Balaton AG zustehen. Davon seien ihr 35,748 % nach § 22 Abs. 1 Nr. 1 WpHG und 9,377 % nach § 22 Abs. 2 WpHG zuzurechnen.

Wilhelm Konrad Thomas Zours, Bundesrepublik Deutschland, hat der Deutsche Balaton AG am 02.04.2002 gemäß § 41 Abs. 2 Satz 1 WpHG mitgeteilt, dass ihm am 1.4.2002 45,125 % der Stimmrechte an der Deutsche Balaton AG zustehen. Davon seien ihm 35,784 % nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG und 9,377 % nach § 22 Abs. 2 WpHG zuzurechnen. Er selbst halte keine Aktien.

Die AXXION S. A., Munsbach, Luxemburg, hat der Deutsche Balaton AG mit Schreiben vom 20. August 2007 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG am 16. August 2007 die Schwelle von 15 % überschritten hat und nun 15,03 % (Bestand Axxion S.A.: 2.007.111) beträgt.

■ *Vorstand und Aufsichtsrat*

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats ist Geschäftsführer der DELPHI Unternehmensberatung GmbH, Heidelberg, sowie Vorstand der VW Beteiligungen AG, Heidelberg. Darüber hinaus bestehen zum Bilanzstichtag zu den zwei Gesellschaften keine weiteren Rechtsbeziehungen.

Neben seiner Vergütung als Mitglied des Aufsichtsrats erhielt Herr WP/StB Philip A. Hornig als Inhaber der Kanzlei Hornig in Mannheim im Geschäftsjahr 2007 eine Vergütung für Steuerberatungsleistungen (Erstellung der Buchhaltung, von Abschlüssen und von Steuererklärungen) in Höhe von 0 T€ (Vj. 63 T€).

Einer dem früheren Aufsichtsratsmitglied und jetzigen Vorstand Jörg Janich wirtschaftlich zuzurechnende Gesellschaft wurde ein Darlehen zur Finanzierung des Erwerbs von Aktien einer in den Konzern einbezogenen Gesellschaft gewährt. Im Geschäftsjahr 2006 wurden 98 T€ ausgezahlt, wovon 47 T€ in 2006 wieder getilgt wurden. Das Darlehen wurde mit 7,5 % p.a. verzinst und im Januar 2007 vollständig getilgt.

Daneben gab es im Geschäftsjahr 2007 keine Geschäftsvorfälle mit weiteren Personen in Schlüsselpositionen oder nahen Angehörigen von Personen in Schlüsselpositionen.

Die Mandate der Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat sind unter Tz. 42 angegeben.

Bezüglich der Zusammensetzung des Aufsichtsrats wird auf Tz. 42 verwiesen.

Die Vergütungen von Vorstand und Aufsichtsrat wurden unter Tz. 42 angegeben.

■ *Nahe stehende Unternehmen*

Die Forderungen gegen nahestehende Unternehmen betreffen unverzinsliche Darlehen an nicht konsolidierte Tochterunternehmen. Die Besicherung der Forderungen ist durch Aktien und Gesellschaftsanteile erfolgt. Zum Bilanzstichtag sind 75 T€ (Vj. 472 T€) offen.

Des Weiteren besteht ein Aktionärsdarlehen, welches in 2004 einem assoziierten Unternehmen in Höhe von 450 T€ gewährt wurde und mit 12 % verzinst wird. Es bestehen keine Vereinbarungen über die Gewährung von Sicherheiten. Zum Bilanzstichtag waren 174 T€ und zum Ende der Vorjahresperiode 500 T€ offen. Am 15. Januar 2008 wurde das Darlehen vollständig durch die Schuldnerin getilgt.

Im Geschäftsjahr 2006 wurde von einem Konzernunternehmen einem assoziierten Unternehmen ein Darlehen in Höhe von 490 T€ gewährt. Das Darlehen verzinst sich mit 8 % p.a. und ist mit einem Rangrücktritt versehen. Das Darlehen wurde im Geschäftsjahr 2007 vorzeitig zurückbezahlt.

44. Angaben zum Fair-Value von Finanzinstrumenten und sonstige Angaben

Finanzinstrumente sind Verträge, die bei einem Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei einem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Schuld oder einem Eigenkapitalinstrument führen.

Die wesentlichen Bilanzposten der Deutsche Balaton AG, in denen Finanzinstrumente enthalten sind, sind bereits überwiegend (langfristige Vermögenswerte und Schulden) oder vollständig (kurzfristige Wertpapiere) zum Fair-Value bilanziert. Bei zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzten Finanzinstrumenten gehen wir davon aus, dass der Fair Value dem Buchwert entspricht.

Aus ehemaligen Unternehmensbeteiligungen können sich für den Konzern aus Spruchstellenverfahren, wie beispielsweise aus der ehemaligen Beteiligung an der Friedrich Grohe AG, oder direkten Kaufpreisnachbesserungen, wie beispielsweise bei der Fast Video Security AG, gegebenenfalls noch Nachbesserungen auf die erhaltene Abfindung oder den erhaltenen Verkaufspreis ergeben. Eine konkrete Wertermittlung eventueller Nachbesserungen ist meistens nicht möglich. In diesen Fällen sind die Ansprüche mit einem Erinnerungswert aktiviert.

Aus dem Verkauf der Anteile an der Fast Video Security AG, Hünenberg, Schweiz, könnte der Konzern eine zweite Nachbesserung von maximal 1.255 TUS-Dollar erhalten. Die Nachbesserung ist jedoch an diverse Bedingungen (Umsatzerlöse) geknüpft, die im Geschäftsjahr 2008 erfüllt werden müssen. Sollten die Bedingungen in 2008 erfüllt werden, würde der Konzern Nachbesserung in Fremdwährung in 2009 erhalten. Sollten die Nachbesserungsvoraussetzungen nicht erfüllt werden, wird der Konzern keine Nachbesserung erhalten. Das Management schätzt die Wahrscheinlichkeit auf Erhalt dieser zweiten Nachbesserung als sehr gering ein.

Finanzinstrumente sind für die Finanzlage und Ertragskraft des Konzerns von besonderer Bedeutung, da der Konzern nahezu ausschließlich in Finanzinstrumente investiert.

45. Risikomanagement und Kapitalmanagement

Die Deutsche Balaton AG und die einbezogenen Konzerngesellschaften unterliegen diversen Marktrisiken.

Der Vorstand beobachtet gemäß seinem gesetzlichen Auftrag mögliche, „den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen“ (§ 91 Abs. 2 AktG). Wie jedes andere Unternehmen ist

die Deutsche Balaton AG und der Konzern einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt. Für das Unternehmen ist dabei der bewusste Umgang mit risikorelevanten Geschäftsvorfällen entscheidend. Durch kurze Entscheidungswege ist sichergestellt, dass risikorelevante Geschäftsvorfälle frühzeitig erkannt werden. Risikomanagement ist für eine Beteiligungsgesellschaft wie die Deutsche Balaton AG und den Konzern integraler Bestandteil ihrer Tätigkeit in der Erwerbs-, Beteiligungs- und Veräußerungsphase sowie bei der Finanzierung.

Das Risikomanagement der Deutsche Balaton AG hat das Ziel, wesentliche Risiken aus der Geschäftstätigkeit zu identifizieren, zu messen und zu steuern. Dabei ist es das Ziel des Risikomanagementsystems, jederzeit einen Überblick über die Risiken zu gewährleisten sowie eine Risikovermeidung bzw. Risikominimierung zu ermöglichen.

Der Vorstand sieht bei der Deutsche Balaton AG und im Konzern derzeit keine „den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen“.

Der Vorstand sieht als Risiken, die im Zusammenhang mit dem Beteiligungsgeschäft der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft und dem Konzern stehen, insbesondere Marktpreisrisiken, branchen- und unternehmensspezifische Risiken, steuerrechtliche Risiken sowie Liquiditätsrisiken.

■ *Allgemeine Marktpreisrisiken*

Die gehaltenen börsennotierten Beteiligungen unterliegen dem Risiko von Wertschwankungen. Solche Wertschwankungen können aus sich ändernden Marktpreisen aufgrund einer allgemeinen Tendenz an den Aktienmärkten resultieren. Diese können ihre Ursache beispielsweise in konjunkturellen Faktoren haben. Außerdem können auch marktpsychologische Umstände zu Kursschwankungen und damit Marktpreisveränderungen bei den börsennotierten Beteiligungen führen. Dieses allgemeine Marktrisiko kann durch eine Diversifikation der Beteiligungen und ein aktives Portfoliomanagement nur bedingt ausgeschlossen werden, da alle Wertpapiere dem Marktpreisrisiko gleichermaßen ausgesetzt sind. Die regelmäßige Beobachtung der Börsendaten sowie der Unternehmens- und Börsennachrichten gibt dem Vorstand die Möglichkeit marktpreisrelevante Ereignisse zu erfassen und in der konkreten Situation geeignete Maßnahmen zur Schadensminimierung treffen zu können. Der Vorstand überwacht regelmäßig die Wertanteile der Einzelpositionen der Beteiligungen.

In der Vergangenheit war der Vorstand aufgrund gesunkener Marktpreise gezwungen, teilweise Abschreibungen auf den jeweils beizulegenden niedrigeren Wert der gehaltenen Vermögenswerte und Beteiligungen an anderen Gesellschaften vorzunehmen. Solche Wertberichtigungen können auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

Das maximale Risiko liegt bei allen Bilanzposten der Aktivseite (Vermögenswerte) im Totalausfall.

■ *Branchenspezifische Beteiligungsrisiken*

Neben allgemeinen Marktpreisrisiken bestehen Risiken, die sich in einzelnen Unternehmensbranchen realisieren können. So können sich bei Beteiligungen wirtschaftliche, rechtliche, technologische oder wettbewerbsspezifische Rahmenbedingungen verändern. Der Beteiligungsansatz im Konzern der Deutsche Balaton AG ist grundsätzlich nicht branchenspezifisch.

Die Unternehmensbranchen, in welche der Konzern durch Eingehen von Beteiligungen investiert, sind nur ein Kriterium für die Auswahl einzugehender Investments. Der Vorstand ist bestrebt, eine Diversifikation des Portfolios beizubehalten und so das branchenspezifische Beteiligungsrisiko zu begrenzen.

■ *Unternehmensspezifische Beteiligungsrisiken*

Unter unternehmensspezifischen Risiken versteht der Vorstand das Risiko einer rückläufigen Entwicklung des Marktpreises von Beteiligungen, die ursächlich auf unmittelbar oder mittelbar bei dem Beteiligungsunternehmen vorhandene Faktoren zurückgeht. Sollten sich unternehmensspezifische Risiken einschließlich technologischer Entwicklungen, welche für das jeweilige Beteiligungsunternehmen von Bedeutung sind, realisieren, könnte der Konzern einen beabsichtigten Veräußerungsgewinn nicht erzielen und müsste gegebenenfalls sogar einen Verlust bis hin zum Totalausfall hinnehmen. Dies könnte negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

Der Vorstand versucht, dieses Risiko durch eine dem potentiellen Investment angemessene Voranalyse zu minimieren und wägt die erwarteten Chancen und Risiken eines Beteiligungsinvestments vor Eingehen eines Investments gegeneinander ab. Weiterhin gibt die regelmäßige

Beobachtung der Börsen- und Finanzdaten sowie der Unternehmens- und Börsennachrichten dem Vorstand die Möglichkeit, unternehmensspezifische Ereignisse zu erfassen und geeignete Maßnahmen zur Schadensminimierung treffen zu können. Der Vorstand überwacht regelmäßig die Wertanteile der Einzelpositionen der Beteiligungen.

Sensitivitätsanalyse

Der Buchwert der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte (Tz. 21) beläuft sich auf insgesamt 84.994 T€ (Vj. 82.006 T€) und stellt damit zum 31. Dezember 2007 63,4 % (Vj. 76,7 %) der Vermögenswerte des Konzerns dar. Eine Verringerung des Marktpreises in Höhe von 10 % reduziert beispielsweise den Buchwert um 8.499 T€ (Vj. 8.200 T€). Entsprechend hoch würde sich auch das Eigenkapital des Konzerns vor Berücksichtigung von Steuereffekten reduzieren. Erhöht sich dagegen der Marktpreis der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte um 10 %, so würde sich auch das Eigenkapital des Konzerns vor Berücksichtigung von Steuereffekten um 8.499 T€ (Vj. 8.200T€) erhöhen.

■ *Steuerrechtliche Risiken*

Die Veränderung steuerlicher Rahmenbedingungen kann sich nachteilig auf das Geschäft des Konzerns auswirken.

Der Vorstand geht davon aus, dass die vorhandenen steuerlichen Verlustvträge im Rahmen des geltenden Steuerrechts genutzt werden können und daher der Konzern nicht oder nur teilweise zu Steuerzahlungen verpflichtet ist, solange und soweit der steuerliche Verlustvortrag steuerpflichtige Gewinne aufgebraucht ist. Sollte sich diese Annahme nicht bewahrheiten und/oder die von der Gesellschaft ermittelten steuerlichen Verlustvträge nicht oder nicht in der errechneten Höhe von der Finanzverwaltung akzeptiert werden, führte dies nach Ansicht der Gesellschaft zu einer Verringerung der bestehenden Verlustvträge. In diesem Fall wären Steuernachzahlungen möglich.

Änderungen im Steuerrecht bergen das Risiko, dass die steuerliche Belastung des Konzerns zunimmt. Eine höhere steuerliche Belastung des Konzerns mit direkten oder indirekten Steuern führt zu einer Verringerung des Jahresergebnisses und damit des wirtschaftlichen Erfolgs.

Durch eine Anhebung der Umsatzsteuersätze erhöhten sich für die Gesellschaft auf der Einkaufsseite die Preise, da viele Gesellschaften im Konzern nicht vorsteuerabzugsberechtigt sind. Die Inanspruchnahme von Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Erwerb von Unternehmensbeteiligungen würde sich hierdurch fast immer, sofern die Leistung selbst mit Umsatzsteuer belastet wird, verteuern. Dies könnte sich nachteilig auf den wirtschaftlichen Erfolg von einzelnen Projekten auswirken. In der Folge könnten sich hieraus nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ergeben.

■ *Liquiditätsrisiken*

Liquiditätsrisiken in Bezug auf die Marktliquidität börsennotierter Beteiligungen können aufgrund einer nur geringen Liquidität der im Portfolio des Konzerns gehaltenen Beteiligungen bestehen. Der Konzern beteiligt sich auch an börsennotierten Unternehmen, die nur eine geringe Marktliquidität aufweisen, aber kurz-/mittelfristig ein großes Chance-/Risiko-Verhältnis aufweisen. Beteiligungen an börsennotierten Unternehmen mit einer geringen Handelsliquidität bergen jedoch oftmals auch das Risiko in sich, dass ein Verkauf der Beteiligung über die Börse nur schwer oder gar nicht möglich ist. Der Vorstand versucht, dieses Risiko durch eine umfangreiche Voranalyse potentieller Beteiligungsobjekte zu minimieren und wägt die erwarteten Chancen und Risiken eines Beteiligungsinvestments vor Eingehen eines Investments sorgfältig gegeneinander ab.

Aufgrund der vorhandenen Eigenkapitalquote und der auf der Aktivseite vorhandenen Vermögenswerte ist es für den Konzern möglich, zusätzliche Bankkredite oder Kreditlinien zur Liquiditätssicherung zu erhalten. Aus diesem Grund ist derzeit ein Liquiditätsproblem nicht erkennbar.

■ *Zinsänderungsrisiko*

Mit Ausnahme der bis 30. November 2009 laufenden Unternehmensanleihe sind alle Schulden des Konzerns kurzfristig fällig. Hierdurch unterliegt der Konzern einem besonderen Zinsänderungsrisiko. Als kurzfristiges Fremdkapital gelten im Konzern alle Schulden mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr. Bei massiven Veränderungen der Zinssätze wird der Vorstand geeignete Maßnahmen einleiten.

Sensitivitätsanalyse

Die kurzfristigen (Tz. 32) und langfristigen finanziellen Schulden (Tz. 31) des Konzerns betragen zum 31. Dezember 2007 20.103 T€ (Vj. 23.544 T€). Ein Anstieg des Zinssatzes um 100 Basispunkte, unter der Voraussetzung einer konstanten Kreditinanspruchnahme und Zinsmarge, erhöht die jährlichen Zinszahlungen des Konzerns vor Berücksichtigung von Steuereffekten um 201 T€ (Vj. 235 T€). Die zusätzlichen Zinszahlungen würden das Periodenergebnis des Konzerns vermindern. Die Verminderung des Periodenergebnisses würde das Eigenkapital entsprechend reduzieren.

■ *Kapitalmanagement*

Das dem Konzern zur Verfügung stehende Eigen- und Fremdkapital wird in diverse Vermögenswerte investiert.

Die Grundlage für das Kapitalmanagement der Deutsche Balaton AG stellen die Vermögenswerte in der vom Management regelmäßig erstellten Vermögensübersicht dar. Jedes Investment muss unter Chance-Risiko-Gesichtspunkten eine angemessene Eigenkapitalverzinsung erreichen. Zur Optimierung der Kapitalstruktur und somit einer Verbesserung der Eigenkapitalverzinsung wird das Verhältnis von Eigenkapital und Fremdkapital stetig optimiert und gegebenenfalls angepasst. Das bedeutet, dass der Konzern für jedes Investment den Eigen- und Fremdkapitalanteil bestimmt, da der Konzern für jede Investition die ideale Kombination für das Unternehmen anstrebt. Ziel des Kapitalmanagements ist auch eine ausreichende und die Mindestkapitalanforderungen erfüllende Versorgung des Unternehmens mit Eigenkapital. Die Mindestkapitalanforderungen beziehen sich einerseits auf die Einhaltung aktienrechtlicher Vorschriften des § 92 AktG und andererseits auf Vorgaben der Banken zur Gewährung von Kreditlinien.

46. Honorar des Abschlussprüfers

Für die Tätigkeit des Abschlussprüfers KPMG Deutsche Treuhand AG, Berlin, sind im Geschäftsjahr 2007 32 T€ als Aufwand für die Prüfung des Konzernabschlusses und Abschlüsse diverser Konzerngesellschaften erfasst worden. Im Vorjahr betrug der Vergleichswert 30 T€. Im Vorjahr war die TAXON Hamburg Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft zum Abschlussprüfer bestellt.

Für sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen und/oder Steuerberatungsleistungen sind 0 T€ (Vj. 26 T€) als Honorar im Aufwand erfasst worden. Im Vorjahr handelte es sich um Bestätigungs- und Bewertungsleistungen im Zusammenhang mit der Übernahme der Beta Systems Software AG.

47. Anteilsbesitz

Der Konzern hält zum Bilanzstichtag 31.12.2007 Beteiligungen an folgenden Kapitalgesellschaften:

Name der Gesellschaft	Kapitalanteil in Prozent	Eigenkapital in TEUR	Jahres- überschuss/ Jahres- fehlbetrag in TEUR
CornerstoneCapital Managment GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %	22	0
CornerstoneCapital Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %	17	1
BNS Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %	13	12
HART Technik Kft, Pomáz (HU)	99,9 %	1.069 (271.300 THUF)	173 (43.814 THUF)
CARUS AG, Heidelberg	49,5 %	2.000	-46
CornerstoneCapital II Investment GmbH & Co. KG, Heidelberg	49,0 %	1	-2
Isolite Holding GmbH, Ludwigshafen	40,0 %	1.259	678
wvd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG, Frankfurt am Main	38,2 %	26.865	2.017
Beta Systems Software AG, Berlin	37,8 %	12.709	-2.976
SchmitterGroup AG, Thüngen	36,4 %	0	-10.349
Human Solutions GmbH, Kaiserslautern	30,0 %	4.097	836
Administration Intelligence AG, Würzburg	28,8 %	789	387
ASE AG, Bruchsal	25,1 %	255	38
Synaxon AG Bielefeld	14,7 %	16.441	2.013

Name der Gesellschaft	Kapitalanteil in Prozent	Eigenkapital in TEUR	Jahres- überschuss/ Jahres- fehlbetrag in TEUR
W.E.T. Automotive Systems AG, Odelzhausen	10,5 %	109.518	-36.064
Mania Technologie AG, Weilrod	9,4 %	35.633	3.357
Kartonpack Rt., Budapest	8,3 %	4.294 (1.089.429 THUF)	526 (113.580 THUF)
Mistral Media AG, Köln	8,1 %	45.152	2.032
SPARTA AG, Hamburg	8,1 %	7.561	136
TDS Informationstechnologie AG, Neckarsulm	6,3 %	39.781	2.402
P & I Personal & Informatik AG, Wiesbaden	5,3 %	20.389	8.037

Anmerkungen:

- Die Angaben werden grundsätzlich in Tausend Euro (= TEUR) per 31.12.2007 gemacht.
- Die Angaben zu folgenden Gesellschaften erfolgen, sofern nicht nachfolgend in Klammern ein anderer Stichtag angegeben ist, auf den Stichtag 31.12.2006, da für diese Gesellschaften zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Anhangs keine aktuelleren Jahresabschlusszahlen zur Verfügung standen: Isolite Holding GmbH, Administration Intelligence AG, ASE AG, Mania Technologie AG, Mistral Media AG, P&I Personal & Informatik AG, SchmitterGroup AG, TDS Informationstechnologie AG, SPARTA AG, W.E.T. Automotive Systems AG (30.06.2007).
- Angaben in Euro zur Hart-Technik Kft. und Kartonpack Rt. sind unter Berücksichtigung des letzten von der Europäischen Zentralbank im Kalenderjahr 2007 am 31.12.2007 festgelegten Referenzkurses (1,00 EUR = 253,73 HUF) angegeben.

Heidelberg, 29. April 2008

Der Vorstand

Jörg Janich

Segmentberichterstattung nach Geschäftsbereichen

in Tsd. €	Unternehmen		davon zur Veräußerung gehaltene Geschäftsbereiche IFRS 5	
	2007	2006	2007	2006
Umsatzerlöse				
- mit Dritten	7.749	1.140	0	333
Bestandsveränderungen	-156	-27	0	0
Aufwand für Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe	-2.184	-652	0	-124
Sonstige betriebliche Erträge	15.472	7.977	0	99
Zuwendungen an Arbeitnehmer	-4.202	-1.709	0	-207
Abschreibungen				
- planmäßig	-139	-21	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.717	-1.958	0	-91
Finanzerträge	7.788	5.449	0	355
Finanzierungsaufwendungen	-13.155	-3.617	0	-1
- davon Wertminderungen (nicht zahlungswirksam)	-8.650	-2.878	0	0
Gewinn- und Verlustanteile an assoziierten Unternehmen	2.033	-3.843	0	0
Segmentergebnis (Ergebnis vor Ertragsteuern)	9.489	2.693	0	364
Segmentergebnis (ohne laufende und latente Steuern)	127.622	124.008	0	0
- davon Anteile an assoziierten Unternehmen	25.649	19.851	0	0
Segmentsschulden (ohne laufende und latente Steuern)	21.417	24.509	0	0
Investitionen in langfristiges Segmentvermögen	31.283	33.934	0	0

	Immobilien		Sonstiges		Konsolidierung		Konzern	
	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006
	348	141	0	0	0	0	8.097	948
	0	0	0	0	0	0	-156	-27
	0	0	0	0	0	0	-2.184	-528
	14	0	0	0	0	0	15.486	7.878
	-24	-23	0	0	0	0	-4.226	-1.525
	-43	-18	0	0	0	0	-182	-39
	-237	-69	0	0	0	0	-3.954	-1.936
	0	2	0	0	-114	-12	7.674	5.084
	-115	-25	0	0	114	12	-13.156	-3.629
	0	0	0	0	0	0	-8.650	-2.878
	-23	-23	0	0	0	0	2.010	-3.866
	-80	-15	0	0	0	0	9.409	2.314
	2.716	2.017	0	1.569	0	0	130.338	127.594
	545	270	0	0	0	0	26.194	19.851
	1.221	761	0	0	0	0	22.638	25.270
	748	1.969	0	1.569	0	0	33.600	39.909

Segmentberichterstattung nach Regionen

in Tsd. €	Deutschland		Ausland	
	2007	2006	2007	2006
Umsatzerlöse mit Dritten	5.489	931	2.608	17
Segmentvermögen	119.781	115.635	10.557	11.959
Investitionen in langfristiges Segmentvermögen	30.092	37.472	3.508	2.437

Weitere Angaben sind in der Tz. 39 des Konzernanhangs für das Geschäftsjahr 2007 enthalten.



Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Heidelberg, den 29. April 2008

Der Vorstand

Jörg Janich

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft, Heidelberg, aufgestellten und geänderten Konzernabschluss (im Folgenden „Konzernabschluss“) – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den geänderten Konzernlagebericht (im Folgenden „Konzernlagebericht“) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 15. April / 29. April 2008

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Kronner
Wirtschaftsprüfer

Marquardt
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Aktionäre der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft,

erneut können wir auf ein erfolgreiches Jahr in der Entwicklung der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft zurückschauen. Das erwirtschaftete Jahresergebnis sowohl auf Ebene der Gesellschaft als auch des Deutsche Balaton-Konzerns ist das Resultat der vom Vorstand in den vergangenen Jahren verfolgten Beteiligungspolitik. Wir haben im Aufsichtsrat, entsprechend den uns nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben, den Vorstand während des gesamten Geschäftsjahres 2007 in seinen Anlage- und Investitionsentscheidungen unterstützt und standen ihm beratend zur Seite.

Im Geschäftsjahr 2007 fanden sechs Sitzungen des Aufsichtsrats statt. Die Beschlüsse des Aufsichtsrats wurden sowohl in den Sitzungen als auch telefonisch oder im schriftlichen Umlaufverfahren gefasst. In den Sitzungen hat der Vorstand dem Aufsichtsrat über die Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft und über seine beabsichtigte Geschäftspolitik berichtet. Gegenstand der Vorstandsberichte war auch stets die Entwicklung des aktuellen Beteiligungsportfolios und der Tochter- bzw. Konzerngesellschaften. Im Rahmen der Vorstandsberichte gab es keinen Anlass zu Beanstandungen. Soweit im Geschäftsjahr 2007 für bestimmte Geschäfte die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich war, wurde diese vom Vorstand zuvor eingeholt und vom Aufsichtsrat auch erteilt.

Ausschüsse wurden im Geschäftsjahr 2007 nicht gebildet. Jeder Aufsichtsratsausschuss hätte aus mindestens drei Mitgliedern zu bestehen und wäre mit dem Gesamtaufichtsrat identisch.

Mitglieder des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2007

Dem Aufsichtsrat gehörten während des Geschäftsjahres 2007 ununterbrochen die Herren Thomas Zours und Dipl.-Kfm. Philip Andreas Hornig an. Mit Wirkung zum Ablauf des 15. September 2007 hat Herr Dipl.-Kfm. Jörg Janich sein Amt im Aufsichtsrat niedergelegt und ist mit Wirkung zum 17. September 2007 in den Vorstand der Gesellschaft bestellt worden. Für Herrn Janich ist mit Beschluss des Amtsgerichts Mannheim vom 17. September 2007 Herr Dr. Burkhard Schäfer, Unternehmensberater aus Mannheim, gerichtlich zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt worden.

Einzelne bedeutende Themen im Aufsichtsrat

Ein wichtiges Thema in der Arbeit des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2007 war die Auflegung des CornerstoneCapital II-Fonds durch die Gesellschaft. Der Aufsichtsrat stand hierbei dem Vorstand beratend zur Seite. Bei der Suche nach einem neuen Abschlussprüfer, der der Hauptversammlung vorgeschlagen werden sollte, hat der Aufsichtsrat die Angebote mehrerer Wirtschaftsprüfungsgesellschaften geprüft und beraten. Das Ergebnis der Beratung mündete in den Beschlussvorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung, worin dieser die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, zur Wahl vorgeschlagen wurde. In der Sitzung vom 29. Juni 2007 wurde das bisherige Aufsichtsratsmitglied Jörg Janich mit Wirkung zum 1. Januar 2008 in den Vorstand bestellt. Am 29. August 2007 hat der Aufsichtsrat die Vorstandsbestellung von Herrn Janich vorgezogen und Herrn Janich für die Dauer von fünf Jahren mit Wirkung zum 17. September 2007 zum Vorstand bestellt. Im Rahmen der vom Vorstand beschlossenen Herabsetzung des Grundkapitals durch Einziehung eigener Aktien hat der Aufsichtsrat seine Zustimmung erteilt und die Satzungsfassung entsprechend an das herabgesetzte Grundkapital angepasst. Das Vorstandsmitglied Jürgen Dickemann hat im November 2007 den Aufsichtsrat um eine einvernehmliche Beendigung des Vorstandsmandats ersucht. Der Aufsichtsrat hat hierüber in seiner Sitzung am 27. November 2007 beraten und dem Wunsch des Herrn Dickemann nach einvernehmlicher Beendigung des Vorstandsmandats zum Ablauf des 31. Dezember 2007 entsprochen. Außerdem hat der Aufsichtsrat zu einzelnen Geschäften seine Zustimmung erteilt.

Weiter Ablehnung der Corporate Governance Kodex-Empfehlungen

Die Anwendung der Empfehlungen des Deutsche Corporate Governance Kodex (DCGK) bei der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft lehnt der Aufsichtsrat weiterhin ab. Wir halten die Empfehlungen des DCGK weiter auf große Publikumsgesellschaften zugeschnitten, die eine entsprechend komplexe Struktur aufweisen. Wir gehen davon aus, dass bei der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft eine ordnungsgemäße Unternehmensführung auch durch die Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen und ohne ausdrückliche Verpflichtung zur Einhaltung der DCGK-Empfehlungen möglich ist. Auch wenn viele Empfehlungen sinnvoll sind und von uns angewendet werden, können manche (z. B. Ausschussbildung im Aufsichtsrat) nicht oder nicht vernünftig umgesetzt

werden. Damit wir nicht laufend die Anwendung bzw. Nichtanwendung einzelner Empfehlungen verfolgen und überprüfen müssen, haben wir uns formal zur Nichtanwendung der Empfehlungen des DCGK entschieden.

Anfechtungsklage

Die von einer Aktionärin gegen die Aufsichtsratswahlen der Hauptversammlung der Gesellschaft vom 25. Juni 2004 erhobene Anfechtungsklage hat uns im Geschäftsjahr 2007 weiter beschäftigt. Das Oberlandesgericht Frankfurt hat mit Urteil vom 21. März 2006 die Berufung der Anfechtungsklägerin gegen das die Klage abweisende erstinstanzliche Urteil des Landgerichts Wiesbaden teilweise abgewiesen und die Sache im Übrigen zur Durchführung einer Zeugenvernehmung an das Landgericht Wiesbaden zurückverwiesen. Die Revision war vom OLG Frankfurt nicht zugelassen worden. Eine von der Anfechtungsklägerin hiergegen erhobene Nichtzulassungsbeschwerde hat der Bundesgerichtshof abgewiesen. Das Landgericht Wiesbaden hat, nach Ende des Berichtszeitraums, im Januar 2008 die Zeugenvernehmung durchgeführt und daraufhin die Anfechtungsklage am 7. April 2008 erneut durch Urteil abgewiesen. Hiergegen hat die Anfechtungsklägerin erneut Berufung eingelegt.

Beanstandungsfreie Prüfung des (geänderten) Jahresabschlusses und (geänderten) Konzernabschlusses

Der Vorstand hat den Jahresabschluss der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2007 nach den nationalen Rechnungslegungsvorschriften des HGB aufgestellt. Darüber hinaus hat der Vorstand für den gleichen Zeitraum einen Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) für das Geschäftsjahr 2007 aufgestellt. Die von der Hauptversammlung der Gesellschaft am 30. August 2007 zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2007 bestellte KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, hat den Jahresabschluss der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2007 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Ebenso wurde der vom Vorstand aufgestellte Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 sowie der Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2007 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat hat den testierten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 sowie den testierten Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 am 14. April 2008 erhalten. Wir haben den testierten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 nebst Lagebericht und den testierten Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 nebst Konzernlagebericht auch selbst geprüft. Am 29. April 2008, dem Tag der Bilanzsitzung, hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, das sich aus der Stellung eines Insolvenzantrags bei der mittelbaren Beteiligung der Deutsche Balaton an der MANIA Technologie AG ergebende Risiko auf den Konzern, soweit dies im Rahmen der Bilanzierungsvorschriften möglich ist, noch im Konzernabschluss 2007 zu berücksichtigen und den vom Vorstand zum 31. Dezember 2007 aufgestellten Konzernjahresabschluss vor Billigung durch den Aufsichtsrat entsprechend zu ändern. Die Insolvenz der MANIA Technologie AG führte auch zu Änderungen im Jahresabschluss der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft. Diese hatten keine Ergebnisauswirkung.

Der geänderte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 und der geänderte Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 wurden ebenfalls von der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat den geänderten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 und den geänderten Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 sowie die hierzu jeweils von der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, erteilten Prüfungsberichte geprüft und die Unterlagen mit dem Vorstand in Anwesenheit der Abschlussprüfer besprochen. In der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 29. April 2008 haben die Abschlussprüfer dem Aufsichtsrat das Ergebnis ihrer Prüfung insgesamt erläutert und die einzelnen Schwerpunkte der Abschlussprüfung mitgeteilt. Unsere Fragen wurden von den Abschlussprüfern umfänglich und vollständig beantwortet. Auch nach eigener, eingehender Prüfung durch den Aufsichtsrat haben sich keine Beanstandungen ergeben. Wir stimmen daher dem Ergebnis der Abschlussprüfung zu. Den vom Vorstand aufgestellten geänderten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 und den geänderten Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 haben wir in der Bilanzsitzung am 29. April 2008 gebilligt; der geänderte Jahresabschluss ist damit festgestellt. Den Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands haben wir ebenfalls in der Bilanzsitzung am 29. April 2008 im Beisein des Vorstands und des Abschlussprüfers geprüft. Wir halten den Vorschlag des Vorstands, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2007 in Höhe von 33.080.941,42 Euro auf neue Rechnung vorzutragen für sinnvoll, da der Bilanzgewinn so dem Unternehmen weiter für Investitionen zur Verfügung

steht und der Gesellschaft ein weiteres Wachstum ermöglichen kann. Der Aufsichtsrat hat aus diesen Gründen beschlossen, der Hauptversammlung einen gleichlautenden Gewinnverwendungsvorschlag zu unterbreiten.

Abhängigkeitsbericht

Auch der vom Vorstand aufgestellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG ist von der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, geprüft worden. Diese erteilte hierzu am 15. April 2008 den nachfolgend wiedergegebenen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Wir haben den Bericht auch selbst geprüft und erheben nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung keine Einwendungen gegen die Schlusserklärung des Vorstands und stimmen dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer zu.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft für seinen persönlichen Einsatz und die erbrachte Leistung im Geschäftsjahr 2007. Insbesondere möchten wir Herrn Jürgen Dickemann für seinen langjährigen erfolgreichen Einsatz für unsere Gesellschaft und seine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat danken. Wir bedauern sein Ausscheiden und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute.

Heidelberg, im Juni 2008

Für den Aufsichtsrat

Thomas Zours

Aufsichtsratsvorsitzender

Zukunftsgerichtete Aussagen enthalten Risiken

Der vorliegende Geschäftsbericht enthält verschiedene Aussagen, die die zukünftige Entwicklung der Deutschen Balaton AG betreffen. Diese Aussagen beruhen sowohl auf Annahmen als auch auf Schätzungen. Obwohl wir davon überzeugt sind, dass diese vorausschauenden Aussagen realistisch sind, können wir hierfür nicht garantieren; denn unsere Annahmen bergen Risiken und Unsicherheiten, die dazu führen können, dass die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den erwarteten abweichen. Gründe hierfür können

unter anderem die Schwankungen der Kapitalmärkte, Wechselkurse und Zinsen oder grundsätzliche Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld sein. Vor dem Hintergrund dieser Ungewissheiten raten wir dem Leser davon ab, sich zu sehr auf derartige in die Zukunft gerichtete Aussagen zu verlassen. Wir übernehmen keinerlei Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben oder an zukünftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

Deutsche Balaton

A k t i e n g e s e l l s c h a f t

Deutsche Balaton AG

Ziegelhäuser Landstraße 1, 69120 Heidelberg

Telefon +49 (0) 6221 64924-0

Telefax +49 (0) 6221 64924-24

Internet <http://www.deutsche-balaton.de>

eMail info@deutsche-balaton.de

Deutsche Balaton AG

ISIN DE0005508204 / WKN 550 820

Börsenkürzel BBH

Börsennotiz Frankfurt (Regulierter Markt), Berlin,
Düsseldorf, Hamburg, München, Stuttgart

Reuters „BBHG.F“, „BBHG.BE“, „BBHG.D“,
„BBHG.HA“, „BBHG.MU“, „BBHG.SG“

Bloomberg „BBH GR“

Sämtliche Unternehmensinformationen der
Deutsche Balaton AG stehen Ihnen zeitnah
im Internet zur Verfügung:

■ <http://www.deutsche-balaton.de>

Fotos: © Randy Morse, GoldenStatelImages, California

Gesamtherstellung: performio Mannheim

August 2008



Geschäftsbericht 2007

Deutsche Balaton AG

Ziegelhäuser Landstraße 1

69120 Heidelberg

Tel. +49 (0) 6221 64924-0

Fax +49 (0) 6221 64924-24

info@deutsche-balaton.de

<http://www.deutsche-balaton.de>